

Soziale Arbeit

Mai 2006

55. Jahrgang

Winfried Leisgang ist Dipl.-Sozialpädagoge und Master of Social Work (M.S.W.). Er arbeitet beim Caritasverband München im Bereich Freiwilligenarbeit, Caritas-Zentrum Innenstadt, Landwehrstr. 26, 80336 München
E-Mail: wleisgang@caritasmuenchen.de

Holger Kehler ist Dipl.-Pädagoge und arbeitet als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Technischen Universität Dresden, Institut für Sozialpädagogik, Sozialarbeit und Wohlfahrtswissenschaften, 01062 Dresden, E-Mail: Holger.Kehler@tu-dresden.de

Dr. Bodo Rödel ist Dipl.-Heilpädagoge und Erziehungswissenschaftler. Er leitet zwei Projekte, die sich mit schulmüden, schulabstinenten Jugendlichen beschäftigen. Privatanschrift: Berliner Str. 34, 50259 Pulheim, E-Mail: bodoroedel@gmx.de

Professor Dr. Johannes Herwig-Lempp ist Dipl.-Sozialpädagoge und Supervisor. Er leitet den Masterstudiengang Systemische Sozialarbeit an der Hochschule Merseburg (FH), Fachbereich Soziale Arbeit. Medien. Kultur, 06217 Merseburg
E-Mail: johannes@herwig-lempp.de

Ludger Kühling ist Philosoph M.A. und Supervisor. Er koordiniert den Masterstudiengang Systemische Sozialarbeit an der Hochschule Merseburg (FH), Fachbereich Soziale Arbeit. Medien. Kultur, 06217 Merseburg, E-Mail: ludgerkuehling@gmx.de

Professor Dr. Matthias Dalferth ist Dipl.-Pädagoge und lehrt Sozialarbeit in den Studienschwerpunkten Rehabilitation/Behindertenhilfe und Re-sozialisierung an der Fachhochschule Regensburg, Postfach 12 03 27, 93025 Regensburg
E-Mail: matthias.dalferth@soz.fh-regensburg.de

**Soziale Kompetenzen
in der Sozialen Arbeit** 162

Winfried Leisgang, München; Holger Kehler, Dresden

DZI-Kolumne 163

**Assessmentcenter auf dem zweiten
Arbeitsmarkt** 171

Zur Sinnhaftigkeit von Profilingmaßnahmen am Beispiel des Kölner Modellprojekts ZAPF
Bodo Rödel, Pulheim

**Masterstudium Systemische
Sozialarbeit** 176

Ein neuer Studiengang in Merseburg
Johannes Herwig-Lempp; Ludger Kühling, Merseburg

Gemeinsame Servicestellen 183

Plädoyer für die Besetzung der Servicestellen mit Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen
Matthias Dalferth, Regensburg

Rundschau Allgemeines 188

Soziales 189

Gesundheit 190

Jugend und Familie 191

Ausbildung und Beruf 192

Tagungskalender 193

Bibliographie Zeitschriften 194

Verlagsbesprechungen 198

Impressum 200



Eigenverlag

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen

<https://doi.org/10.5771/04-01-2006-01>

Generiert durch IP '3.144.38.62', am 10.07.2024, 03:11:25.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Soziale Kompetenzen in der Sozialen Arbeit

Winfried Leisgang; Holger Kehler¹

Zusammenfassung

Die Förderung sozialer Kompetenzen wird auch in der Sozialen Arbeit zunehmend thematisiert. Der vorliegende Beitrag fasst aktuelle Diskussionen in der Kompetenzforschung und insbesondere im Bereich sozialer Kompetenzen zusammen und integriert diese in eine Beschreibung beruflicher Handlungskompetenz Sozialer Arbeit. Dabei wird deutlich, dass sich soziale Kompetenzen in sozialen Situationen konkretisieren. Gleichzeitig repräsentieren soziale Kompetenzen auch fachliche Dimensionen der Handlungskompetenz in der Sozialen Arbeit. Aus diesem Grunde plädieren die Autoren dafür, soziale Kompetenzen in der Aus- und Weiterbildung nicht isoliert von den Fachkompetenzen zu trainieren.

Abstract

Within social work the meaning, importance and development of social competences are still under discussion. By focussing specifically on social competences, this article examines the current general debate within German competence research and integrates the findings into the description of social work specific vocational action competences. The argumentation proves that social competences find their concrete expressions in actual social situations. Furthermore, the social competences are integral part of the vocational action competence in the context of social work. Therefore the authors argue that the training of social competences should not be separated from the training of the domain-specific competences.

Schlüsselwörter

Soziale Kompetenz - Handlungskompetenz - Modell - Methode - Kommunikation - Training - Ausbildung

1. Überblick

Sozialen Kompetenzen wird im beruflichen Alltag eine immer größere Bedeutung zugemessen. Dies gilt auch für die Profession der Sozialen Arbeit. Nachdem Drinkmann und Schiebel (2004a, b) die Diskussion über die sozialen Kompetenzen in der Sozialen Arbeit angestoßen haben, soll an dieser Stelle der Diskurs aufgenommen und weiterführt werden. Dabei werden zunächst die sozialen Kompetenzen theoretisch eingeordnet und als ein Bestandteil beruflicher Handlungskompetenz beschrieben. Die Bedeutung des dargestellten Konzeptes für das methodische Handeln in der Sozialen Arbeit ist Thema im

folgenden Abschnitt. Daran anschließend werden verschiedene Sichtweisen auf soziale Kompetenzen dargestellt. Der Überblick über die aktuelle Diskussion der Kompetenzforschung zeigt auf, dass soziale Kompetenzen situativ konstruiert werden. Sie lassen sich nicht allein über einzelne Komponenten wie kognitive oder verhaltensorientierte Bestandteile beschreiben. Im Hinblick auf Trainings sozialer Kompetenzen wird auf Grund der vorausgegangenen Analyse die Lerntheorie von Lave und Wenger als eine hilfreiche pädagogische Hintergrundfolie aufgelegt (Abschnitt 3). Die Zusammenfassung zeigt, dass soziale Kompetenzen im beruflichen Alltag ein diskursives Konstrukt darstellen. Sie werden situativ generiert, tradiert und individuell interiorisiert (verinnerlicht). Dieser Prozess vollzieht sich nicht ausschließlich intrapsychisch, sondern als Aushandlungsprozess im Austausch und in der Auseinandersetzung mit der Umwelt (Abschnitt 4).

2. Soziale Kompetenzen im Referenzrahmen der beruflichen Handlungskompetenz

Die neuere Kompetenzforschung bietet mittlerweile ein brauchbares Raster für das Einordnen sozialer Kompetenzen in ein Modell der beruflichen Handlungskompetenz an. Als Referenzrahmen wurde es jedoch von Drinkmann; Schiebel (2004a, b) in ihren Arbeiten zur sozialen Kompetenz völlig ausgeklammert. An dieser Stelle soll daher eine kurze Darstellung die Diskussion um soziale Kompetenz in der Sozialen Arbeit theoretisch weiterführen und zum Meinungsaustausch anregen. Berufliche Handlungskompetenz geht von einer ganzheitlichen Sichtweise menschlicher Tätigkeit in einem sozialen Kontext² aus. Darunter sind sowohl kognitive Aspekte als auch motivationale, emotionale und soziale Aspekte zu verstehen (Sonntag 1992, S. 187). Berufliche Handlungskompetenz bezieht sich auf die beruflichen Anforderungen und Herausforderungen. Oder wie es Solga und andere (2005, S. 18) formulieren: „Berufliche Handlungskompetenz ist das Potenzial einer Person, berufliche Herausforderungen (Arbeitsaufgaben und Probleme) selbstorganisiert zu bewältigen.“

2.1 Das Kompetenzmodell

Erpenbeck und Rosenstiel (2003, S. XV f.) haben vier grundlegende Kompetenzklassen zusammengestellt, die sich im Rahmen der beruflichen Kompetenzdiskussion etabliert haben (siehe auch Lenzen 1998 und Heyse; Erpenbeck 1997):

▲ personale Kompetenzen als die Disposition oder Eigenschaft einer Person, reflexiv selbstorganisiert³ zu handeln, das heißt sich selbst einzuschätzen, produktive Einstellungen, Werthaltungen, Motive und

Selbstbilder zu entwickeln, eigene Begabungen, Motivationen, Leistungsvorsätze zu entfalten und sich im Rahmen der Arbeit und außerhalb kreativ zu entwickeln und zu lernen;

▲ **aktivitäts- und umsetzungsorientierte Kompetenzen** als die Disposition einer Person, aktiv und ganzheitlich selbstorganisiert zu handeln und dieses Handeln auf die Umsetzung von Absichten, Vorhaben und Plänen zu richten – entweder für sich selbst oder für andere und mit anderen zusammen (Team, Unternehmen, Organisation);

▲ **fachlich-methodische Kompetenzen** als die Disposition einer Person, bei der Lösung von sachlich-gegenständlichen Problemen geistig und physisch selbstorganisiert zu handeln, das heißt mit fachlichen und instrumentellen Kenntnissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten kreativ Probleme zu lösen, Wissen sinnorientiert einzuordnen und zu bewerten;

▲ **sozial-kommunikative Kompetenzen** als die Disposition einer Person, kommunikativ und kooperativ selbstorganisiert zu handeln, das heißt sich mit anderen kreativ auseinander- und zusammensetzen, sich gruppen- und beziehungsorientiert zu verhalten und neue Pläne, Aufgaben und Ziele zu entwickeln (siehe Abbildung 1: Klassen beruflicher Handlungskompetenz).

Dieses Modell stellt ein Grundmuster beruflicher Handlungskompetenz dar. Wie späterhin noch deutlich wird, sind die einzelnen Kategorien in der Praxis nicht immer eindeutig voneinander abzugrenzen und der Einfluss der situativen Herausforderungen vor allem im Bereich der sozialen-kommunikativen Kompetenzen zusätzlich zu berücksichtigen.

2.2 Ein Beispiel aus der Praxis

Anhand der Schuldnerberatung sollen die vier Kompetenzbereiche beruflicher Handlungskompetenz in der Sozialen Arbeit veranschaulicht werden. In diesem Arbeitsfeld sehen sich die Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen⁴ zum einen häufig mit weit reichenden rechtlichen Fragen (Zivilprozessordnung, Insolvenzrecht, Bürgerliches Gesetzbuch, Mietrecht, Steuerrecht) konfrontiert. Darüber hinaus müssen sie sich mit der psychischen Struktur der verschuldeten Klienten und Klientinnen und deren Lebenswelt auseinander setzen.

Die Fähigkeit, Probleme kreativ und fachlich zu lösen, hängt zunächst von den rechtlichen Kenntnissen der Beratenden ab. Sie müssen fähig sein, Forderungen der Gläubiger unter rechtlichen Gesichtspunkten

Die Lehrer und Lehrerinnen der Rütli-Hauptschule im Berliner Bezirk Neukölln haben durch ihren schriftlichen Hilferuf an die Schulaufsicht, den sie nach vier Wochen ohne Antwort an die Presse weitergaben, ungeahnt eine bundesweite Bildungsdiskussion ausgelöst.

Neben den unmittelbaren Folgen (die Schule erhielt nach monatelanger Vakanz einen eloquenten Interims-Schulleiter sowie zusätzliche Sozialarbeiter) löst der Fall auch grundsätzliche Fragen aus, wie etwa: Durften die Lehrkräfte die gebotene Loyalität zu ihrem Arbeitgeber durchbrechen und sich an die Presse wenden? Wie sollen andere Schulen in ähnlicher Lage sich jetzt verhalten – etwa nach der fragwürdigen Maxime „Wer am lautesten schreit, bekommt am meisten?“.

Letzteres ist klar zu verneinen und entspricht auch sicher nicht der Intention der Rütli-Lehrer, die sich offenkundig in einer ausweglosen Situation sahen. In Sachen Loyalität sei aber daran erinnert, dass die Berliner Schulbehörde in letzter Zeit wiederholt sehr ungehalten auf intern geäußerte Kritik von Schulleitenden reagiert und deren Gang an die Öffentlichkeit sogar mit – inzwischen eingestellten – Disziplinarverfahren bestraft hat. Deshalb darf man dem Rütli-Kollegium nicht mangelnde Loyalität, sondern vielmehr Zivilcourage attestieren. Für die Schulbehörde und den Schulsenator, der über den Rütli-Brief intern nicht informiert worden war, ist die Politik des „Deckelns“ zu einem schmerzhaften Boomerang geworden. Bleibt zu wünschen, dass auch in anderen Bereichen die in der Praxis Tätigen nötigenfalls den Mut zum „Outing“ aufbringen, nicht zu verwechseln mit voreiligem Nörgeln und destruktivem Querulantenentum. Noch besser aber: Alle Beteiligten sollten den souveränen Umgang mit konstruktiver Kritik kultivieren.

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de

Abb. 1: Klassen beruflicher Handlungskompetenz



korrekt einzuordnen. Die Kenntnis der psychischen Struktur der Klientel ermöglicht es, deren Reaktionen in den verschiedenen Phasen der Beratung einzuordnen und entsprechend darauf zu reagieren. So ist es beispielsweise völlig normal, wenn Klienten und Klientinnen in der Anfangsphase keinen Überblick über ihre tatsächliche Schulden-situation haben und verschiedene Gläubiger schlicht „vergessen“, das heißt verdrängen. Der Blick auf die Lebenswelt der Klientel ermöglicht, Ressourcen, die außerhalb der Möglichkeiten der Verschuldeten liegen, für die Problemlösung mit zu nutzen. All diese Vorgehensweisen berücksichtigen fachlich anerkannte Methoden der Sozialen Arbeit.

Gleichzeitig muss es der Sozialpädagogin oder dem Sozialpädagogen gelingen, in kommunikativer Auseinandersetzung mit den Verschuldeten und ihren Gläubigern eine tragfähige Lösung für die Schulden-situation zu finden. In dieser Hinsicht sind sie Mediatoren zwischen verschiedenen Anspruchsgruppen. Hier sind ihre sozialen Kompetenzen gefragt. Sie müssen kreativ kooperieren, die Bedürfnisse beider Seiten erkennen und Konfliktsituationen moderieren. Die Schuldnerberatenden benötigen aber auch Ambiguitätstoleranz, um unterschiedliche Informationen zu einem Sachverhalt von Seiten des Gläubigers und des Schuldners oder der Schuldnerin auszuhalten und entsprechend zu agieren. Dies stellt den sozial-kommunikativen Aspekt der beruflichen Handlungskompetenz dar.

Schließlich muss die sozialpädagogische Fachkraft die eigenen Werthaltungen im Umgang mit Geld und Schulden reflektieren. Wenn sie beispielsweise für sich selbst Anschaffungen nur dann tätigen, wenn genügend Geld zurückgelegt ist oder einen Kauf auf Kredit ablehnen, so dürfen sie dennoch diese Grundhaltung nicht auf die Klienten und Klientinnen übertragen. Eine normative Voreingenommenheit würde in diesem Fall die Beziehung im Beratungsprozess beeinträchtigen. An dieser Stelle werden auf der Ebene der personalen Kompetenzen die persönlichen Werthaltungen Bestandteil der Arbeit und müssen kritisch reflektiert werden. Und nicht zuletzt sollte es in jeder Phase des Beratungsprozesses gelingen, notwendige Ziele zu entwickeln und anstehende Handlungsaktionen zeitnah auszuführen. Wurde zum Beispiel mit einem Schuldner vereinbart, sich mit einem bestimmten Gläubiger wegen anstehender Ratenzahlungen in Verbindung zu setzen, dann muss die beratende Person aktivitätsorientiert kompetent handeln.

2.3 Fachlich-methodische und sozial-kommunikative Kompetenzen

Aus Sicht der Sozialen Arbeit sollen im Zusammenhang mit dem Thema die fachlich-methodischen und die sozial-kommunikativen Kompetenzen genauer betrachtet werden. Im Gegensatz zu Drinkmann; Schiebel (2004a, b) differenziert Spiegel (2002, S. 592 ff.) mehrere Ebenen für das methodische Handeln in der Sozialen Arbeit. Neben der Klienten- und der

Teamebene benennt sie zusätzlich noch die Trägerbeziehungsebene, die Einrichtungsebene und die kommunale (sozialplanerische) Ebene. „Die komplexen Handlungsaufträge im Alltag der Sozialen Arbeit lassen sich in wiederkehrende, vergleichbare Handlungsschritte unterteilen, die sich auf den unterschiedlichen Handlungsebenen verschieden ausprägen“ (ebd., S. 591). Diese Handlungsschritte sind die Analyse der Rahmenbedingungen, die Aufgaben- und Problemanalyse, die Zielentwicklung, die Planung und die Evaluation.

Spiegel grenzt das methodische Handeln in der Sozialen Arbeit vom überwiegend erfahrungsgeleiteten Alltagswissen ab, indem sie auf die Notwendigkeit des strukturierten und reflektierten Umgangs mit Wissen hinweist. Dieses wissenschaftliche Vorgehen im beruflichen Alltag ermöglicht es den Beratern, ihr Vorverständnis einer Situation zu benennen, ihre Ziele zu operationalisieren, ihre Handlungsschritte zu dokumentieren und auszuwerten und ihr Wissen mit Hilfe von Theorien abzusichern (ebd., S. 594). Diese Praxis zeichnet professionelles Handeln im Sinne von fachlich-methodischer Kompetenz aus. Spiegel zeigt drei Dimensionen dieser Kompetenz auf:

- ▲ Wissen (wissenschaftliches Wissen und Erfahrungswissen),
- ▲ Können (fachlich geforderte Fähigkeiten und Fertigkeiten) und
- ▲ berufliche Haltungen (wertorientierte Einstellungen).⁵

Die Dimension des Wissens kann in unserem Zusammenhang eindeutig der fachlich-methodischen Kompetenz zugeordnet werden. Die Kenntnis der für die beruflichen Herausforderungen entscheidenden disziplinären Wissensbestände ist ebenso Bestandteil wie der reflektierte Umgang mit der eigenen Werteorientierung sowie der beruflichen Ethik. In der Sozialen Arbeit wird der Zusammenhang von Werten und Kompetenz vor allem im Hinblick auf die berufliche Ethik in besonderer Weise herausgestellt (Martin 2001, Baum 1996).⁶

Schwerer im Modell der beruflichen Handlungskompetenz der Sozialen Arbeit ist das Können mit seinen fachlich geforderten Fähigkeiten und Fertigkeiten zu verorten. Spiegel nennt unter dieser Dimension die Fähigkeit zur Empathie, zum Perspektivenwechsel und zur Ambiguitätstoleranz, die Fähigkeit zur Reflexion des eigenen Handelns und zum kommunikativ-methodischen Handeln in Situationen. Diese Fähigkeiten werden häufig den sozialen Kompetenzen zugerechnet. Das heißt in Hinblick auf das Modell

von Erpenbeck; Rosenstiel, dass ein wesentlicher Bestandteil der fachlich-methodischen Kompetenzen in der Sozialen Arbeit an die sozial-kommunikativen Kompetenzen gebunden ist. Hier verschoben sich in dem Modell Grenzen innerhalb der Taxonomie der oben beschriebenen Kompetenzklassen, was sich in anderen Professionen, etwa technischen Berufen, in dieser Form und Ausprägung kaum zeigt.

Die fachlichen Kompetenzen eines Ingenieurs zur Lösung eines technischen Problems lassen sich im beruflichen Alltag leichter und eindeutig von seinen sozialen Kompetenzen trennen. Dagegen sieht sich eine Sozialarbeiterin oder ein Sozialarbeiter im Berufsalltag mit Situationen konfrontiert, die die Grenzen zwischen den fachlich-methodischen und den sozial-kommunikativen Kompetenzen verschwimmen lassen. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter wenden in ihrer täglichen Praxis soziale Kompetenzen an, um fachlich-methodisch korrekt und professionell zu agieren. Damit erhalten die sozialen Kompetenzen in der Sozialen Arbeit eine ganz andere Dimension. Sie sind nicht zusätzliche Fähigkeiten und Fertigkeiten, die im beruflichen Alltag auch noch ganz nützlich sind, sondern sie konstituieren sich als ein wesentliches Element der Fachkompetenz der Profession. Die beruflichen Haltungen schließlich lassen sich den personalen und aktivitätsorientierten Kompetenzen zuordnen, die den Werteaspekt der Handlungskompetenz beinhalten (siehe Abbildung 1).

3. Die Kontextabhängigkeit sozialer Kompetenzen

Die Anwendung beruflicher Handlungskompetenz ist immer Ausdruck einer (sozialen) Interaktion. Die Muster sozialer Interaktionen werden im Laufe des Lebens individuell erlernt (Argyle 1975). Unseres Erachtens sind soziale Kompetenzen nicht allein als Fähigkeit definierbar, „... einen Kompromiss zwischen Selbstverwirklichung und/oder sozialer Anpassung zu finden“ (Drinkmann 2004, S. 21). Damit würden soziale Kompetenzen zur innerpsychischen Verarbeitungsstrategie degradiert, die das Individuum und seine psychische Verfassung zum alleinigen Akteur der Bewältigung von sozialen Interaktionen und den damit verbundenen notwendigen Kompetenzen definiert. Soziale Kompetenz bildet sich unter dieser Perspektive als ein starres Konstrukt innerpsychischer Klärungs- und Verarbeitungsprozesse ab.

Die Entwickler des Trainingsprogramms für soziale Kompetenzen, auf die sich Drinkmann und Schiebel beziehen, definieren soziale Kompetenzen wie folgt: „Als soziale Kompetenz bezeichnen wir die Verfügbarkeit und Anwendung von kognitiven, emotiona-

len und motorischen Verhaltensweisen, die in bestimmten sozialen Situationen zu einem langfristigen günstigen Verhältnis von positiven und negativen Konsequenzen führen. ... Auf ein Bestimmungstück, das auf die gesellschaftliche Akzeptanz des Verhaltens rekurriert, haben wir verachtet“ (Hinsch; Pfingsten 1991, S. 39, Hervorhebung Leisgang; Kehler).

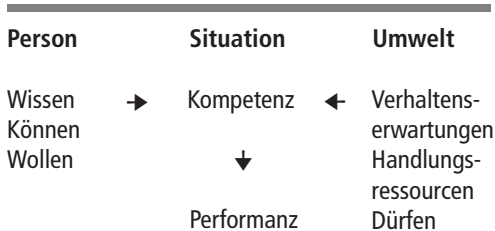
Den letzten Satz kann man in zweierlei Hinsicht interpretieren. Entweder gehen Hinsch und Pfingsten davon aus, dass man den situativen Kontext vernachlässigen kann. Dies würde, wie im Folgenden gezeigt wird, bedeuten, dass die Abhängigkeit individueller Lernprozesse von sozialen Gegebenheiten auf dem Gebiet der Kompetenzentwicklung übersehen beziehungsweise gelehnet wird. Eine zweite Interpretationsmöglichkeit lässt den Schluss zu, dass die Autoren sehr wohl die Aushandlungsprozesse in der jeweils vorhandenen Situation⁷ sehen und berücksichtigen. Eben weil die situativen Bedingungen zunächst ergebnisoffen sind, wird gesellschaftliche Akzeptanz erst durch die beteiligten Akteure und deren kulturelle Prägung hergestellt. Die Trainingseinheiten können damit aber auch keine abschließenden „richtigen“ Verhaltensweisen fördern, sondern lediglich das Potenzial für ein gelingendes Handeln erhöhen.

3.1 Neuere Kompetenzmodelle

Neuere Untersuchungen weisen ebenfalls in Richtung der zweiten Auslegung der Ausführungen von Hinsch; Pfingsten. Mit Hilfe der Handlungstheorie begründet Hof (2001, S. 153) Kompetenz als situationsbezogene Beziehung zwischen Individuum und Umwelt. Kompetenz kann immer nur in Relation zu den Herausforderungen der Umwelt in konkreten Handlungszusammenhängen (Situationen) beschrieben werden. Der Begriff Kompetenz „stellt eine Beziehung her zwischen den aus dem individuellen Gesamtbestand jeweils als erforderlich angesehenen und ausgewählten Kenntnissen (deklaratives Wissen), den Fähigkeiten und Fertigkeiten (Können) und den Motiven und Interessen (Wollen) auf der einen Seite und den Möglichkeiten, Anforderungen und Restriktionen der Umwelt auf der anderen Seite.“⁸

„Diese Konkretisierung des Kompetenzbegriffs – als Fähigkeit zur Relationierung zwischen Person und Umwelt – verdeutlicht, dass soziale Kompetenz auf einer Vielzahl von Kenntnissen, Werten, Erfahrungen, Fähigkeiten und Handlungsantrieben basiert. „Kompetenzen werden von Wissen fundiert, durch Werte konstituiert, als Fähigkeiten disponiert, durch Erfahrungen konsolidiert, auf Grund von Willen realisiert“

Abb. 2: Kompetenz als situationsbezogene Relation zwischen Person und Umwelt nach Hof (2001, S. 153)



(Heyse; Erpenbeck 1997, S. 162, Hervorhebungen durch die Autoren) und – so müsste man hinzufügen – durch die Situationsspezifität konkretisiert“ (Hof 2001, S. 153).

Damit fließen in die Kompetenzforschung die Erkenntnisse der psychologischen Situationsdiagnostik ein (Hatzelmann; Wakenhut 1990). Situationen per se existieren aus psychologischer Sicht nicht. Sie sind vielmehr durch das Individuum in seiner subjektiven Erfahrung und Wahrnehmung definiert. „Situationen sind als ‚soziale Konstruktionen‘ Produkte der Interaktion von Person und Umwelt“ (ebd., S. 136). Sie sind stets selektive Abbilder der Umwelt, die zu selektiver Wahrnehmung führen, und stellen subjektiv wahrgenommene Handlungsfelder dar, mit einem je eigenen Handlungsspielraum und Aufforderungscharakter. Situationen sind integrative, ganzheitlich zu betrachtende Deutungen der Umwelt. Die Deutungen gründen auf sozial vermittelten Interpretationsschemata und sind damit Ausdruck kollektiv-kultureller Deutungsprozesse.

Kanning (2003, S. 20 f.) beschreibt drei Dimensionen sozialer Kompetenz. Diese wurden mit Hilfe einer Studie erschlossen, die über 100 Nennungen und Definitionsversuche sozialer Kompetenzen qualitativ aufbereitete. Die Daten wurden anschließend nach inhaltlichen Gesichtspunkten sortiert, Synonyme unter einem gemeinsamen Begriff zusammengefasst und dadurch kategorisiert. Der Autor kommt auf der personalen Ebene zur Unterscheidung von drei Gruppen sozialer Kompetenz: dem perceptiv-kognitiven Bereich, dem motivational-emotionalen Bereich und dem behavioralen Bereich. Die gefundenen Begriffe stellen nach Meinung des Autors „eine auf qualitativem Wege generierte Quintessenz der derzeitigen Diskussion und Konzeptbildung im Forschungsbereich der sozialen Kompetenzen dar“ (ebd., S. 22). Als notwendige Konsequenz und nachfolgend letzten logischen Schritt nennt Kanning die Überprüfung des tatsächlichen Bedeutungsgehaltes für die Gestal-

tung sozialer Interaktionen“ (ebd., S. 22). Damit ist auch bei Kanning die Kontextabhängigkeit sozialer Kompetenzen im Spiel. Die theoretisch erarbeiteten Kategorien können nur anhand von konkreten Situationen in sozialen Kontexten überprüft werden. Je nach Anforderung der Situation sind unterschiedliche Teilkompetenzen des Spektrums sozialer Kompetenzen einsetzbar beziehungsweise gefordert.

Kanning hat dies im Hinblick auf eine sehr spezifische Stichprobe, nämlich bei Polizeibeamten, konkretisiert. Er geht einen ersten Schritt in Richtung der Darstellung sozialer Kompetenzen in Abhängigkeit situativer Gegebenheiten. Er verwendet allerdings ein sehr einfaches und mechanistisches Modell für das Zusammenspiel zwischen Kompetenz und Anforderung der Situation. Die Situation wird nur im Sinne von „passend“ beschrieben, unabhängig vom Einfluss des Subjekts beziehungsweise der Akteure auf die Situation. Auf Seiten der Anforderungen der Situation handelt es sich in diesem Modell anscheinend um vorgegebene Situationsmuster beziehungsweise -bedingungen. Es bleibt offen, wer bestimmt, wann Verhalten „sozial kompetent“ und wann es als „sozial wenig kompetent“ zu gelten hat. Ist die Definition der Experten ausschlaggebend oder handelt es sich um einen Aushandlungsprozess der Akteure?

Schließlich definieren Euler; Hahn (2004, S. 260) soziale Kompetenzen wie folgt: „Der Begriff Sozialkompetenzen wird definiert als Kompetenz zur bewussten Kommunikation mit anderen Menschen über bestimmte Inhalte in spezifischen Typen von Situationen.“ Auch hier wird der soziale Kontext der Aushandlung der Bedeutung sozialer Kompetenzen sichtbar, wenn von der bewussten Kommunikation über Inhalte in spezifischen Typen von Situationen gesprochen wird. Nach Euler und Hahn lassen sich im beruflichen Kontext bestimmte Cluster von Herausforderungen in Hinblick auf soziale Kompetenzen beschreiben.

Schiebel (2004) versucht, für die Soziale Arbeit mit ihrer Untersuchung zum Bedarf sozialer Kompetenzen in deren Handlungsfeldern ebenfalls ein konkretes Anforderungsprofil im Sinne der Situationstypen von Euler und Hahn zu beschreiben. Dadurch wurden wichtige erste Erkenntnisse gewonnen. Ob die Ergebnisse auch einer größeren und repräsentativeren Stichprobe in allen Punkten hinsichtlich ihrer Validität und vor allem Reliabilität standhalten, bleibt abzuwarten. Ungeachtet dieser Einschränkung wurde damit in der Sozialen Arbeit aber der notwendige und richtige Versuch unternommen, soziale Kompe-

tenzen im Kontext der professionellen Herausforderungen Sozialer Arbeit empirisch zu erfassen und genauer zu beschreiben. Alle vorgestellten neueren Modelle sozialer Kompetenz betonen in mehr oder weniger ausgeprägter Form die Kontextabhängigkeit. Damit sind Kompetenztrainings in diesem Feld herausgefordert, den situativen Kontext der trainierten Kompetenzen transparent zu machen. Die Lerntheorie von Lave und Wenger bietet für diese pädagogische Herausforderung eine adäquate Hintergrundfolie.

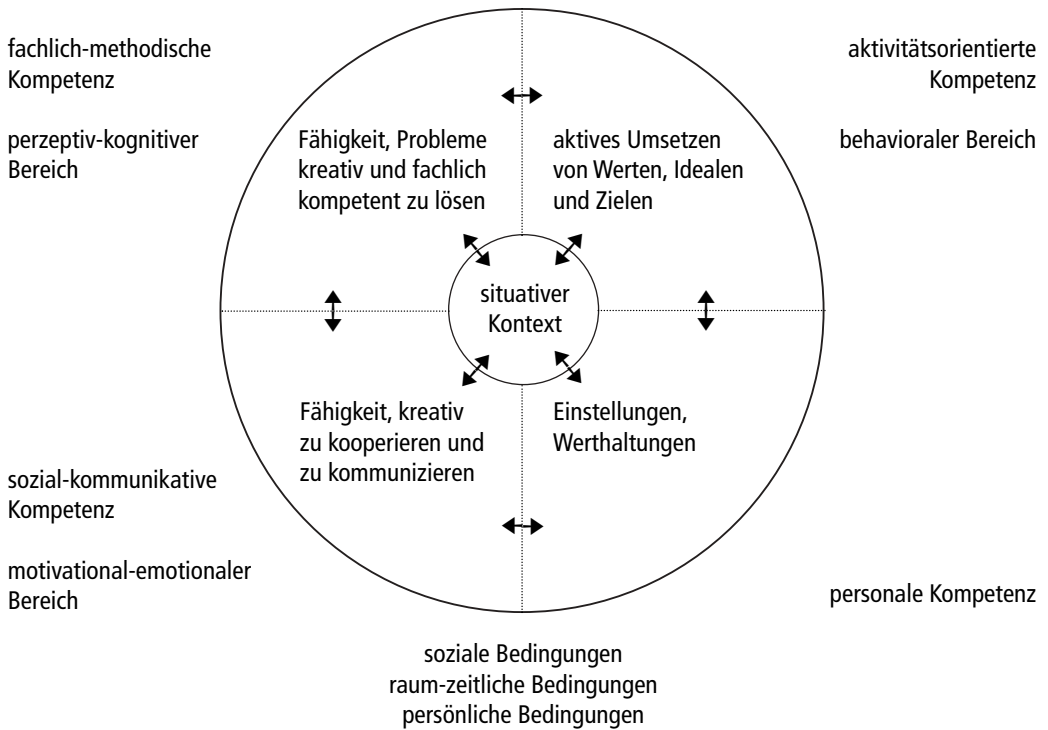
3.2 Die Lerntheorie

Lave; Wenger haben in ihrer Theorie des „Situational Learning“ (1991) herausgearbeitet, dass Lernprozesse immer den Kontext des Lernens mit berücksichtigen. Sie gehen davon aus, dass jede soziale Aktivität situiert ist und damit „das Lernen generell nicht losgelöst von der Situation als konstitutiver Basis betrachtet werden kann“ (Ringshausen 2001, S. 4). Die Situation prägt ganz entscheidend das Ergebnis des individuellen Lernprozesses. Das Individuum in der Auseinandersetzung mit der sozialen Umwelt spielt eine entscheidende Rolle in diesem Kontext: „In the concept of situated activity we were developing, however, the situatedness of activity appeared to be anything but a simple empirical attribute of everyday activity or a corrective to conventional pessimism about informal, experience-based learning. Instead, it took on the proportions of a general theoretical perspective, the basis of claims about the relational character of knowledge and learning, about the negotiated character of meaning, and about the concerned (engaged, dilemma-driven) nature of learning activity for the people involved. That perspective meant that there is no activity that is not situated. It implied emphasis on comprehensive understanding involving the whole person rather than ‚receiving‘ a body of factual knowledge about the world; an activity in and with the world; and on the view that agent, activity, and the world mutually constitute each other“ (Lave; Wenger 1991, S. 33, Hervorhebung Leisgang; Kehler).

Bezieht man die Theorie von Lave; Wenger auch auf das Lernfeld der sozialen Kompetenzen – was legitim erscheint, wenn Drinkmann; Schiebel (2004a) in ihrem Artikel darauf hinweisen, „dass soziale Kompetenzen erlernbar und trainierbar“ sind –, dann zeigt sich die Kontextabhängigkeit sozialer Kompetenzen auch aus lerntheoretischer Sichtweise auf zwei Ebenen:

▲ Einmal zeigt sie sich in Hinblick auf den Erwerb und die Entwicklung individueller sozialer Kompetenzen. Biographisch betrachtet entwickeln sich diese

Abb. 3: Klassen beruflicher Handlungskompetenz unter Berücksichtigung der Kontextsituation



in Aushandlungsprozessen mit der sozialen Umwelt im Laufe eines Lebens. Die Lerntheorie von Lave und Wenger macht klar, dass auch diese Kompetenzen situationsabhängig erlernt werden.

▲ Darüber hinaus wird pädagogisch deutlich, dass soziale Kompetenzen nicht als objektives Wissen vermittelt werden können. Ihre „objektivierte“ Vermittlung würde voraussetzen, dass diesbezügliche Wissensgehalte als objektiv gegebene, selbstgenügsame Entitäten Bestandteil des Lernprozesses sind und dass diese, nachdem sie gelernt wurden, in neuen Anwendungssituationen nur noch abgerufen werden müssten. Die konkreten Umstände der Wissensvermittlung würden dabei nur eine vernachlässigbare Randbedingung des Lernens darstellen. Eine solche Haltung ist auf Grund der Kontextabhängigkeit sozialer Kompetenzen und ihrer Lernprozesse nicht aufrecht zu erhalten.

4. Zusammenfassung und Konsequenzen für das Training sozialer Kompetenzen

Die obige Abbildung integriert die bisher dargestellten Modelle sozialer Kompetenz in das Konzept der beruflichen Handlungskompetenz (siehe auch Abbildung 1). In Abbildung 3 wird dargestellt, wie sich der situative Kontext jeweils über die vorhandenen

beruflichen Handlungskompetenzen legt. Die Situation mit ihren sozialen, raum-zeitlichen und persönlichen Bedingungen fordert die Agierenden in den vier aufgezeigten Kompetenzbereichen. Da sich die Situation als ein soziales Konstrukt beschreiben lässt, sind auf Seiten der Akteure und Akteurinnen im beruflichen Kontext die vorhandenen Kompetenzen an die „geschaffene“ Situation anzupassen. Je flexibler und der Situation angemessener dies gelingt, umso erfolgreicher wird die daraus resultierende Handlung sein. Erfolgreich heißt in diesem Fall aber ein Gewinn für alle Beteiligten. Das heißt, dass auch die Bewertung der Handlungsergebnisse wie die Konstruktion der situativen Rahmenbedingungen ein kommunikativer Aushandlungsprozess ist. Erfolg lässt sich damit nur in engen Grenzen im Vorhinein normativ definieren, weil die Zuschreibung und Bewertung der erlebten Situation durch die Beteiligten ein wesentliches Element der Definition des Erfolges darstellt. Dies bedeutet nicht, dass für bestimmte situative Kontexte keine Zielformulierungen stattfinden können. Diese Zielsetzungen sind ein entscheidender Bestandteil beruflichen Handelns – auch in der Sozialen Arbeit. Sie sind aber meist nur Annäherungen an eine erwünschte Zukunft und müssen deshalb vor dem Hintergrund der situativen Erfahrungen eventuell neu justiert und bewertet werden.

Wenn das Anliegen von Drinkmann und Schiebel richtig verstanden wurde, ging es den Autoren um den Versuch, das mühsame und phasenweise unreflektierte „learning by doing“ in der Praxis der Sozialen Arbeit, das sich im jahrelangen Erarbeiten hinreichender Handlungspotenziale im Feld der sozialen Kompetenzen für kritische, zum Teil krisenhafte soziale Situationen abbildet, zu ersetzen durch das Aneignen eines fundierten und variablen Handlungskatalogs. Damit gewinnt die einzelne Sozialarbeiterin, der einzelne Sozialarbeiter vielfältigere und angemessenere Reaktionsmuster für die Herausforderungen im beruflichen Alltag. Gleichwohl sei an dieser Stelle auch auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die solch ein Unterfangen mit der vorgeschlagenen Trainingsmethode mit sich bringt. Sie zeigen sich auf zwei Ebenen:

▲ Das Training sozialer Kompetenzen in der Sozialen Arbeit berücksichtigt eine abschließende Anzahl möglicher auftretender Situationen in Rollenspielen (aus forschungstheoretischer Sicht eine Laborsituation). Die Realität produziert jedoch eine unendliche Anzahl (zum Teil ähnlicher und vergleichbare) Handlungssituationen in realen Kontexten. Damit bleibt der Trainingseffekt begrenzt und ein abschließendes Pauschalrezept für alle Anforderungen der professionellen Sozialen Arbeit kann es nicht geben. Dieses war von den Autoren mit Sicherheit auch nicht intendiert. Auf Grund dieser Tatsache sind die Teilnehmer und Teilnehmerinnen nach der Maßnahme permanent herausgefordert, in jeder neuen Situation im beruflichen Kontext Transferarbeit in Hinblick auf die real vorliegende Situation mit ihren Anforderungen an die Agierenden zu leisten. Diese berufliche Anforderung besteht auf Grund der beschriebenen Kontextbezogenheit sozialer Kompetenzen aber ohnehin.

▲ Die Soziale Arbeit verfügt noch über ein eingeschränktes empirisch überprüfbares Handlungswissen. Die allgemein beschriebenen Interventionsansätze der Einzelfallhilfe, Gruppenarbeit und Gemeinwesenarbeit unterscheiden sich deutlich durch die am Beratungssetting beteiligten Akteure und Akteurinnen. Welche konkreten sozialen Kompetenzen sind aber in welcher Situation und innerhalb welcher Interventionsform besonders gefordert beziehungsweise nötig? Forschungen im Bereich und aus der Profession der Sozialen Arbeit wie die von Drinkmann; Schiebel sind leider immer noch die große Ausnahme. Hier eröffnet sich für die Lehre und Forschung, über die Vermittlung sozialer Kompetenzen in der Ausbildung hinaus noch ein weites Forschungsfeld.

In Hinblick auf die Anwendung sozialer Kompetenzen im beruflichen Alltag bleibt angesichts der bisher gemachten Ausführungen festzuhalten:

▲ Soziale Kompetenzen werden in sozialen Kontexten handlungsrelevant. Letztere sind geprägt, beeinflusst und veränderbar durch die vorherrschenden sozialen, raum-zeitlichen und persönlichen Bedingungen der Akteurinnen und Akteure (Hinsch; Pfungsten 1991, S. 6). Probst (1987, S. 69 f.) beschreibt diesen Effekt aus Sicht der Systemtheorie: Agierende und System existieren nicht getrennt voneinander, sondern sind aufeinander bezogen, bedingen sich gegenseitig und beeinflussen sich kommunikativ.

▲ Soziale Kompetenzen sind individuell disponiert. Die einzelne Person agiert in sozialen Kontexten sozial kompetent oder situationsunangemessen. Das an den Tag gelegte Verhalten lässt jedoch keine Rückschlüsse auf tatsächlich vorhandene Kompetenzen zu. Es besteht prinzipiell immer die Möglichkeit, dass ich mich situativ unangemessen verhalte, obwohl ich zu kompetentem Verhalten fähig wäre. Der Einsatz und die Anwendung bestimmter Fähigkeiten stellt damit in der Regel eine bewusste Entscheidung jedes einzelnen Agierenden dar.

▲ Die Akzeptanz von Verhalten als sozial kompetentes Verhalten wird durch unterschiedliche Verfahren hergestellt. Konventionen stellen tradierte Formen sozial akzeptierten Verhaltens dar. Diese sind kulturell geprägt und damit kulturgebunden und situativ konstruiert. In der Sozialen Arbeit sind hier zwei wesentliche Elemente auszumachen: Zunächst bestimmen gesellschaftliche Festlegungen (Gesetze), was als abweichendes Verhalten definiert wird. Damit ist der Blick des Sozialarbeiters und der Sozialarbeiterin auf die Klientel hinsichtlich bestimmter sozialer Verhaltensweisen bereits festgelegt (Ebene Sozialarbeiterin, Sozialarbeiter – Klient, Klientin; Drinkmann; Schiebel 2004b, S. 16 f., Spiegel 2002). Gleichzeitig legen berufsethische Vorgaben fest, welche sozialen Verhaltensweisen aus dieser Perspektive nicht akzeptiert werden, zum Beispiel Diskriminierungen.

▲ Soziale Kompetenzen sind in der Sozialen Arbeit ein wesentliches Element der Fachkompetenz.

Trainings sozialer Kompetenzen in der Sozialen Arbeit müssen deshalb den dargestellten Referenzrahmen beruflicher Handlungskompetenz vermitteln. Dies gibt den Teilnehmenden die Möglichkeit, ihre berufliche Rolle und die gesamte Bandbreite ihrer professionellen Handlungskompetenz zu reflektieren.

ren, was auch als Meta-Kompetenz beschrieben wird. Sie müssen die Kontextabhängigkeit sozialer Kompetenzen thematisieren und auf die notwendige Transferarbeit in der Praxis vorbereiten. Damit erhalten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen ein Modell, das es ihnen ermöglicht, die eigenen Kompetenzen je nach situativer Anforderung stetig auszubauen. Schließlich müssen sie die normativen Anforderungen und Erwartungen der Gesellschaft an die Soziale Arbeit mit bearbeiten. Auf diese Weise gelingt es, die Erwartungen der Umwelt und die Auswirkungen im konkreten Fall einer beruflichen Herausforderung zu erkennen und zu thematisieren.

Anmerkungen

- 1 Die Autoren sind Promotionsstipendiaten im Forschungs- und Entwicklungsprogramm „Lernkultur Kompetenzentwicklung“ bei der Arbeitsgemeinschaft für Berufliche Weiterbildungsforschung e.V. Das Forschungs- und Entwicklungsprogramm „Lernkultur Kompetenzentwicklung“ wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sowie aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds.
- 2 Siehe dazu auch Abschnitt 3.2 über die Lerntheorie von Lave und Wenger.
- 3 Selbstorganisierte Lernprozesse sind gekennzeichnet durch selbstbestimmtes, selbstgesteuertes Lernen und Verändern. Damit wird (aus Sicht der Systemtheorie) innerhalb eines Systems eine neue Ordnungsstufe (in diesem Fall neue Kompetenzen) erreicht (Heyse; Erpenbeck 1997, Probst 1987).
- 4 Die Berufsbezeichnungen Sozialpädagoge und Sozialarbeiter werden im Artikel synonym verwendet, weil die Autoren eine Differenzierung zwischen diesen beiden Titeln als nicht mehr zeitgemäß erachten.
- 5 Hier finden sich die Kategorien Wissen, Können und Wollen wieder, die Hof in ihrem Kompetenzmodell anwendet (siehe Abbildung 2).
- 6 Heyse; Erpenbeck (1997, S. 80 ff.) gehen sehr dezidiert auf den Zusammenhang von Kompetenzen und Werten ein. (Neues) Wissen erzwingt immer auch eine Neubewertung tradierter Wertordnungen.
- 7 Viel beachtet und zitiert ist immerhin das Prozessmodell sozial kompetenten Verhaltens von Hinsch; Pflingsten (1991, S. 6), das sehr wohl die Situation als Variable mit einbezieht.
- 8 Zum Verhältnis von Können und Wollen im Lernprozess merken Euler; Hahn (2004, S. 115) an: „Lernen wird durch zwei Faktoren, ‚Können‘ und ‚Wollen‘, begrenzt. Das Können markiert die Grenzen auf Grund fehlender Begabung sowie ungünstiger Umweltbedingungen. Es bleibt jedoch ein nicht quantifizierbarer Bereich annähernder Potenziale, von dem angenommen wird, dass der didaktisch beeinflussbar ist. Didaktische Interventionen sind zudem vom ‚Wollen‘ eines Menschen abhängig, das heißt, es wird nur dann gelernt, wenn ein Mensch dies aktiv will oder sich den Lernangeboten nicht verweigert.“

Literatur

Argyle, M.: Soziale Interaktion. Weinheim 1975
Baum, H.: Ethik sozialer Berufe. Paderborn 1996
Drinkmann, A. : Der Aufbau sozialer Kompetenzen durch strukturiertes Training. In: Sozialmagazin 2/2004, S. 19-26
Drinkmann, A.; Schiebel, A.: Das Soziale Kompetenztraining

für die Soziale Arbeit (SKSA). In: Sozialmagazin 2/2004a, S. 32-39
Drinkmann, A.; Schiebel, A.: Soziale Kompetenz in Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit. In: Sozialmagazin 2/2004b, S. 14-18
Erpenbeck, J.; Rosenstiel, L. von (Hrsg.): Handbuch Kompetenzmessung. Stuttgart 2003
Euler, D.; Hahn, G.: Wirtschaftsdidaktik. Bern 2004
Hatzelmann, E.; Wakenhut, R.: Probleme der Situationsdiagnostik. In: Sarges, W.: Managementdiagnostik. Göttingen 1990
Heyse, V.; Erpenbeck, J.: Der Sprung über die Kompetenzbarriere. Bielefeld 1997
Hinsch, R.; Pflingsten, U.: Gruppentraining sozialer Kompetenzen. Weinheim 1991
Hof, Ch.: Wie lässt sich soziale Kompetenz konkreter bestimmen? In: Grundlagen der Weiterbildung 12/2001, S. 151-154
Kanning, U.P.: Diagnostik sozialer Kompetenzen. Göttingen 2003
Lave, J.; Wenger, E.: Situated Learning. Legitimate Peripheral Participation. Cambridge 1991
Lenzen, A.: Erfolgsfaktor Schlüsselqualifikationen: Mitarbeiter optimal fördern. Heidelberg 1998
Martin, E.: Sozialpädagogische Berufsethik. Auf der Suche nach dem richtigen Handeln. Weinheim 2001
Probst, G.J.B.: Selbstorganisation. Ordnungsprozesse in sozialen Systemen aus ganzheitlicher Sicht. Berlin 1987
Ringshausen, H.: Die Theorie des Situierten Lernens von Lave; Wenger (1991) im Kontext organisationstheoretischer Ansätze der Erwachsenenbildung. Magdeburg 2001
Schiebel, A.: Der Bedarf an sozialer Kompetenz in Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit. In: Sozialmagazin 2/2004, S. 27-31
Solga, M. u.a.: Ein Prozessmodell der Personalentwicklung. In: Ryschka, J.; Solga, M.; Mattenklott, A.: Praxisbuch Personalentwicklung. Wiesbaden 2005, S. 11-30
Sonntag, Kh. (Hrsg.): Personalentwicklung in Organisationen. Göttingen 1992
Spiegel, H. von: Methodisches Handeln und professionelle Handlungskompetenz. In: Thole, W. (Hrsg.): Grundriss Soziale Arbeit. Opladen 2002, S. 589-602

Assessmentcenter auf dem zweiten Arbeitsmarkt

Zur Sinnhaftigkeit von Profilingmaßnahmen am Beispiel des Kölner Modellprojekts ZAPF

Bodo Rödel

Zusammenfassung

Das Kölner Modellprojekt ZAPF dient dem Profiling von Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen und -Empfängern. Durch unterschiedliche Methoden werden gezielt Stärken, Fähigkeiten und Interessen individuell analysiert. Ziel ist es, auf Grundlage der festgestellten Ergebnisse den Beratungsstandard für die Maßnahmeteilnehmerinnen und -teilnehmer kontinuierlich zu verbessern und den individuellen Förderbedarf genau zu ermitteln.¹

Abstract

The Cologne pre-operating study ZAPF serves to the profiling of recipients of „unemployment benefit II“. The use of different methods allows a targeted and individual analysis of the participants' strengths, abilities and interests. Based on the established results, the project aims to continuously improve the standard of consultancy and to accurately determine the individual demand of advancement.

Schlüsselwörter

Arbeitsloser - Fördermaßnahme - Qualifizierung - Bedarf - Analyse - Modellprojekt

Einleitung

Seit Januar 2005 gibt es das „Zentrum für Analyse von Potenzial und Fähigkeiten“, kurz ZAPF, in Köln. Es wurde – im Rahmen der ständigen Umstrukturierung des zweiten Arbeitsmarktes (als Folge der Hartz-Gesetze) – von einem Konsortium gemeinnütziger Kölner Beschäftigungsträger (KKB) ins Leben gerufen. Die quantitativen und qualitativen Veränderungen in der Maßnahmelandschaft erforderten eine Kooperation dieser Träger zwecks effektiver Gestaltung der Maßnahmen – insbesondere in Hinblick auf eine wirtschaftliche Kosten-Nutzen-Relation. Das Konsortium besteht aus dem Ehrenfelder Verein für Arbeit und Qualifizierung (EVA), der Jugendhilfe Köln (JHK), dem Internationalen Bund (IB) und Zug um Zug (ZuZ). Diese Träger sind langjährig in der Umsetzung von Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekten tätig und haben viele Erfahrungen und ein professionelles Know-how sammeln können. Mit dem Zusammenschluss sind sie nun in der Lage, flexibel und effektiv auf die steigenden Anforderungen seitens der Bundesagentur für Arbeit, respektive der

im Zuge von Hartz IV entstandenen Arbeitsgemeinschaften (ARGEn), zu reagieren.

Das Projekt ZAPF

Alle Teilnehmenden, die zurzeit bei den genannten Beschäftigungsträgern eine Qualifizierungs- und/oder Beschäftigungsmaßnahme durchlaufen, nehmen zunächst am ZAPF-Programm teil. Im einzelnen können dies Teilnehmende an einem Integrationsjob (Ein-Euro-Job), an Sprungbrett-Maßnahmen (jugendliche Arbeitslosengeld-II-Empfänger zwischen 18 und 25 Jahren) oder anderer Maßnahmen sein (zum Beispiel Wege in Arbeit). ZAPF oder das ZAPF-Programm hat die individuelle Analyse von Potenzialen, Stärken und Interessen dieser Maßnahmeteilnehmer und -teilnehmerinnen zum Ziel. Mit anderen Worten: Durchgeführt wird ein Assessmentcenter auf dem zweiten Arbeitsmarkt beziehungsweise ein Profiling von Maßnahmeteilnehmenden, welches darauf abzielt, auf der Grundlage der Ergebnisse des ZAPF eine zielgerichtete, effektive und professionelle Beratung sicherstellen und weiterentwickeln zu können. Dies bedeutet genauer, dass eine Vorhersage der Arbeitsmarktchancen beziehungsweise der beruflichen Erfolgsaussichten des jeweiligen Teilnehmenden angestrebt wird. Weiter sollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer motiviert werden, eigenverantwortlich eine positive Veränderung ihrer gegenwärtigen Situation zu bewirken; schließlich geht es um die Ermittlung eines eventuellen Qualifizierungsbedarfs.

ZAPF hat damit implizit zur Prämisse, dass gesellschaftliche Integration – insbesondere auf dem Arbeitsmarkt – nicht nur oder ausschließlich ein gesellschaftliches (und damit politisches) Problem darstellt (im Sinne weiterer Arbeitsmarktreflexionen oder der Schaffung neuer Arbeitsplätze durch veränderte gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen), sondern auch auf wesentlichen psychologischen oder pädagogischen und damit individuellen Problemlagen basiert. Mit anderen Worten: Selbstkonzept, Motive und Motivationen, Werte und Interessen der Teilnehmenden werden als entscheidende Faktoren anerkannt, ernstgenommen und bearbeitet. Gleiches gilt für das kognitive Leistungsvermögen – hinsichtlich der Konzentration und Intelligenz – wie für das soziale „Leistungsvermögen“ – hinsichtlich der Kontakt- und Teamfähigkeit. Gesellschaftliche, politische oder andere „Umweltfaktoren“ spielen im ZAPF nur insofern eine Rolle, als dass sie ein direktes soziales Umfeld der Teilnehmenden betreffen und hier ein entscheidendes Hemmnis für sie darstellen, welches ein erfolgreiches Voranschreiten, eine positive Veränderung ihrer Lebenslage verhindert. Natürlich ist den Mitarbeitern im ZAPF trotzdem bewusst, dass ein

gesamtgesellschaftlicher Prozess immer in Wechselwirkung mit dem Individuum steht.

Struktur der Teilnehmenden

Seit Januar 2005 bis Mitte November 2005 nahmen 1935 Personen am ZAPF-Programm teil. Die Altersstruktur der Teilnehmenden stellt sich dabei bis zu diesem Zeitpunkt so dar:

Alter	Prozentrang
unter 30 Jahre	54 Prozent
30-39 Jahre	13 Prozent
40-49 Jahre	20 Prozent
über 50 Jahre	13 Prozent

Das Durchschnittsalter der ZAPF-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer liegt bei 30 Jahren. Dies bedeutet, dass zurzeit im ZAPF weder jüngere noch ältere Teilnehmende überproportional zugegen sind. Im direkten Vergleich zur Altersstruktur der Arbeitslosen insgesamt in der Bundesrepublik Deutschland fällt auf, dass die Altersgruppe ab 50 Jahren im ZAPF deutlich unterrepräsentiert ist – sie beträgt im gesamten Bundesgebiet 25,5 Prozent.² Es könnte sein, dass die gegebenen Beschäftigungs-/Förderungsmaßnahmen, die mit ZAPF in Verbindung stehen, eher auf unter 50-Jährige abzielen – oder dass ein Profiling dieser Altersgruppe von den Stellen, die in das ZAPF zuweisen, als wenig sinnvoll erachtet wird.

Bezüglich der Geschlechterverteilung ist festzuhalten, dass 69 Prozent der Teilnehmenden Männer sind. Betrachtet man die Geschlechterverteilung der Arbeitslosen insgesamt, ist festzustellen, dass diese nicht mit der Verteilung im ZAPF identisch ist: Sie liegt bei 52 Prozent männlichen und 48 Prozent weiblichen Arbeitslosen. In das ZAPF werden also wesentlich mehr männliche Maßnahmeteilnehmer geschickt – oder in den Maßnahmen, die mit dem ZAPF in Verbindung stehen, sind insgesamt weniger weibliche Arbeitslose vertreten, als dies die gesamtdeutsche Statistik vermuten ließe. Die Struktur der Teilnehmenden nach ihrem Schulabschluss/Bildungsniveau stellt sich wie folgt dar:

Schulabschluss/Bildungsniveau	Prozentrang
Hauptschule	52 Prozent
Realschule	16 Prozent
Gymnasium	9 Prozent
keinen Abschluss	9 Prozent
Sonderschule	8 Prozent
akademischer Abschluss	2 Prozent
unbekannt	4 Prozent

Wie die Tabelle zeigt, hat der weit überwiegende Teil der Teilnehmenden im ZAPF einen relativ geringen Bildungsabschluss: Nur neun Prozent haben Abitur, lediglich zwei Prozent einen Universitätsabschluss. Die Hälfte der Teilnehmer und Teilnehmerinnen kommt von der Hauptschule. Rechnet man hier noch die Teilnehmenden ohne Schulabschluss und Sonderschulabgänger hinzu, ergibt sich eine Teilnehmerquote von 69 Prozent im ZAPF, deren Bildungsniveau unterhalb des Realschulabschlusses liegt. Dies entspricht der Erwartung, dass das Bildungsniveau mit beruflichem Erfolg – oder negativ: mit Arbeitslosigkeit – korreliert. Auch die ZAPF-Statistik belegt demnach, dass ein guter Schulabschluss zu besseren Berufsaussichten führt: Bildung als Prädiktor für beruflichen Erfolg! Bedenkt man die Resultate der in Deutschland durchgeführten PISA-Studie, welche als ein Ergebnis zeigen konnte, dass in Deutschland der Schulerfolg extrem mit dem sozialen und finanziellen Status der Herkunftsfamilie zusammenhängt,³ ist zu vermuten, dass die ZAPF-Teilnehmenden überwiegend aus sozial und finanziell benachteiligten Familien kommen.

Weitere Folgerungen aus einer statistischen Analyse legen die Vermutung nahe, dass die Teilnehmenden in den durchgeführten Leistungstests zum Teil recht erheblich unter der Vergleichsnorm liegen. Die Teilnehmenden im ZAPF schneiden also im Durchschnitt schlechter ab als eine Vergleichsgruppe mit identischem Bildungsniveau. Dies könnte Untersuchungen stützen, die Intelligenz als Vorhersagevariable für beruflichen Erfolg ausweisen und legt die Vermutung nahe, dass eine Gruppe auf dem gleichen Bildungsniveau in sich ein sehr heterogenes Leistungsniveau besitzt, welches dann letztendlich über beruflichen Erfolg oder Misserfolg entscheidet.

Die Struktur der Teilnehmenden nach Staatsangehörigkeit zeigt diese Tabelle:

Staatsangehörigkeit	Prozentrang
deutsch	73 Prozent
türkisch	10 Prozent
russisch	3 Prozent
italienisch	3 Prozent
iranisch	1 Prozent
polnisch	1 Prozent
keine Angabe/andere	9 Prozent

Die weit überwiegende Zahl der Teilnehmenden im ZAPF sind deutsche Staatsbürger und Staatsbürgerinnen, was natürlich nicht gleichzusetzen ist mit einer guten, manchmal auch nur ausreichenden Kennt-

nis der deutschen Sprache, da es sich hier zum Beispiel auch um Aussiedler und Kontingentflüchtlinge aus dem Gebiet der ehemaligen UdSSR handelt, die oftmals über sehr schlechte Deutschkenntnisse verfügen. Im Vergleich zur Gesamtzahl der arbeitslosen Ausländer und Ausländerinnen (14,4 Prozent) ist diese Gruppe im ZAPF immer noch verhältnismäßig stark vertreten – nämlich mit 27 Prozent. Mehr als ein Viertel der ZAPF-Teilnehmenden sind demnach keine Deutschen. Eine mögliche Ursache dafür wäre, dass gerade bei dieser Gruppe die zuweisenden Träger einen großen Bedarf an individuellem Profiling sehen, um das tatsächliche Leistungsvermögen besser einschätzen zu können. Auch könnte es sein, dass arbeitslose Ausländer und Ausländerinnen deutlich häufiger an Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten teilnehmen, da ihre Chancen auf eine Integration in den Arbeitsmarkt generell als schlechter angesehen werden.

Verlauf und Inhalte des ZAPF-Programms

Das Programm erstreckt sich in der Regel über fünf Werktage, wobei zurzeit täglich eine Gruppe von zirka 20 Personen im ZAPF beginnt, die zuvor durch den jeweiligen Maßnahmeträger angemeldet wurden. Das Programm beginnt mit einer einführenden Veranstaltung. Hier wird ausführlich Sinn und Zweck sowie der organisatorische Ablauf der Woche erläutert. Weiter wird dargestellt, was sie in dem Projekt erwartet. Diese Veranstaltung dient der positiven Einstimmung und Motivierung.

Im Anschluss daran findet ein Einzelgespräch („Intake“) mit einem Mitarbeiter oder einer Mitarbeiterin des Zentrums statt. Hier geht es um die Erfassung von Stammdaten; außerdem werden die wichtigsten Stationen des beruflichen Werdegangs festgehalten und es wird nach einer Selbsteinschätzung hinsichtlich der eigenen Stärken sowie nach eventuell bestehenden Hemmnissen (Schulden, gesundheitliche und psychische Einschränkungen, Wohnungsprobleme, Suchtproblematik, Vorstrafen, schwierige persönliche Situation) gefragt. Diese Einschränkungen sind erfahrungsgemäß oft große Hindernisse auf dem Weg in den ersten Arbeitsmarkt.

Auf der Grundlage dieses ersten Gesprächs wird gemeinsam ein individueller Terminplan erstellt und der Berater oder die Beraterin setzt einen Termin für das Rückmeldegespräch fest. Denn nicht für jeden Teilnehmenden ist das gesamte Programm sinnvoll; insbesondere die (nicht) vorhandenen Sprachkenntnisse sind ein entscheidendes Kriterium dafür, zu welchen Terminen die Teilnehmer und Teilnehmerinnen erscheinen sollen. Diese nehmen also nur an

den Veranstaltungen teil, die der Mitarbeiter oder Mitarbeiterin des ZAPF auf der Grundlage des Erstgesprächs für sinnvoll erachtet. Dabei ermöglicht es ZAPF, ein umfangreiches und vielfältiges Methodenrepertoire einzusetzen. Dieses besteht aus Fragebögen, Tests und Einzel- oder Gruppenübungen. Dabei wird versucht, ein Profil der Persönlichkeit sowie der Interessen der Teilnehmenden zu erstellen und mittels Leistungstest eine Aussage über das kognitive Potenzial zu treffen.

Fragen zur Persönlichkeit:

▲ Ein ausführlicher Fragebogen erfasst die berufsbezogene Persönlichkeitsbeschreibung – genauer: erfasst werden individuelle Eignungsvoraussetzungen bezüglich des Arbeitsverhaltens (Gewissenhaftigkeit, Flexibilität, Handlungsorientierung), der beruflichen Orientierung (Leistungs-, Gestaltungs- und Führungsmotivation), der sozialen Kompetenz (Sensitivität, Kontaktfähigkeit, Soziabilität, Teamorientierung und Durchsetzungsstärke) und der psychischen Konstitution (emotionale Stabilität, Belastbarkeit und Selbstbewusstsein).

▲ Weiter wird ein Fragebogen eingesetzt, der anhand von Bildern – also sprachunabhängig – die so genannten „Big Five“ der Persönlichkeitspsychologie erfasst. In der psychologischen Forschung wurden zahlreiche, zum Teil sehr unterschiedliche Persönlichkeitstheorien und Modelle entwickelt und diskutiert. Im Laufe der letzten 20 Jahre haben sich jedoch in zahlreichen Untersuchungen fünf Faktoren (Big Five) als zentrale Dimensionen zur Beschreibung der Persönlichkeit herauskristallisiert. Es soll sich dabei um überdauernde Eigenschaften handeln, die das Verhalten in konkreten Situationen beeinflussen. Diese sind Extraversion (Freundlichkeit, Geselligkeit, Bestimmtheit und Durchsetzungsvermögen, Aktivität, Expressivität, Erregungssuche und positive Grundstimmung), soziale Verträglichkeit (Vertrauensbereitschaft, Aufrichtigkeit, Uneigennützigkeit, Nachgiebigkeit, Bescheidenheit und Mitgefühl), Gewissenhaftigkeit (Tatkraft, Ordnungssinn, Pflichtbewusstsein, Leistungsorientierung, Selbstdisziplin und Besonnenheit), psychische Stabilität (Ängstlichkeit, negative Affektivität, Unbeherrschtheit und Verletzlichkeit) und Offenheit für neue Erfahrungen (ästhetische Empfänglichkeit, Gefühlsoffenheit, intellektuelle Offenheit).

▲ Ein weiterer Fragebogen soll für die Arbeitswelt relevante Motivlagen erfassen. Die Vorstellung dabei ist, Personen mit der geeigneten Motivstruktur für bestimmte Arbeitsplätze zu finden beziehungsweise für eine bestimmte Person eine optimal moti-

vierende Tätigkeit und einen optimal motivierenden Arbeitsplatz auszuwählen. Im Einzelnen werden die Motive Anschluss, Leistung und Macht erfasst – jeweils in ihrer positiven und negativen Auswirkung („Hoffnung auf“ oder eben „Furcht vor“).

▲ Durch einen weiteren Test werden beruflich relevante Interessen erfasst. Dabei werden sechs Bereiche differenziert: praktisch-technische, intellektuell-forschende, künstlerisch-sprachliche, soziale, unternehmerische und die so genannte konventionelle Orientierung.

Leistungstests:

▲ Im ZAPF wird ein Intelligenztest eingesetzt, der das Leistungsvermögen in vier Bereichen erfasst: verbale, numerische und figural-räumliche Fähigkeiten sowie Gedächtnisleistung.

▲ Ein weiterer sprachunabhängiger Intelligenztest soll die Fähigkeit zur Beziehungstiftung und zur Reproduktion, allgemeine Intelligenz sowie Intelligenz und Fähigkeit zum Problemlösen erfassen. Logisches Schlussfolgern stellt eine wichtige Fähigkeit für viele Berufe dar und logisches Denken steht vor allem für strukturiertes und analytisches Schlussfolgern, schnelles Lösen komplexer Aufgaben und rasches Erlernen neuer Aufgabeninhalte.

▲ Die Intensität, Güte und Kapazität der Informationsverarbeitung wird gezielt mit einem anderen Leistungstest analysiert.

▲ Ein Konzentrationstest misst die gerichtete Aufmerksamkeit. Darunter wird die Fähigkeit zur konzentrierten – also genauen und schnellen – Diskrimination visuell ähnlicher Zeichen unter gleichzeitiger Ausblendung aufgabenirrelevanter Informationen verstanden.

▲ Eine Organisationsübung stellt folgende Aufgabe: elf Einzelaufgaben sollen anhand eines vorgegebenen Wegeplans in eine sinnvolle zeitliche Reihenfolge gebracht werden. Weiter ist eine nachvollziehbare Liste mit genauen Uhrzeiten zu erstellen.

▲ Ein Wortschatztest, der aus Multiple-Choice-Aufgaben besteht, in denen jeweils das richtig geschriebene Wort aus vier Alternativen ausgewählt werden muss, dient zur Erfassung des Wortschatzes der Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Er wird insbesondere dazu eingesetzt, im Erstgespräch eine Auswahl der Module des ZAPF zu treffen, die für den jeweiligen Teilnehmenden hinsichtlich seiner Sprachkompetenz sinnvoll sind.

Grundsätzlich ist zu vermuten, dass das Thema „Leistungstests“ bei den Teilnehmern und Teilnehmerinnen des ZAPF-Programms tendenziell negative Assoziationen auslöst. Die Teilnehmenden werden zwar deutlich darauf hingewiesen, dass diese Tests nicht mit schulischen Klassenarbeiten zu verwechseln sind, insofern auch keine Benotung in Form von Schulnoten stattfindet, aber eine grundlegende Skepsis bleibt bestehen. Die Ergebnisse der Leistungstests lassen aber vermuten, dass die weit überwiegende Zahl der Teilnehmenden sich trotzdem bemüht, ein gutes Ergebnis zu erzielen. Dies spricht für eine grundsätzliche Akzeptanz der verwendeten Methoden. Durch die fehlende Benotung gestaltet sich die Ergebnismeldung so, dass hauptsächlich auf positive Ergebnisse eingegangen wird – unter Umständen erfolgt ein Verweis auf zusätzlichen Lern- beziehungsweise Qualifizierungsbedarf. Insbesondere ältere Teilnehmer und Teilnehmerinnen erleben die Leistungstests auch als Überprüfung ihres (noch) vorhandenen Leistungsstands.

Gruppenübungen:

Ziel der im ZAPF durchgeführten Gruppenübungen Simulationen (Turmbau/Parkplatz) ist es, die Teilnehmer und Teilnehmerinnen in einer Gruppensituation zu erleben. Hier sollen sie miteinander ein praktisches (Turmbau) beziehungsweise theoretisches (Parkplatzübung) Problem lösen. Dabei werden sie nach folgenden Kriterien beobachtet: Ihre Rolle im Team, der grundsätzliche Arbeitsstil, Intensität und Güte der Kommunikation, Aktivitätslevel. Ziel ist es, die genannten Punkte sowie die Teamfähigkeit im weitesten Sinne bewerten zu können. Schließlich wird im ZAPF auch eine kreative (freie) Aufgabe gestellt, bei der die Teilnehmenden die Vorstellung, die sie von ihrem „idealen“ Arbeitsplatz haben, mittels Zeichnungen oder in einem kurzen Aufsatz beschreiben sollen.

Am Ende der Woche findet mit allen Teilnehmenden ein individuelles Rückmeldegespräch statt. Hier werden detailliert die Ergebnisse der Tests, Fragebögen und Übungen besprochen. Vorhandene Schwierigkeiten werden analysiert und diskutiert. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf einer ressourcen- und nicht defizitorientierten Gesprächsführung, die die Teilnehmenden über ihre persönlichen Stärken und Fähigkeiten informiert. Schließlich wird mit jedem Teilnehmer und jeder Teilnehmerin erarbeitet, was diese Ergebnisse im Hinblick auf seine oder ihre berufliche Orientierung bedeuten könnten und sollten. Grundsätzlich kristallisierten sich dabei bis jetzt folgende Orientierungen beziehungsweise Beratungsinhalte heraus:

- ▲ Der von den Teilnehmenden geäußerte Berufswunsch wirkt durchdacht, authentisch und passt zu den ZAPF-Ergebnissen.
- ▲ Zum bereits bestehenden Berufswunsch gibt es Alternativen (Orientierungshilfen).
- ▲ Der Berufswunsch bleibt – trotz ZAPF – unklar, es gibt einen Bedarf an weiterer beruflicher Orientierung, zum Beispiel durch Berufspraktika.
- ▲ Das Absolvieren einer Ausbildung ist vermutlich im Hinblick auf die kognitive Leistungsfähigkeit des Teilnehmers oder der Teilnehmerin realistisch oder unrealistisch.
- ▲ Zum Absolvieren einer Ausbildung müssen große Anstrengungen in bestimmten Bereichen unternommen werden.
- ▲ Es gibt Qualifizierungsbedarf, um einen Berufseinstieg zu ermöglichen.
- ▲ Die Deutschkenntnisse sind für eine Integration auf dem Arbeitsmarkt nicht ausreichend.
- ▲ Es gibt auffallende Persönlichkeitsmerkmale, die bei der Berufswahl beachtet werden sollten.
- ▲ Festzustellen sind psychologische/psychiatrische Auffälligkeiten, die genauer abgeklärt werden sollten.
- ▲ Bestimmte Hemmnisse verhindern oder erschweren eine Arbeitsaufnahme (zum Beispiel Schulden, Drogenprobleme). Diese müssen zunächst geklärt werden.
- ▲ In Bezug auf die soziale Kompetenz des Teilnehmers oder der Teilnehmerin gibt es Beratungsbedarf (zum Beispiel hinsichtlich des Auftretens in Vorstellungsgesprächen).
- ▲ Teilnehmende werden aktiviert beziehungsweise hinsichtlich ihrer Wünsche sensibilisiert.
- ▲ Kongruenzen/Divergenzen zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung werden auf ihre Relevanz für das berufliche Ziel diskutiert.

Diskussion

Die bisherigen Erfahrungen mit ZAPF zeigen vorbehaltlich genauerer Analyse, dass ein Profiling von Teilnehmern und Teilnehmerinnen in Beschäftigungs- oder Qualifizierungsangeboten eine sinnvolle Maßnahme zu sein scheint, um ein tiefer gehendes und objektiveres Bild der Persönlichkeit der Teilnehmenden und des jeweiligen Leistungsstands zu bekommen. Pädagogisch Beratende befinden sich immer im Geflecht unterschiedlicher Interessenslagen; die ZAPF-Ergebnisse ermöglichen einen – vom eigentlichen Beratungsprozess unabhängigen – Blick auf die Teilnehmenden. Sie können so zur Professionalisierung des Beratungsgeschehens beitragen – dieses wird nicht ersetzt, aber sinnvoll ergänzt. Vermutungen über den Teilnehmer und die Teilnehmerin können verifiziert oder widerlegt werden. Dies verspricht schon heute eine zielgerichtetere Beratung.

Weiter ermöglicht ZAPF den Teilnehmenden eine individuelle Standortbestimmung und Einschätzung ihres Leistungsvermögens. Oftmals werden von ihnen die tatsächlich vorhandenen eigenen Stärken oder Schwächen nicht richtig eingeschätzt. ZAPF hilft hier, die Kompetenz zur Selbstreflexion aufzubauen und zu verbessern, denn nur wer sich selber richtig einschätzt, kann auch einen beruflichen Weg finden, der zu ihm passt. Insbesondere ist festzuhalten, dass bei Teilnehmenden, die sich in ihren Fähigkeiten unterschätzen, das Selbstkonzept in positiver Weise verändert werden kann.

Abzuwarten bleibt, wie sich das ZAPF-Programm weiterentwickeln wird. So ist mangelnde Sprachkompetenz ein besonderes Hindernis bei der Teilnahme an einzelnen Modulen. Der Einsatz von sprach- und kulturunabhängigen Tests und Fragebögen war bis jetzt nur begrenzt erfolgreich. Die ständige Frage danach, ob die durchgeführten Tests und Fragebögen auch wirklich das erfassen, wofür sie entworfen wurden und wie zuverlässig die Erfassung funktioniert (Validität/Reliabilität), bleibt ebenfalls ein ständiger Diskussionspunkt bei der Qualitätsverbesserung des ZAPF-Programms.

Anmerkungen

1 Mein Dank gilt Nadja Gärtel und Ingo Paul – besonders bedanken möchte ich mich bei Volker Wannke für die Auswertung der ZAPF-Datenbank und das Erarbeiten der statistischen Analyse.

2 Quelle für alle Daten, die sich auf die Bundesrepublik Deutschland beziehen: Der Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt in Deutschland. Monatsbericht Oktober 2005 der Bundesagentur für Arbeit

3 Siehe: GEW: Pisa zeigt soziale Ungerechtigkeit. Die Welt.de (www.welt.de) vom 14.7.2005

Masterstudium Systemische Sozialarbeit

Ein neuer Studiengang in Merseburg

Johannes Herwig-Lempp; Ludger Kühling

Zusammenfassung

An der Hochschule Merseburg wird ab Herbst 2006 der Studiengang Systemische Sozialarbeit angeboten. Er ist eine Antwort auf die Entwicklung im systemischen Feld in den letzten Jahrzehnten, die sich von der Familientherapie auf die Soziale Arbeit erweitert hat, und möglich geworden durch die Einführung von Masterstudiengängen. Wir stellen den Studiengang vor, für den es eine Reihe von guten Gründen gibt, und erläutern auch einige Argumente, die gegen ihn sprechen.

Abstract

Hochschule Merseburg, University of Applied Sciences, offers a new course of studies called „Systemic Social Work“, starting in fall 2006. It is a response to the developments in the field of systemic work over the last decades – growing from family therapy to social work –, and was made possible by the establishment of Master Programs. In the following we present this course of studies as well as some critical points, which could be raised against it.

Schlüsselwörter

Sozialarbeit - Systemtheorie - Studium - Familientherapie - Zielvorstellung - Curriculum - Bachelor - Master

Einleitung

An der Hochschule Merseburg (FH) beginnt im Herbst 2006 bundesweit der erste Masterstudiengang Systemische Sozialarbeit. Er richtet sich an Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in der Praxis, die systemische Kompetenzen erwerben wollen: Theorien, Methoden und Grundhaltungen systemischer Ansätze stehen im Mittelpunkt. Er vermittelt umfassende Kenntnisse systemischer Konzepte für die Arbeit sowohl mit der Klientel als auch mit Kolleginnen und Kollegen. Zudem bietet er Qualifikationen für Leitungskräfte und für Multiplikatoren aufgaben, zum Beispiel für die innerbetriebliche Fortbildung.

Dieser akkreditierte Masterstudiengang kann berufsbegleitend in vier Semestern studiert werden. Der Abschluss eröffnet den Zugang zum Höheren Dienst und berechtigt zur Promotion. Die Systemische Sozialarbeit als ein neuer professioneller Ansatz einerseits und das System der Bachelor- und Masterstudiengänge einschließlich der Entwicklung berufsbegleitender Weiterbildungsstudiengänge andererseits sind die Umwelten, innerhalb derer sich der Studiengang bewegt und auf die er sich bezieht.

gleitender Weiterbildungsstudiengänge andererseits sind die Umwelten, innerhalb derer sich der Studiengang bewegt und auf die er sich bezieht.

Systemische Sozialarbeit ist mehr als Familientherapie

Systemische Konzepte, die seit 40 Jahren vor allem in der Familientherapie und seit 20 Jahren für die systemische Beratung und Therapie entwickelt wurden, gewinnen in der Sozialen Arbeit eine immer größere Bedeutung. Unter Systemischer Sozialarbeit versteht man Theorie- und Handlungsmodelle, die sich auf Systeme und nicht nur auf Einzelne beziehen. Sie legen ihr Augenmerk auf die Umgebung und den Kontext von Personen und Problemen und nutzen die Vielfalt der unterschiedlichen Perspektiven und Sichtweisen, die sich daraus eröffnen. Systemikerinnen und Systemiker achten auf die unterschiedlichen Aufträge, die sie erhalten, und stellen Ressourcen und Kompetenzen (statt Defizite) sowie Zukunftsentwürfe und Lösungen (statt Probleme) in den Mittelpunkt. Konzepte Systemischer Sozialarbeit haben das Ziel, die Handlungsmöglichkeiten der Kooperationspartner (Klientel wie Professionelle) zu erweitern und gemeinsam getragene Lösungsideen zu entwickeln (Herwig-Lempp 2005, 2002a, Herwig-Lempp; Schwabe 2002).

Bezogen sich bis vor wenigen Jahren systemische Veröffentlichungen fast ausschließlich auf den therapeutischen Kontext, so scheint inzwischen die Systemische Sozialarbeit einen gewissen Boom zu erleben. Mittlerweile liegen mehrere Konzepte Systemischer Sozialarbeit vor (Milowiz 1998, Kleve 1999, 2005, Lüssi 2001, Pfeifer-Schaupp 2002, Ritscher 2002, Simmen u.a. 2003, Hosemann; Geiling 2005, einen Überblick gibt Kühling 2006). Die Vielzahl verweist dabei sowohl auf die große Attraktivität systemischer Handlungsmodelle in der Praxis von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern als auch auf die dabei mögliche und erwünschte Vielfalt: Es gibt nicht nur ein einziges Konzept.

Seit Jahren nehmen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an systemischen Weiterbildungen teil, die von Therapeutinnen und Therapeuten durchgeführt und keineswegs besonders auf das Arbeitsfeld Soziale Arbeit ausgerichtet sind. Die meisten systemischen Weiterbildungen richten sich thematisch in erster Linie an Fachleute der Psychologie und Medizin mit den Aufgabenfeldern Therapie und Beratung. Die Auszubildenden und Lehrtherapeuten haben häufig eher ungenaue Vorstellungen vom Arbeitsfeld Soziale Arbeit und den besonderen Anforderungen, die an die dort Tätigen gestellt werden. Dies

führt nicht selten zu dem Missverständnis, Sozialarbeit wäre eine etwas schlichtere Form der Beratung und bedürfe keiner speziell zugeschnittenen Weiterbildung. Die Übersetzung auf den Kontext Sozialarbeit wird von den Weiterbildungsteilnehmenden selbstständig geleistet. Sie stellen dabei den hohen Nutzen dieser Ansätze für ihr Berufsfeld fest. In gewisser Weise wiederholt sich hier ein Problem aus der grundständigen Ausbildung: Die ausbildenden Hochschullehrkräfte verstehen sich in den wenigsten Fällen selbst als Sozialarbeiterinnen oder Sozialarbeiter, verfügen über keine oder wenig Erfahrung aus diesem Bereich und behindern somit eher die Herausbildung eines professionellen Selbstbewusstseins als dass sie es fördern: Auch hier wird die Umsetzung dann allein von den Absolvierenden geleistet (Wieler 2005, Herwig-Lempp 1997).

Inzwischen fordern viele Arbeitgeber von ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Grundkenntnisse oder sogar Weiterbildungsabschlüsse im systemischen Arbeiten. Sie benötigen dabei nicht so sehr die vermittelten therapeutischen Kompetenzen und auch nicht vordringlich die beraterischen Qualifikationen. Soziale Arbeit ist wesentlich breiter angelegt als Beratung und Therapie, sie benötigt daher ein entsprechend breiteres Spektrum an Wissen, Fähigkeiten und Kompetenzen; im Vordergrund stehen Grundhaltungen, theoretisches Wissen und methodische Kompetenzen, die in den unterschiedlichsten Arbeitsfeldern und bei den verschiedenen Handlungsarten Sozialer Arbeit umgesetzt werden können. Sozialarbeit ist mehr als Beratung – sie umfasst gleichwertig auch Verhandlung und Vermittlung, Vertretung, Kontrolle und Intervention, Beschaffung und Begleitung (Lüssi 2001, S. 392 ff., Herwig-Lempp 2005). Alle diese Handlungsarten sind für Fachkräfte der Therapie und Beratung weniger relevant, gehören jedoch für die in der Sozialen Arbeit zum Alltag und verlangen eine hohe Professionalität.

Auf diese vielfältigen Handlungsarten lassen sich systemische Theorien, Haltungen und Methoden in hervorragender Weise übertragen und dort auch in einer eigenständigen Weise nutzen. Die Attraktivität systemischer Denk- und Handlungsmodelle liegt in der hohen Anschlussfähigkeit an verschiedenste Arbeitskontexte. Systemisch zu denken und zu handeln ist keine Frage des Settings. Das bisher fast ausschließlich auf Therapie und Beratung bezogene Weiterbildungsangebot führt dazu, dass systemisch ausgebildete Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter mitunter das Gefühl bekommen, sie wären als Systemiker am falschen Arbeitsplatz. „Richtig“ systemisch arbeiten ließe sich nur, wenn man berate und

therapiere – sie sind zwar systemisch (besonders gut) qualifizierte Fachleute der Sozialen Arbeit, verstehen sich aber manchmal eher als verhinderte Therapeutinnen und Therapeuten.

Die praktizierte Mischung der verschiedenen psychosozialen Berufe in den systemischen Weiterbildungskursen hat zweifellos ihre Vorteile, man erlebt sich sozusagen interprofessionell und erfährt voneinander, lernt die anderen Arbeitskontexte kennen und kann sich gegenseitig anregen. Solange allerdings die Besonderheiten Sozialer Arbeit bei den ausbildenden und lehrenden Therapeutinnen und Therapeuten weder bekannt sind noch als relevant eingeschätzt werden, wirkt sich dies nachteilig sowohl auf die Profession der Sozialen Arbeit als auch auf das professionelle Selbstbewusstsein aus. Die hieraus erwachsende Forderung nach einer systemischen Weiterbildung, die sich auf die speziellen Bedingungen, Besonderheiten und Anforderungen Sozialer Arbeit ausrichtet und von erfahrenen Angehörigen dieser Profession durchgeführt wird, trifft mit neuen Entwicklungen bei der akademischen Ausbildung, der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen zusammen.

Bachelor- und Masterstudiengänge – Lebenslanges Lernen als Chance?

Im Jahr 1999 haben sich in Bologna die europäischen Staaten darauf geeinigt, bis 2010 einen gemeinsamen „Europäischen Hochschulraum“ zu schaffen. Unter anderem sollen Hochschulabsolvierende durch einheitliche Abschlüsse die Möglichkeit haben, ihren Arbeitsplatz europaweit zu finden. Kernpunkt ist die Übernahme des angelsächsischen Modells der Bachelor- und Masterstudiengänge: Nach einem in der Regel dreijährigen Bachelorstudium sind die Studierenden zunächst einmal für die berufliche Praxis qualifiziert. An den Bachelorabschluss kann (muss aber nicht) ein Masterstudium als Aufbaustudium angeschlossen werden. Die Studienzeiten sollen vereinheitlicht und (für Deutschland) verkürzt sowie durch die Modularisierung vergleichbar werden, das Studium soll praxisnäher ausgerichtet sein. Angestrebt werden zudem eine größere Transparenz und eine internationale Ausrichtung der Studieninhalte (Hochschulrektorenkonferenz 2004).

Man unterscheidet einerseits die direkt anschließenden konsekutiven Masterstudiengänge, die etwa dem besten Drittel der Bachelorabsolvierenden kostenlos als Aufbaustudium offen stehen sollen. Und andererseits die berufsbegleitenden oder weiterbildenden Masterstudiengänge, die voraussetzen, dass die Studierenden bereits über praktische Erfahrung

verfügen. Dementsprechend baut das Lehrangebot auf diese beruflichen Erfahrungen auf. Masterstudiengänge bieten die Möglichkeit, sich nach einem eher generalistischen Bachelorstudium weiter zu spezialisieren und/oder sich auf eine akademische Laufbahn vorzubereiten. Mit dem Masterabschluss erhalten jetzt auch Fachhochschulabsolvierende die Möglichkeit zur Promotion.

Nicht nur die Abschlüsse, das gesamte Hochschulsystem wird umgestellt – das Studium wird modularisiert. Für jedes Modul werden nicht nur die Studienziele genau definiert, es muss von den Lehrenden auch nachgewiesen werden, wie diese Ziele erreicht werden können – mit welchen Seminaren, mit welchen zusätzlichen Leistungen im Selbststudium, mit welchem Arbeitsaufwand (Workload) für die Studierenden insgesamt. Es muss belegt werden, wie die zu erwerbenden Kompetenzen geprüft werden und welchen Anteil (Credits) sie an der Gesamtleistung des Abschlusses haben (Klüsche 2005, 2006). Bisherige Studiengänge müssen hierfür überwiegend völlig umgestellt werden. Die neuen Studiengänge sind grundsätzlich mit einem weiteren erheblichen Arbeitsaufwand und großen Kosten (zirka 12 000 Euro je Studiengang) zu „akkreditieren“. Für den Masterabschluss an Fachhochschulen kann zusätzlich (studiengangspezifisch, das wird jeweils geprüft) im Zusammenhang mit der Akkreditierung auch der Zugang zum Höheren Dienst, der bislang nur Universitätsabsolvierenden erreichbar war, eröffnet werden. Anders als bisher kontrollieren damit nicht nur die Kultusministerien, sondern auch „Akkreditierungsagenturen“ den Bedarf und die Qualität von Studiengängen.

Die Hochschulen haben bei der Umstellung eine erhebliche Arbeitsleistung zu bewältigen – wenn nicht gar eine „mission impossible“. „Das Konzept von Bologna, Modul, Credit und Akkreditierung, stellt uns vor Aufgaben, die prinzipiell nicht lösbar sind“ (Hermanns 2006), wobei der Autor durchaus positiv resümiert: „Indem wir uns an die Bewältigung unlösbarer Aufgaben machen, gewinnen wir Erkenntnisse und Möglichkeiten zum Handeln, die im normalen Hochschulalltag sonst vernachlässigt wären“ (ebd., S. 14). Die Umstellung ist nicht nur auf Grund des hohen Aufwands umstritten. Sie bedeutet eine starke Verschulung (insbesondere des Universitäts-, aber auch des Fachhochschul-)Studiums und in der Regel seine Verkürzung um ein Jahr. Letzteres wird vor allem von Arbeitgebern, der Politik und natürlich auch von zahlenden Eltern begrüßt. Allerdings kann man die starke Einschränkung der persönlichen Freiheit während des Studiums und die enge zeitliche

Strukturierung (das Semester wird in der Regel mit 900 Arbeitsstunden berechnet, die auch abgeprüft werden) durchaus kritisch sehen. Dass die Verkürzung der Studiendauer eine Minderung der Ausbildungsinhalte selbst zur Folge haben wird, ist kaum zu befürchten – sie bietet vielmehr die Chance, das Studium attraktiver zu machen, die Verantwortung der jeweiligen Hochschule für ihr Programm zu schärfen und ein höheres Anspruchsniveau in die Studiengestaltung hineinzutragen. „Vielleicht verliert das Studium der Sozialen Arbeit ja auch sein Image als Billig- oder ‚weiches‘ Studium“ (Klüsche 2005, S. 169). Der Umfang der Lehre selbst vermindert sich nicht, die Stundenzahl der Lehre bleibt ungefähr gleich und durch die Prüfungen werden die gelehrt Inhalte intensiver abgefragt.

Insbesondere die Masterstudiengänge bieten neue Chancen – für Hochschulen ebenso wie für Berufstätige. „Die neuen Strukturelemente im deutschen Hochschulwesen erlauben das mit diesem Konzept verbundene Anliegen des lebenslangen Lernens in vielfältiger Weise und individuell passend umzusetzen“ (ebd.). Schon seit einigen Jahren sollen die Hochschulen Aufgaben in der beruflichen Weiterbildung übernehmen und Möglichkeiten für die Umsetzung des „lebenslangen Lernens“ bieten, nun erhalten sie auch die Kapazitäten dafür. Und diejenigen, die bereits seit einigen Jahren im Beruf stehen, bekommen die Chance, neben dem Beruf ein wissenschaftlich fundiertes Aufbaustudium zu absolvieren, in dem sie neue Kompetenzen und damit auch eine Qualifikationserweiterung erhalten.

Masterstudiengänge für Soziale Arbeit dienen schließlich auch dem Ansehen und dem Selbstbewusstsein des Berufes. „Die Masterprogramme befördern insgesamt schon jetzt das Ansehen von Disziplin und Profession. Eine Profession wird nun einmal in der Öffentlichkeit an ihren exponierten Vertretern gemessen, und da eine fachliche Profilierung stattfindet, kommt dies dem gesamten Berufsstand zu Gute ...“ (Klüsche 2006, S. 6). Voraussetzung für ein Gelingen der Weiterbildungsmaster ist allerdings, dass das berufsbegleitende Masterstudium so gestaltet wird, dass es neben der beruflichen Tätigkeit (und eventuell auch der Familie) trotz der enormen Zusatzbelastung noch studierbar ist. Unsere Merseburger Erfahrungen mit einem grundständigen berufsbegleitenden Studiengang „Sozialarbeit/ Sozialpädagogik“ und den besonderen Anforderungen, die auch dort an die Studierenden gestellt wurden, lassen erwarten, dass auch ein berufsbegleitendes Masterstudium trotz oder vielleicht gerade auch wegen der besonderen Anforderungen in vie-

lerlei Hinsicht für die Teilnehmenden bereichernd ist (Herwig-Lempp 2002b). Zu den „besonderen Anforderungen“ zählt nicht zuletzt, dass die Studierenden das Studium bezahlen müssen, das heißt sie müssen mit ihren Studiengebühren alle durch den Studiengang entstehenden Kosten voll tragen.

syso.ma – Der Merseburger Masterstudiengang

Eine systemische Weiterbildung zu entwickeln, die sich auf die besonderen, vielfältigen Anforderungen von Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen richtet – sowohl durch die vermittelten Inhalte der Ausbildung als auch durch die Qualifikation und berufliche Erfahrung ihrer Auszubildenden – haben wir seit längerem angestrebt. Dass die Fachkräfte für Soziale Arbeit innerhalb der bestehenden systemischen Verbände und Institute bislang eher vernachlässigt und als Zielgruppe nicht wahrgenommen wurden, hat sicherlich mit der Fixierung auf die jeweils eigene Profession und der Fokussierung auf Therapie und Beratung, vermutlich aber auch mit der fehlenden Interessenartikulation der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter selbst zu tun: Sie kamen gar nicht auf die Idee, dass sie für ihre „transdisziplinäre“ (Bango 2005), also zwischen den vielen psychosozialen Berufen und den unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen stehende Profession eine besondere systemische Weiterbildung einfordern könnten (zumal sie dies häufig erst nach ihrer Weiterbildung hätten begründet fordern können, dann allerdings meist die Transferleistung der therapeutischen Konzepte in ihr Arbeitsfeld längst geleistet hatten).

Der Bedarf neuer berufsbegleitender Masterstudiengänge erlaubte uns ein Weiterbildungsangebot zu entwickeln, das eine wissenschaftlich begründete, umfassende Ausbildung in Systemischer Sozialarbeit bieten kann – und dabei zum Preis einer vergleichbaren Weiterbildung auch noch eine akademische Qualifikation mitliefert, die den Zugang zum Höheren Dienst eröffnet und eine Promotion ermöglicht (die Entwicklung des Studiengangs wurde für ein- einhalb Jahre durch das Kultusministerium von Sachsen-Anhalt aus Mitteln des Hochschul- und Wissenschaftsprogramms gefördert).

Das Können der Absolvierenden – Ziele des Studiengangs

Das Studium hat das Ziel, das aktuelle theoretische und praktische Wissen des systemischen Ansatzes in der Sozialen Arbeit zu lehren und die Fähigkeiten zu vermitteln, diesen Ansatz in den verschiedenen Arbeitsfeldern und den unterschiedlichen Arbeitsebenen der Sozialen Arbeit anzuwenden – im Umgang mit der Klientel ebenso wie im Umgang mit

Kolleginnen, Kollegen und Mitarbeitenden, bei der Leitung einer Einrichtung oder einer Abteilung ebenso wie bei der Weitervermittlung von Wissen an andere Fachkräfte. Mit dem Studium werden die Theorie-, Methoden-, Handlungs-, Reflexions-, Multiplikatoren- und Selbstwertkompetenzen vermittelt und erweitert. Dies heißt, die Absolvierenden des Studiengangs

▲ verstehen systemische Theorien und erkennen deren Bedeutung für die Arbeitsfelder Sozialer Arbeit, sie können diese auf konkrete Situationen anwenden und vermitteln (Theoriekompetenz);

▲ können die auf wissenschaftlicher Grundlage aus der Systemtheorie abgeleiteten Methoden und Techniken mit verschiedenen Zielgruppen in den unterschiedlichen Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit anwenden, anderen erklären und weiter vermitteln (Handlungskompetenz);

▲ können die Vielfalt ihrer Rollen und ihre Haltungen sowie ihr Handeln multiperspektivisch reflektieren, Ziele und Vorgehensweisen begründen (Reflexionskompetenz);

▲ können auf Grund erworbener Kompetenzen in den Bereichen Mitarbeiterführung, betriebswirtschaftlicher Planung und systemischer Personal- und Systementwicklung Leitungsfunktionen übernehmen und diese nach systemischen Gesichtspunkten gestalten (Multiplikatorenkompetenz);

▲ können ihr Fachwissen in geeigneter Weise im Rahmen von organisationsinternen Lernprozessen, Publikationen, Tagungen und Fortbildungseinheiten weiter vermitteln;

▲ können die eigenen professionellen Ressourcen und Kompetenzen sowie das Selbstverständnis der eigenen Profession mit Selbstbewusstsein vertreten – gegenüber der Klientel, gegenüber Vertretenden anderer Professionen, innerhalb der Gesellschaft und in politischen Prozessen (Selbstwertkompetenz).

Die Diskussion um die Frage der „Schlüsselqualifikationen“ oder „Kernkompetenzen“ der Absolvierenden von Studiengängen Sozialer Arbeit ist äußerst aktuell – manchmal hat man den Eindruck, als wäre uns, den in diesen Studiengängen Lehrenden, selbst nicht ganz klar, welche Fähigkeiten wir unseren Studentinnen und Studenten vermitteln. Und manchmal geht es etwas zu sehr ins banale Detail (etwa wenn der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit einen über hundert Seiten umfassenden Entwurf für die Schlüsselkompetenzen formuliert und dort unter anderem auch als Kompetenz anführt, Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen „können Briefe, Sitzungsprotokolle, Aktenvermerke, Stellungnahmen schreiben“ (Maus; Röh 2006, S. 55). Selbstverständlich ist auch unsere Auflistung von Kompetenzen nicht

mehr als die Formulierung eines Anspruchs. Wir versuchen ihn durch ein entsprechend gestaltetes Studium einzulösen und die erworbenen Kompetenzen zu überprüfen.

Das Studium – die inhaltliche Ausgestaltung

Die Studieninhalte werden in zwölf Modulen vermittelt, die sich auf folgende Schwerpunkte verteilen (den vollständigen Modulplan einschließlich der Seminare, Prüfungsformen und Lehrenden ist unter www.systemische-sozialarbeit.de verfügbar):

▲ **Systemische Methoden und Praxis:** Ressourcen- und Lösungsorientierung, systemische Gesprächsführung, Praxistraining, Projekte, Supervision: Der Studiengang ist anwendungsorientiert angelegt, das heißt wir legen Wert darauf, neben den wissenschaftlichen Anforderungen und Qualifikationen immer auch die Praxis und ihre Anforderungen im Blick zu haben. Neben der Vermittlung von Methoden wird die Umsetzung des Gelernten und Erfahrenen in den beruflichen Alltag der Studierenden gefordert. Dies erfolgt in Form von Praxistraining und Projekten, die dokumentiert und reflektiert werden. Dies geschieht unter anderem in Studiengruppen durch kollegiale Beratung sowie mit externen Supervisorinnen und Supervisoren.

▲ **Systemische Theorien und Haltungen – Konstruktivismus und Systemtheorien, Philosophie, Ethik, Professionelles Selbst-Bewusst-Sein, Berufliche Identität:** Systemische Praxis begründet sich in Theorie. Im Vordergrund stehen im Studiengang konstruktivistische und systemtheoretische Ansätze. Ergänzt werden diese Konzepte durch Reflexionen von philosophischen und ethischen Aspekten. Die Frage der Professionalität, des Selbstbewusstseins und der Selbstdarstellung als einzelne Fachkraft und als Berufsgruppe hat nicht nur Wirkungen nach außen, sondern wirkt auch auf die Betreffenden selbst und auf deren Arbeit zurück.

▲ **Leitungskonzepte und Sozialwirtschaft:** Personal- und Teamentwicklung, Projektmanagement, betriebswirtschaftliches Denken: Wurde Sozialarbeit bislang – auch in der Ausbildung – vor allem als Arbeit mit einer Klientel gesehen, wird immer mehr deutlich, dass sie auch ebenso über betriebswirtschaftliche Kompetenzen verfügen sollte wie über die Fähigkeiten, Projekte selbstständig zu managen und Mitarbeitende anzuleiten.

▲ **Qualitätsmanagement und Forschung:** Praxisforschung, qualitative Forschungsmethoden, Evaluation im beruflichen Alltag, Qualitätsmanagement

Fachkräfte der Sozialarbeit benötigen, nicht zuletzt zur Legitimierung ihrer Arbeit, Kenntnisse über die Möglichkeiten des Qualitätsmanagements und einer praxisnahen Evaluation: Die Grenzen von Praxis und Forschung werden fließender. Im Studium werden praxisnahe Konzepte vermittelt und in kleinen Projekten umgesetzt.

▲ **Weitervermittlung und Publikation:** Formen des Lernens und Lehrens, Vermittlung von Fachwissen, Veröffentlichungen, Gestaltung einer Fachtagung: In vielen Teams wird erwartet, dass Kolleginnen und Kollegen, die an Fort- und Weiterbildungen teilgenommen haben, ihr Wissen in wirkungsvoller Weise weitergeben können. Die notwendigen Grundlagen werden ebenso erlernt wie die Veröffentlichung von eigenen Überlegungen und Erfahrungen in Fachzeitschriften. Am Ende des Studiums gestalten die Studierenden eine Fachtagung und erwerben die damit verbundenen Fähigkeiten.

▲ **Studium Generale und Internationales:** Interdisziplinäre Vorträge und Workshops, Englisch-Sprachkurs, Auslandsstudienreise: Ein Bereich des Studiums fördert die fremdsprachlichen Kenntnisse und bietet durch eine einwöchige Auslandsreise Einblick in die soziale Wirklichkeit und die professionelle Sozialarbeit eines anderen Landes sowie auch das Erleben der Fremdheit und dessen Reflexion. Im Studium Generale erlauben Vorträge und Workshops aus den verschiedensten Professionen und Disziplinen „Blicke über den Zaun“.

Das Studium setzt sich aus unterschiedlichen Formen des Lernens zusammen: Präsenzstudium mit Seminaren (zirka 20 Tage pro Semester, in Blöcken von jeweils drei bis fünf Tagen); Projekte, in denen das Gelernte und Erfahrene unmittelbar umgesetzt wird, die während der Arbeitszeit durchgeführt werden können und anschließend in Projektberichten, Studiengruppen und Supervision sowie in Seminaren reflektiert werden; Studiengruppen, die sowohl selbstständig reflektieren als auch Supervision durch externe, systemisch arbeitende Supervisorinnen und Supervisoren erhalten und Selbststudium, das unter anderem Lektüre, Vor- und Nachbereitungen, Erstellen von Berichten und Hausarbeiten sowie Prüfungsvorbereitungen einschließt. Der Studiengang ist als Teilzeitstudium konzipiert, eine parallele berufliche Tätigkeit wird ebenso vorausgesetzt wie die Zustimmung des Arbeitgebers zum Studium und zur Umsetzung am Arbeitsplatz. Insgesamt erfordert der Studiengang von den Studierenden einen Aufwand von 2700 Stunden – dies entspricht 90 Credits und stellt eine nicht unerhebliche Belastung dar.

Vielfalt aus systemischer Überzeugung

Ein zentrales Ziel systemischer Theorie- und Handlungskonzepte ist die Erweiterung der Sichtweisen und Handlungsmöglichkeiten. Vielfalt ist eine wesentliche Voraussetzung für die Möglichkeit zu wählen. Dem Grundsatz der Vielfalt will der Studiengang auf unterschiedlichsten Ebenen gerecht werden. Insbesondere berücksichtigen wir Vielfalt in Bezug auf die Arbeitsfelder Sozialer Arbeit, auf die Verzahnung von Theorie und Praxis, die Lehrenden, auf die Gestaltung der Lehre und die Entwicklung des Studiengangs.

Der Studiengang beschränkt sich ausdrücklich nicht auf bestimmte Arbeitsfelder, sondern nimmt das Berufsfeld in seiner ganzen Breite auf: Auch die Studierenden kommen im besten Fall aus den verschiedensten Bereichen und bringen ihre verschiedenen Erfahrungen in das Studium mit ein. Dementsprechend zielt die Gestaltung des Studiums darauf ab, das Gelernte zeitnah in der beruflichen Praxis anzuwenden und auszuprobieren. Durch die Vorbereitung der Praxisprojekte in den kollegialen Studiengruppen und der Supervision wird die Vielfalt der Umsetzungsmöglichkeiten in der Praxis deutlich.

Die Lehrenden des Studiengangs kommen aus Wissenschaft und Praxis: Die Praktikerinnen und Praktiker bringen Anwendungsorientierung und Erfahrung aus ihren unterschiedlichen Kontexten mit (unter anderem in der Arbeit mit Klientinnen und Klienten, als Vorgesetzte, aus Projektentwicklung, Qualitätsmanagement, Verlagswesen, Öffentlichkeitsarbeit, Psychotherapie, Supervision), die Hochschullehrkräfte unterschiedlicher Hochschulen bieten aktuelle wissenschaftliche Theorie, Forschung und Praxis sowie unterschiedliche Formen der Lehr- und Lernkultur mit. Schließlich haben wir den Anspruch, systemische Ansätze nicht nur als nützliches und effektives Instrumentarium für die Arbeit zu vermitteln, sondern die Lehre selbst ebenfalls systemisch zu gestalten, also uns an systemischen Haltungen und Menschenbildern zu orientieren, systemische Theorien für die Vermittlung der Lerninhalte zu nutzen und die Lehre mit selbigen Methoden zu gestalten (Arnold; Siebert 1995, Reich 2002). Systemische Sozialarbeit zu lehren und zu lernen bedeutet für uns, ▲ in der Lehre an das Vorwissen der Studierenden und ihrer Sichtweisen anzukoppeln, sie zu berücksichtigen und zu nutzen; ▲ Lernen als aktiven Konstruktionsprozess der Studierenden zu begreifen; ▲ die Nützlichkeit theoretischen Wissens durch ein Praxistraining und die Durchführung von Projekten zu überprüfen;

- ▲ das Gelehrte den Studierenden als ein Angebot zu präsentieren;
- ▲ bisherige Denk- und Handlungsmöglichkeiten zu „verstören“ und den Studierenden die Möglichkeit zu bieten, die präsentierten Theorien, Haltungen und Methoden in Abhängigkeit selbst gewählter Ziele zu beurteilen und
- ▲ die Neugierde, aber auch Kritik und Zweifel der Studierenden für ein Lernen mit Spaß zu nutzen.

Die Entwicklung des Studiengangs wird seit seinem Beginn durch einen systemisch-wissenschaftlichen Beirat begleitet, der sich aus Praktikern und Praktikerinnen der Region, systemischen Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen, Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen verschiedener Hochschulen und aus Studierenden zusammensetzt. Seine Aufgabe ist es, den Studiengang fachlich zu unterstützen und kritisch zu begleiten. Die Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie und Familientherapie unterstützt als eine der beiden großen deutschen systemischen Fachgesellschaften die Entwicklung des Studiengangs. Weitere Partnerschaften sollen etabliert werden.

Mögliche Argumente gegen diesen Studiengang

Für diesen neuen Studiengang sprechen viele gute Gründe. Sie reichen von inhaltlichen systemischen Argumenten über jeweils persönliche bis hin zu berufspolitischen und sind in den bisherigen Ausführungen sicherlich ausreichend deutlich geworden. Allerdings sprechen bestimmt auch einige Gründe gegen ihn – sowohl grundsätzlich als auch aus der Sicht potenzieller Bewerberinnen und Bewerber. Dies ist eine Frage des Standpunkts und der Interessen. Einige dieser Gründe wollen wir hier auflisten, mit anderen (pro und contra) haben wir uns bereits im Text befasst:

- ▲ Es ist ein sehr anspruchsvolles Studium: Es verlangt ein großes zeitliches Engagement, neben den Präsenzzeiten werden Projekt-, Studiengruppen- und Selbststudiumzeiten gefordert, die neben Beruf und Alltag ihren Raum fordern und Einschränkungen zur Folge haben. Ähnliches gilt allerdings auch für andere Masterstudiengänge und Weiterbildungen.
- ▲ Dageben spricht vielleicht auch der Monatsbeitrag von rund 270 Euro (zuzüglich Fahrt- und meist auch Übernachtungskosten) gegen ein Studium – er stellt einen erheblichen zusätzlichen Kostenaufwand dar, selbst wenn der Studienbeitrag im Vergleich mit anderen kostenpflichtigen Masterstudiengängen und Weiterbildungen durchaus im Rahmen liegt.

▲ Ein Masterabschluss eröffnet den Zugang zum Höheren Dienst, aber er garantiert keine entsprechende Arbeitsstelle und keine höhere Bezahlung.

▲ Ein Masterstudium berechtigt zwar zur Promotion, aber nicht jeder möchte promovieren, also möglicherweise erwirbt man hiermit eine Qualifikation, die man gar nicht benötigt.

▲ Grundsätzlich kann man die Frage stellen, ob ein Masterstudiengang in der Sozialen Arbeit sich nicht auf ein bestimmtes Arbeitsfeld beziehen sollte, den Schwerpunkt auf Forschungsmethoden legen oder aber lediglich Leitungsqualifikation (Sozialmanagement) vermitteln sollte.

▲ Gegen die Bewerbung für den ersten Studiengang spricht, dass die Lehrenden damit noch über keine Erfahrung verfügen. Trotz aller Vorbereitung und Planung gibt es eine Reihe von Unwägbarkeiten und Risiken – wobei es andererseits vielleicht auch reizvoll sein kann, sich als Studierende als Pioniere zu verstehen, die aktiv in die Entdeckung neuer Gebiete einbezogen sind.

Erst am Anfang

Mit diesem Studiengang stehen wir momentan erst am Anfang. Nach den umfangreichen Vorarbeiten und der abgeschlossenen (für fünf Jahre gültigen) Akkreditierung wird er voraussichtlich im Herbst 2006 starten. Wieweit es uns gelingt, unsere Ansprüche umzusetzen und ihnen gerecht zu werden, wird sich noch zeigen. Dazu benötigen wir Studierende, die diesen Studiengang ein erstes Mal studieren und ihn beurteilen. Bislang stößt er auf eine große Nachfrage. Ob er dann seinen eigenen Ansprüchen genügt und die Erwartungen einhalten kann, erwarten wir mit Spannung. Neben den Rückmeldungen der Studierenden werden wir Feedback aus der Praxis sowie von den Lehrkräften, die in diesem Studiengang lehren, einholen. Nicht ganz nebenbei wird uns auch interessieren, inwieweit sich dieses Studium auf das professionelle Selbstbewusstsein und die weitere berufliche Entwicklung der Absolventen und Absolventinnen auswirkt. Wir hoffen natürlich auf Erfolg – und würden ihn gern teilen: Wir wünschen uns weitere Anbieter ähnlicher Studiengänge. Konkurrenz belebt bekanntlich das Geschäft, sie dient der Qualitätsverbesserung und der Vielfalt und würde für Interessentinnen und Interessenten die Möglichkeit bieten, wählen zu können. Und wer will das nicht – gerade als Systemikerin und Systemiker?

Literatur

- Arnold**, Rolf; Siebert, Horst: Konstruktivistische Erwachsenenbildung. Hohengehren 1995
- Bango**, Jenö: Sozialarbeitswissenschaft – transmodern und transdisziplinär? In: Soziale Arbeit 11/2005, S. 425-430
- Hermanns**, Harry: Modularisierung, Credits, Workload und Akkreditierung. Mission impossible? www.hermanns.it/doku/modul.pdf (6.2.2006)
- Herwig-Lempp**, Johannes: „Ist Sozialarbeit überhaupt ein Beruf?“ In: Sozialmagazin 2/1997, S. 16-26
- Herwig-Lempp**, Johannes: Maschinen, Menschen, Möglichkeiten – eine kleine Ideengeschichte des systemischen Arbeitens. In Kontext 3/2002a, S. 190-212
- Herwig-Lempp**, Johannes: „Eine bessere Chance gibt es nicht!“ Der Berufsbegleitende Studiengang „Sozialarbeit/ Sozialpädagogik“ (BBS). In: Lernen, Lehren, Forschen an der Fachhochschule Merseburg. Festschrift Merseburg 2002b
- Herwig-Lempp**, Johannes: Die Konstruktion der systemischen Sozialarbeit – Einführung. In: Kontext 2/2005, S. 111-117
- Herwig-Lempp**, Johannes; Schwabe, Mathias: Soziale Arbeit. In: Wirsching, Michael; Scheib, Peter (Hrsg.): Paar- und Familientherapie. Berlin 2002, S. 475-488
- Hochschulrektorenkonferenz** (Hrsg.): Bologna-Reader. Bonn 2004, siehe auch www.hrk-bologna.de/bologna/de/download/dateien/Bologna-Reader-gesamt.pdf (6.2.2005)
- Hosemann**, Ludwig; Geiling, Wolfgang: Einführung in die systemische Soziale Arbeit. Freiburg im Breisgau 2005
- Kleve**, Heiko: Postmoderne Sozialarbeit. Ein systemtheoretisch-konstruktivistischer Beitrag zur Sozialarbeitswissenschaft. Aachen 1999
- Kleve**, Heiko: Zwischen Systemen – soziale Arbeit als postmoderne Profession. In: Kontext 2/2005, S. 118-125
- Klüsche**, Wilhelm: Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen. In: Soziale Arbeit 5-6/2005, S. 163-170
- Klüsche**, Wilhelm: Erste Erfahrungen mit Masterstudiengängen im Sozialwesen. Fachschule Postdam 13./14. Januar 2006 (Manuskript)
- Kühling**, Ludger: Wenn Theoretiker Theorie lieben, Praktiker sie wenig zur Kenntnis nehmen – und sie dennoch wirkt. In: Kontext 1/2006 (in Vorbereitung)
- Lüssi**, Peter: Systemische Sozialarbeit. Bern 2001
- Maus**, Friedrich; Röh, Dieter: Schlüsselkompetenzen der Sozialen Arbeit. Diskussionsentwurf des Deutschen Berufsverbands für Soziale Arbeit. Essen 2005
- Milowiz**, Walter: Teufelskreis und Lebensweg – Systemisches Denken in der Sozialarbeit. Wien 1998
- Pfeifer-Schaupp**, Ulrich (Hrsg.): Systemische Praxis. Modelle – Konzepte – Perspektiven. Freiburg im Breisgau 2002
- Reich**, Kersten: Konstruktivistische Didaktik. Neuwied 2002
- Ritscher**, Wolf: Systemische Modelle für die Soziale Arbeit. Heidelberg 2002
- Simmen**, René u.a.: Systemorientierte Sozialpädagogik. Bern 2003
- Wieler**, Joachim: 50-jähriges Jubiläum und 18. Weltkongress der IFSW 2006. In: Soziale Arbeit 11/2005, S. 402-410

Gemeinsame Servicestellen

Plädoyer für die Besetzung der Servicestellen mit Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen

Matthias Dalferth

Zusammenfassung

Die Arbeitsweise der Gemeinsamen Servicestellen (GS) zur Beratung behinderter Menschen und ihrer Angehörigen, vor drei Jahren mit der Verabschiedung des Sozialgesetzbuches IX (SGB) bundesweit eingerichtet, lässt erhebliche Defizite erkennen. Qualitätsdefizite der Mitarbeitenden und Strukturängel der GS geben Anlass zu Zweifeln, ob diese ihren gesetzlichen Auftrag erfüllen können. Es wird vorgeschlagen, die Servicestellen umgehend mit Fachkräften der Sozialen Arbeit zu besetzen, damit diese Beratungsstellen – auch im Hinblick auf die bevorstehende Einführung eines Persönlichen Budgets ab 2007 – qualifiziert tätig werden können.

Abstract

The working method for providing advice to disabled people and their relatives used by the joint facilities (Gemeinsame Servicestellen GS), which were established all over Germany three years ago by passing the Social Code IX (SGB IX), shows substantial deficits. Quality deficits of employees and structural flaws of the GS give grounds for doubting whether they are able to fulfil their statutory task. It is proposed to immediately place social work experts in these facilities to enable these advice facilities to act qualitatively, also with regard to the upcoming introduction of a personal budget which will commence from 2007.

Schlüsselwörter

Sozialgesetzbuch IX - Behindertener - Beratung - Sozialarbeiter - Berufsbild

1. Einleitung

Die Idee klingt überzeugend: Da behinderte oder von Behinderung bedrohte Menschen und ihre Angehörigen oft nicht wissen, welche Rehabilitationsleistungen ihnen zustehen, wer sie erbringt und wer die Kosten trägt, und deshalb allzu oft lange Wartezeiten in Kauf nehmen oder auf notwendige Unterstützung verzichten mussten, hat der Gesetzgeber bei der Verabschiedung des Gesetzes SGB IX vor drei Jahren neue Beratungsstellen ins Leben gerufen: die Gemeinsamen Servicestellen (GS). Ihnen sollte – dem Leitparadigma „Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und am Arbeitsleben“ entsprechend – die Aufgabe zukommen, Träger übergreifend und netzwerkorien-

tiert den Rat Suchenden Auskunft darüber zu erteilen, welche Rehabilitationsleistungen ihnen zustehen, wer sie erbringt und wer verpflichtet ist, die Kosten zu tragen. Da im differenzierten und gegliederten System der Rehabilitation Zuständigkeitsstreitigkeiten der Kostenträger nicht zu einer unzumutbaren Verzögerung der Leistungsgewährung führen und damit zum Nachteil der Hilfe Suchenden gereichen sollten, wurde gleichfalls verfügt, dass eine schnelle Zuständigkeitsklärung der Leistungsträger nach zwei Wochen gemäß § 14.1 SGB IX beziehungsweise, wenn vorher ein Gutachten für die Feststellung des Rehabilitationsbedarfs erforderlich ist, innerhalb von drei Wochen gemäß § 14.2 SGB IX erfolgen muss.

Die Anforderungen, die an eine solche Beratungstätigkeit geknüpft werden, sind hoch: Beratung und Unterstützung sollen „umfassend, qualifiziert und bürgernah“ gewährt werden, auf eine „unverzügliche Leistungserbringung“ ausgerichtet sein, „anbieterneutral informieren und in enger Kooperation mit den Rehabilitationsträgern“ erfolgen (Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation 2001a, 2001b).

2. Aufgaben und Zielsetzung von Servicestellen

Seit Inkrafttreten des Gesetzes wurden bereits 577 Servicestellen (Deutscher Bundestag 2004, S. 191) eingerichtet, die eine flächendeckende, wohnortnahe Beratungs- und Informationsmöglichkeit in sämtlichen Landkreisen und kreisfreien Städten für Menschen mit einem Rehabilitationsbedarf oder für ihre Angehörigen gewährleisten. Die Aufgabenstellung bezieht sich gemäß SGB IX § 22 auf:

- ▲ Informationen über Leistungsvoraussetzungen, Leistungen, besondere Hilfen im Arbeitsleben und Informationen über Verwaltungsabläufe;
- ▲ Ermittlung des Rehabilitationsbedarfs, Mithilfe bei Inanspruchnahme von Leistungen zur Teilhabe, auch in Form eines persönlichen Budgets;
- ▲ Klärung der Zuständigkeit von Kostenträgerschaften und Weiterleitung der Anträge an die zuständigen Institutionen;
- ▲ Einleiten von Maßnahmen, die es dem zuständigen Träger ermöglichen, auf Grund der umfassenden Information über Leistungen der Teilhabe unverzüglich entscheiden zu können;
- ▲ Forcieren von zeitnahen Entscheidungen und
- ▲ Koordination der Leistungserbringung bei der Beteiligung von mehreren Trägern – auch während der Leistungserbringung.

Für die Soziale Arbeit bedeutet dieser Service:

- ▲ Klärung des Hilfebedarfs durch ein Assessment unter Berücksichtigung lebensweltlicher Bezüge;

- ▲ Case- beziehungsweise Rehabilitationsmanagement vor und während der Leistungserbringung, damit Hilfen umfassend, unverzüglich, anbieterneutral und zugleich verbindlich gewährt werden können;
- ▲ Qualitätssicherung durch standardisierte Dokumentation und Evaluation;
- ▲ Koordination verschiedener Leistungen sowie der beteiligten Institutionen und Behörden durch systematische Vernetzung;
- ▲ Lobbyarbeit für die Hilfe Suchenden und
- ▲ Empowerment der Rehabilitanden durch umfassende Information und Aufklärung.

Diese Interpretation, die über den Formalismus der Aufgabenstellung nach § 22 SGB IX scheinbar hinaus reicht, lässt sich direkt aus den Ansprüchen ableiten, die der Gesetzgeber mit dieser Beratungstätigkeit verknüpft. So sollen nach dem § 23 SGB IX Servicestellen so ausgestattet sein, dass ein „barrierefreier Zugang“ möglich ist, „dass sie ihre Aufgaben umfassend und qualifiziert erfüllen können“ und über „besonders qualifiziertes Personal mit breiten Fachkenntnissen insbesondere des Rehabilitationsrechts und der Praxis“ verfügen.

Auch in den Rahmenempfehlungen zur Einrichtung Träger übergreifender Servicestellen für Rehabilitation der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (2001a) wird argumentiert: Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen so qualifiziert sein, dass eine effiziente teamorientierte Zusammenarbeit innerhalb der Servicestelle gewährleistet werden kann. Regional sollen gemeinsame Beratungsteams gebildet werden, die eng mit Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege, Selbsthilfegruppen, Hauptfürsorgestellen sowie den Trägern der Sozialhilfe, Jugendhilfe und der gesetzlichen Pflegeversicherung zusammenarbeiten. Auf regionaler Ebene gilt es, einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch zu organisieren und die Beratenden nach einem bundeseinheitlichen Träger übergreifenden Konzept weiterzubilden (Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation 2001b).

Die GS wurden zu 95 Prozent bei den gesetzlichen Krankenkassen oder den Rentenversicherungsträgern eingerichtet, nur fünf Prozent sind bei einem Sozialhilfeträger, der Agentur für Arbeit oder bei einem Unfallversicherungsträger untergebracht (Deutscher Bundestag 2004, S. 192). Ungefähr 1500 Mitarbeitende sind für die Beratungstätigkeit in den GS zuständig. Spätestens hier werden sich etliche Leser und Leserinnen fragen, wie es sich erklären lässt, dass sie über die Existenz dieser flächendeckenden

den Beratungsstellen bisher keine Kenntnisse gewinnen konnten. Dies ist insofern entschuldbar, als sich in diesem Zusammenhang das ganze Dilemma der Servicestellen offenbart.

3. Unbekannt, ineffizient und überfordert

Der vorliegende Bericht der Wissenschaftlichen Begleitforschung zur Umsetzung des SGB IX (Deutscher Bundestag 2004, S. 190-198) dokumentiert massive Mängel und bestätigt weitgehend die Erfahrungen, die der Autor im Verlauf der letzten Jahre mit den Servicestellen gewinnen konnte.

3.1 Unbekannt

Nicht nur bei Fachleuten, auch bei den Adressaten der Behindertenhilfe ist die Existenz der Servicestellen kaum bekannt. Wie aus mehreren Umfragen im Rahmen von Fachtagungen und Kongressen unter Selbsthilfegruppen und Menschen mit Behinderungen (Gestrich 2005) hervorgeht, wissen meines Erachtens 80 Prozent der Anspruchsberechtigten beziehungsweise ihre Angehörigen nach wie vor nichts von der Existenz dieser Beratungsstellen. Auch das Team des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (2004), damit beauftragt, Einrichtung und Arbeitsweisen der GS zu untersuchen, wurderte sich, dass von 1 000 an Selbsthilfegruppen und Klientel versandten Fragebögen nur 28 zurückkamen. Daraus lässt sich folgerichtig ableiten, dass man den Service, den man nicht kennt, auch nicht in Anspruch nehmen oder beurteilen kann.

Es wundert auch nicht, dass die Hälfte der GS, die ihre Fallzahlen offen legten, nicht mehr als 13 Servicestellenfälle im Jahr 2003 ausweisen konnten (ebd., S. 195). Eine Anfrage bei drei Servicestellen in bayerischen Landkreisen ergab: „Seit der Eröffnung 2002 zwei Beratungen“, „maximal zwei Klienten pro Monat“, „drei bis sechs Beratungen pro Monat“ (Gestrich 2005). Da 30 Prozent der von der Beleitforschung angeschriebenen Servicestellen überhaupt keine Angaben machten, wird vermutet, „dass die GS keine oder sehr wenige Beratungen im Rahmen der Servicestellentätigkeit durchführten. Unter einer worst case Annahme hat fast die Hälfte keine Kunden“ (Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik 2004, S. 195). Damit korrespondiert auch das Zeitbudget: Die meisten GS geben ihr Zeitbudget mit ein bis zwei Stunden pro Monat an (ebd., S. 196).

3.2 Ineffizient

Die GS weisen kein eigenes Beratungsprofil auf (Deutscher Bundestag 2004, S. 163) und verfügen über ein uneinheitliches Selbstverständnis. In der Regel verstehen sie ihre Tätigkeit lediglich als Ergän-

zung und als Zusatzangebot, jedoch nicht als die zentrale Stelle für alle Fragen der Rehabilitation. Ein Drittel aller GS sehen „im Widerspruch zu den gesetzlichen Vorgaben erst dann einen Servicefall als gegeben, wenn mindestens ein weiterer Rehabilitationsträger beteiligt werden muss“ (ebd.). Sie beschreiben zwar, dass ihre Tätigkeiten überwiegend in der Klärung von Zuständigkeiten, in der Eruiierung des Rehabilitationsbedarfs besteht, sie geben Information über Leistungsvoraussetzungen, bisweilen auch über Hilfen im Arbeitsleben und informieren über Verwaltungsabläufe.

Jedoch: 40 bis 60 Prozent leiten bisher keine Informationen an den zuständigen Rehabilitationsträger weiter, wenn ein Gutachten fällig wird. Entscheidungen werden nicht vorbereitet, eine Begleitung der Betroffenen erfolgt nicht, Koordinations- und Vermittlungsaufgaben unterbleiben weitgehend, bei 56 Prozent der GS fand im Jahr 2003 lediglich ein Teamtreffen statt, 37 Prozent verzichteten gänzlich auf Träger übergreifende Kooperation (Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik 2004, S. 193). Kurzum: Die Tätigkeit entspricht eher der formalistischen Beratung durch ein Call Center. Von den zentralen Aufgaben Case Management, Netzwerkarbeit, Lobbyarbeit, Empowerment ist wenig zu spüren.

Es ist nachvollziehbar, dass die Vertretenden der Verbände behinderter Menschen an dieser Beratungsarbeit sehr deutliche Kritik äußerten (Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation 2004, S. 26). Wenn die obersten Landesbehörden demgegenüber reklamieren, dass ihnen bislang keine Beschwerden von Klienten und Klientinnen zugegangen sind, dann hängt dies auch damit zusammen, dass man sich nicht über etwas beschweren kann, was man gar nicht kennt. Wenn die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation auf Grund ihrer Auswertung der Mitteilungen der Rehabilitationsträger zu der Auffassung gelangt, die befragten Mitarbeitenden der GS und Rat Suchende hätten die Beratungen als „erfolgreich erlebt“ (2004, S. 24), muss diese Selbstauskunft der GS in Zweifel gezogen werden, zumal unklar bleibt, wie viele Kunden und Kundinnen anonym befragt wurden. Die Verbände gewannen hier einen anderen Eindruck. Sie befürchten, „dass eine als unzureichend erlebte Beratung andere behinderte Menschen im Sinne einer negativen Mundpropaganda davon abhalten würde, eine GS überhaupt aufzusuchen“ (ebd., S. 27).

Acht Personen aus verschiedenen Selbsthilfegruppen, die den Rat der Servicestellen suchten, äußerten sich sehr unzufrieden (Gestrich 2004). Die Berater

tenden hätten ihnen erklärt, sie könnten ihnen nicht weiterhelfen oder eine Auskunft erteilen. Sie bezweifelten ihre Zuständigkeit, lehnten es sogar ab, dem Wunsch einer Selbsthilfegruppe zu entsprechen und die Kontaktadresse der GS in ihren Mitgliederinformationen zu nennen. Sie seien nicht ausreichend qualifiziert und wollten daher nicht als Anlaufstelle im Wegweiser der Selbsthilfegruppe erscheinen. Den Recherchen der wissenschaftlichen Begleitforschung zu Folge gibt es allerdings erhebliche Qualitätsunterschiede in der Arbeitsweise der Servicestellen. In einzelnen, ausgewiesenen Regionen (Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt) beraten die GS nicht nur wesentlich mehr Menschen, sondern leisten auch effiziente Arbeit (Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik 2004, S. 198).

3.3 Überfordert

Die geringe Auslastung der Servicestellen (nach eigenen Angaben im Durchschnitt ein bis zwei Stunden pro Monat) mündet zwangsläufig in die Überlegung: Was tun denn die Beschäftigten in der verbleibenden Zeit? Während die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation darauf verweist, dass sie „auf Grund der geringen Auslastung ... meist mit weiteren (Beratungs-)Funktionen betraut“ sind (2004, S. 24), verhält es sich wohl genau umgekehrt: „Sie nehmen die Aufgaben der GS wahr, ohne dass dafür ein fester Stellenanteil als Kapazität festgelegt worden wäre. Sie erfüllen die Servicestellentätigkeit zusätzlich zu ihren bestehenden trägerinternen Aufgaben der Kundenberatung und Reha-Sachbearbeitung“, – so die wissenschaftliche Begleitforschung (Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik 2004, S. 192 f.).

Hintergrund für diese halbherzige Beratungskonstruktion bildet die Tatsache, dass der Strukturaufbau der GS in der Form erfolgte, dass sie in bereits bestehende Beratungsstellen des Trägers bei gemeinsamer Nutzung der technischen und personellen Infrastruktur integriert wurden (ebd.). Die GS-Beratungsstellen entstanden teilweise durch schlichte Umetikettierung. Es liegt auf der Hand, dass diese fragwürdige kostenneutrale Regelung dazu führt, dass die Beschäftigten die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben nicht zufriedenstellend erfüllen und den Qualifikationsanforderungen nach § 23.3 SGB IX nicht entsprechen können. Mängel in der Qualifikation werden auch von der Bundesregierung (Deutscher Bundestag 2004, S. 161) eingeräumt.

Ein Blick auf den Ausbildungshintergrund zeigt: In den Servicestellen sind Sozialversicherungsfachangestellte, Diplom-Verwaltungswirte und Rehabilitationsberater und -beraterinnen – jedoch nur neun

Prozent Sozialpädagogen oder Sozialarbeiterinnen tätig. Dies erklärt, weshalb die Beschäftigten im Regelfall nicht über Methodenkompetenz (Gesprächsführung), Kenntnisse des Case Management-Konzeptes, Fähigkeiten zur Bedarfsermittlung (Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik 2004, S.192), über Netzwerkansätze, Kenntnisse über Ätiologie und Genese von Behinderungen, Coping-Prozesse, einschlägige Assessmentstrategien, Kenntnisse über Aufgaben und Struktur sozialer Dienste und Einrichtungen der Rehabilitation und last but not least nicht nur über einschlägige, sondern differenzierte rechtliche Kenntnisse verfügen – umfassende Kenntnisse, die Absolvierende der Sozialen Arbeit mit dem Studienschwerpunkt Rehabilitation/Behindertenhilfe bereits im Studium erworben haben.

Nun sind die Träger einer GS gesetzlich verpflichtet, ihr Personal so zu qualifizieren, dass es seine Aufgaben erfüllen kann. Zwei Drittel haben mittlerweile eine dreitägige Schulung zum SGB IX absolviert, Schulungskonzepte und Materialien der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation stehen zur Verfügung. Da sich diese Schulung jedoch ausschließlich auf Vermittlung der Inhalte des SGB IX bezieht, bleibt offen, wie sich die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen die umfassenden Kenntnisse aneignen sollen, die sie nach § 23.3 SGB IX als „besonders qualifiziertes Fachpersonal mit breiten Fachkenntnissen insbesondere des Rehabilitationsrechtes und der Praxis“ ausweisen.

4. Von passiver Öffentlichkeitsarbeit und aktiver Selbstmarginalisierung

Von allen Trägern und Verbänden wird der unzureichende Bekanntheitsgrad der Servicestellen nachhaltig bemängelt. So wurden die Verantwortlichen der GS bereits 2003 aufgefordert, die Öffentlichkeitsarbeit massiv zu intensivieren. Unsicherheiten und Inkompetenzgefühle der Beschäftigten führten aber dazu, dass die Anstrengungen, die GS und ihre Aufgaben regional bekannter zu machen, damit sie von Hilfe Suchenden auch wahrgenommen und in Anspruch genommen werden können, bisher noch keine nachhaltige Wirkung zeigten. „Da die Servicestellenmitarbeiter und -mitarbeiterinnen ihre unzureichende Qualifizierung kennen, kann nicht erwartet werden, dass sie selbst öffentlichkeitswirksam aktiv werden“ (Hagelskamp 2003, S. 58).

Das Hinweisschild mit Signum, das am Gebäude angebracht werden sollte, wird von einem Drittel der GS überhaupt nicht verwendet und taucht nur in 15 Prozent der Fälle auf Briefpapier oder Stempel auf. In Folge allgemeinen Drucks haben zwar 77 Prozent

der GS mit öffentlichen Veranstaltungen, der Produktion von Flyern unterschiedlicher Qualität, über Presseartikel und Kontakte zu Selbsthilfegruppen und Verbänden auf sich aufmerksam gemacht. Allerdings führen 20 bis 25 Prozent nach wie vor keine oder nur eine rudimentäre Öffentlichkeitsarbeit durch (Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik 2004, S. 196).

5. Gemeinsame Servicestellen – kein Bedarf?

In der allgemeinen Diskussion um die GS wird nun die Frage diskutiert, ob die geringfügige Inanspruchnahme etwas damit zu tun haben könnte, dass gar kein Bedarf vorhanden sei beziehungsweise dass die Menschen mit Hilfebedarf sich direkt an die trägerspezifischen Beratungsstellen der Region richten und nur in strittigen Fragen die GS als „Schlichter“ in Anspruch nehmen. Für Letzteres ergeben sich insbesondere in den Städten, weniger hingegen in den Landkreisen Anhaltspunkte. Allerdings zeigt die vorliegende Recherche: Die geringe Inanspruchnahme lässt sich eher auf den minimalen Bekanntheitsgrad, die aktive Selbstmarginalisierung, die negative Mund-zu-Mund-Propaganda der unzufriedenen Kunden und Kundinnen in einigen Regionen und die Qualifikationsdefizite der Beschäftigten zurückführen. Die halbherzige und vordergründig kostenneutrale Umsetzung des Gesetzes bedarf dringend der Korrektur. Denn bereits heute zeigt sich, dass es keine Erkenntnisse gibt, dass durch die Präsenz der GS Wege verkürzt und dadurch Kosten eingespart werden konnten (Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation 2004, S. 4), sondern unter anderem durch die Schulung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zusätzliche Kosten entstanden sind.

6. Fazit

Eine nachhaltige Korrektur des Kurses zur Rettung der GS erscheint dringend geboten. Doch die bisherigen Vorschläge (Intensivierung der Aus- und Fortbildung des Personals, Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit, weitergehende Schulungskonzepte, Entwicklung geeigneter Software zur Dokumentation, Entwicklung eines Leitfadens zur Strukturierung der Verwaltungsabläufe, Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Rehabilitationsträgern, Stärkung der Entscheidungskompetenzen der GS) (ebd., S. 25-26, Deutscher Bundestag 2004, S.161) haben eher als Makulatur zu gelten und sind nicht hinreichend.

Eine weit greifende Korrektur kann nur dadurch erfolgen, dass in jeder GS künftig Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen beschäftigt werden, die sich bereits durch ihr Studium für diese Aufgabe hinreichend qualifizieren konnten und über die gesetzlich

geforderten fachlichen Voraussetzungen verfügen. Schließlich gelangte auch die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation zu der Überzeugung, dass diese Beratungsaufgaben präzise auf sozialarbeiterische Qualitäten zugeschnitten seien (2001a, S. 59, Mühlum; Gödecker-Geenen 2003, S. 72).

Zudem ist es sinnvoll, auf Grund der sich bereits abzeichnenden Perspektive der bundesweiten Einführung eines Persönlichen Budgets für Menschen mit Behinderung an diesem Beratungskonzept nicht nur festzuhalten, sondern es sukzessive auszubauen. Wenn nach Abschluss der Modellprojekte Menschen mit Behinderungen sich die gewünschte Hilfe im differenzierten Rehabilitationssystem selbst einkaufen können, weil ihnen im Rahmen eines Persönlichen Budgets die erforderlichen finanziellen Mittel anstelle der bislang von und in Institutionen gebotenen Leistungen direkt auf ihr Konto überwiesen werden, dann gewinnen Träger übergreifende, neutrale Servicestellen mit kompetentem Personal, das erforderliches Case Management übernimmt, an erheblicher Bedeutung.

Die Servicestellen sind bereits jetzt – nach der Budget-Verordnung § 3.2, des SGB IX, § 17.2 bis 4 – beauftragt, Träger übergreifend den Bedarf eines Antragstellers auf ein Persönliches Budget zu eruieren, eine Zielvereinbarung über die anzustrebenden individuellen Förder- und Leistungsziele abzuschließen, einen Nachweis der Deckung des festgestellten Bedarfs zu erbringen sowie Maßnahmen der Qualitätssicherung vorzunehmen. Die Erfüllung dieser Aufgaben ist bei der gegenwärtigen Arbeitsweise kaum vorstellbar. Ohne einen erheblichen Zuwachs an Kompetenzen sind gegenwärtig wohl die wenigsten GS in der Lage, den Unterstützungsbedarf auszuloten, in Absprache mit den Kostenträgern, Leistungsträgern und den Anspruchnehmenden im Rahmen eines umfassenden Case Managements aufgabenentsprechend die Budgetnehmer und -nehmerinnen zu beraten, zu unterstützen und die vereinbarte Verwendung der finanziellen Mittel zu überprüfen.

Literatur

Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation: Rahmenempfehlungen zur Einrichtung trägerübergreifender Servicestellen für Rehabilitation vom 24.4.01. Frankfurt am Main 2001a

Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation: Durchführungshinweise zu den Rahmenempfehlungen zur Einrichtung trägerübergreifender Servicestellen für Rehabilitation vom 14.5.01. Frankfurt am Main 2001b

Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation: Bericht über die Gemeinsamen Servicestellen nach § 24.2 SGB IX vom 1.12.04. Frankfurt am Main 2004

Deutscher Bundestag: Bericht der Bundesregierung über die Lage der behinderten Menschen und die Entwicklung ihrer Teilhabe. Drucksache 15/4575. Berlin 2004

Gestrich, D.: Servicestellen für Rehabilitation. Diplomarbeit. Regensburg 2005

Hagelskamp, J.: Praxisprobleme oder die Entdeckung der Langsamkeit. Das neue SGB IX – Servicestellen, Zuständigkeitsklärung, Verbändebeteiligung. In Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2003, S. 56-60

Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik: Wissenschaftliche Begleitforschung zur Umsetzung des SGB IX. Einrichtung und Arbeitsweise der gemeinsamen Servicestellen der Rehabilitation. In: Deutscher Bundestag: a.a.O. Berlin 2004, S. 190-198

Mühlum, A.; Gödecker-Geenen, N.: Soziale Arbeit in der Rehabilitation. München 2003

► Allgemeines

Dritter Sektor bietet dem Staat „Bündnis für Gemeinnützigkeit“ an. Erstmals haben sich die Dachverbände des gemeinnützigen Sektors, die über 10 Millionen Engagierte repräsentieren, vereinigt, um die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement zu verbessern. Gemeinsam mit weiteren Institutionen, Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftlern und Experten kritisieren sie, dass unklare, unsinnige und bürokratische Regelungen den Einsatz für das Gemeinwohl behindern. Deshalb fordern sie eine Vereinfachung und Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts, bieten aber zugleich vermehrte Kooperation und Transparenz an. Ein bisher einmaliges Angebot an den Staat: ein „Bündnis für Gemeinnützigkeit“, um die drängenden gesellschaftlichen Aufgaben gemeinsam zu bewältigen. „Das Angebot ist ein neuer Politikstil, den ich mir auch in anderen Bereichen wünsche. In einer Zeit großer wirtschaftlicher und sozialer Umbrüche brauchen wir eine starke Bürgergesellschaft – auch als Partner des Staates“, sagte Dr. Michael Bürsch (MdB), Vorsitzender des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ im Bundestag und Mitglied der Projektgruppe „Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts“. In der Projektgruppe wirken neben den wichtigsten Dachverbänden des gemeinnützigen Sektors unter anderem auch das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen, Prof. Dr. Rainer Walz von der Bucerius Law School, Rupert Graf Strachwitz vom Maecenata-Institut sowie die Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Monika Jachmann und Prof. Dr. Peter Fischer mit. Quelle: Pressemitteilung der Projektgruppe „Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts“ vom 11.4.2006

Aufhellung in Sicht. Die Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union ist im Jahr 2004 spürbar zurückgegangen. Nach Angaben des Europäischen Statistikamtes (Eurostat) sank die durchschnittliche Erwerbslosenquote innerhalb eines Jahres um 0,5 % auf 8,5 %. In Deutschland fiel der Rückgang mit 0,1 % auf 9,5 % geringer aus. Die Bundesrepublik Deutschland verfügt somit unter allen 25 EU-Staaten über die vierthöchste Arbeitslosenquote. Insgesamt waren nach Schätzung von Eurostat im Dezember 2004 EU-weit 18,6 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet. Quelle: dbb magazin 3.2006

25 Jahre Flüchtlingsrat. 1981 wurde in Berlin der erste Flüchtlingsrat Deutschlands gegründet. Anlass war der menschenrechtsverletzende Umgang Berliner Behörden mit Asylbewerbern. Die Mitglieder des Flüchtlingsrats setzen sich in politischen Gremien und in der Öffentlichkeit für die Wahrung der Rechte und die Verbesserung der Lebensverhältnisse von Flüchtlingen ein. Mittlerweile haben sich in allen 16 Bundesländern Flüchtlingsräte nach dem Berliner Vorbild gegründet. Mit seiner Jugendkampagne „Hier geblieben!“, die im April 2005 in Zusammenarbeit mit

Pro Asyl, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sowie dem Berliner Grips Theater startete, setzt sich der Flüchtlingsrat für ein dauerhaftes Bleiberecht geduldeter Flüchtlinge in Deutschland ein. Außerdem fordern die Initiatorinnen und Initiatoren von der Bundesregierung, die UN-Kinderrechtskonvention vollständig zu unterzeichnen, wodurch Flüchtlingskinder nicht länger schon mit 16 Jahren abgeschoben werden dürfen. Informationen: www.hier.geblieben.net Quelle: Menschen. Das Magazin der Aktion Mensch e.V. 2.2006

Engagement macht stark! Aktionstage zum bürgerschaftlichen Engagement 25.11. bis 5.12.2005. Hrsg. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement. Eigenverlag. Berlin 2006, 24 S., kostenfrei *DZI-D-7557*

Im letzten Jahr führte das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) die erste Woche des bürgerschaftlichen Engagements durch. Es ging darum, dieses mit all seinen Facetten in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen öffentlich sichtbar zu machen, es auf diese Weise anzuerkennen und zu würdigen. Gleichzeitig sollte für eine stärkere Unterstützung und Förderung geworben werden, um das vielseitige Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger stärker in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit zu rücken, ihm öffentliche Wertschätzung und Anerkennung zuteil werden zu lassen. Die Aktionstage sind in dieser Schrift dokumentiert. Die Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2006 steht unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten Horst Köhler und wird in der Zeit vom 15. bis 24. September stattfinden. Bestellschrift: BBE, Michaelkirchstr. 17/18, 10179 Berlin, Tel: 030/629 80-120, Fax: 030/629 80-91 83, E-Mail: aktionswoche@b-b-e.de

Mehr soziale Verantwortung zeigen. Die Europäische Kommission will Unternehmen anspornen, sich künftig stärker sozial zu engagieren. Mit dem Forum „Corporate Social Responsibility“ (CSR) sollten Firmen in der Europäischen Union künftig die Möglichkeit erhalten, Partnerschaften mit der Wirtschaft und der Politik knüpfen zu können, aus denen soziale Projekte entstehen sollen. Information: www.europa.eu Quelle: Das Parlament 14.2006

Deutschpflicht für Schöffen. Bei Gericht amtierende Schöffinnen und Schöffen sollen als ehrenamtliche Richter nach Meinung des Bundesrates ausreichende Deutschkenntnisse besitzen, um an einer Hauptverhandlung und der sich anschließenden Urteilsbegründung selbstständig teilnehmen zu können. Das Gerichtsverfassungsgesetz müsste dahingehend geändert werden. Die Länderkammer hat dazu einen Gesetzentwurf (16/514) vorgelegt. Quelle: Lotse Info 45.2006

Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ erneut eingesetzt. Die Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat im März 2006 erneut einen Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ konstituiert. Das Gremium soll wie zuvor der Unterausschuss in der letzten Legislaturperiode an der Umsetzung der Beschlüsse der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ arbeiten, Auswirkungen der laufenden Gesetzgebung auf eine nachhaltige Engagementförderung überprüfen und den Dialog mit der Bürgergesellschaft pflegen. Dem Unterausschuss gehören drei

zehn Abgeordnete aller Fraktionen an. Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Bundestags vom März 2006

Fünfter Kongress der Sozialwirtschaft in 2007. Vom 26. bis 27. April 2007 wird in Magdeburg der fünfte Kongress der Sozialwirtschaft stattfinden. Sein Thema lautet: Europa sozial managen – Werte, Wettbewerb, Finanzen. Veranstaltung sind erneut die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, die Bank für Sozialwirtschaft und die Nomos-Verlagsgesellschaft, in Zusammenarbeit mit den Akademien der Freien Wohlfahrtspflege. Nach Grundsatzreferaten in zwei Plenumsveranstaltungen sind sechs Foren zu den konkreten Auswirkungen der europäischen Einigung auf die Sozialwirtschaft in Deutschland geplant. Sie thematisieren zum Beispiel die verschiedenen Sozialstaatsmodelle in der Europäischen Union, die Folgen des EU-Vergaberechts auf deutsche Leistungserbringer, die Anpassungsnotwendigkeiten von Organisationsstrukturen und Rechtsformen angesichts des europäischen Wettbewerbsrechts, die Aus-, Fort- und Weiterbildung sozialer Berufe in der europäischen Sozialwirtschaft, die Frage nach gemeinsamen Werten in Europa sowie die Auswirkungen der EU-Dienstleistungsrichtlinie für den Import und den Export sozialer Dienstleistungen. Information: Fünfter Kongress der Sozialwirtschaft, Postfach 41 01 63, 53023 Bonn, Tel.: 02 28/66 85-136, Fax: 02 28/66 85-211, E-Mail: sozkon@awobu.awo.org Quelle: Info 4/06 der Bank für Sozialwirtschaft

► Soziales

Lohn unter Sozialhilfeniveau nicht zumutbar. Eine Kammer des Berliner Sozialgerichts hat entschieden, dass eine 44 Jahre alte arbeitslose Frau mit zwei jugendlichen Söhnen ein Angebot der Arbeitsagentur nicht anzunehmen braucht, das ihr einen Bruttolohn von 900 und einen Nettolohn von 710 Euro eingetragen, also unter der Sozialhilfe gelegen hätte. Die Frau hatte es abgelehnt, eine Tätigkeit als Hauswirtschaftshilfe anzunehmen. Daraufhin verhängte die Arbeitsagentur eine Sperrzeit und verlangte das Arbeitslosengeld für drei Wochen zurück. Nicht der Markt sei der Maßstab, sondern die „Wertentscheidung des Grundgesetzes für den Sozialstaat“, sagte die Kammer in ihrer Begründung. Ein solches Arbeitsentgelt verstoße gegen die Grundrechte der Menschenwürde. Die Kammer wies darauf hin, dass sie mit dieser Entscheidung von einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts in einem ähnlich gelagerten Fall von Urteilen anderer Kammern des Berliner Sozialgerichts abweiche. Quelle: Deutsche Angestelltenzeitung DHV 2.2006

Gericht entlastet Scheidungsväter. Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hat geschiedene Elternteile bei Unterhaltszahlungen entlastet. Wer allein den Unterhalt volljähriger Kinder bestreitet, kann zukünftig das volle Kindergeld mit seinen Zahlungen verrechnen. Das sind in der Regel die Väter. Dies gilt auch dann, wenn die Kinder bei der Mutter wohnen. Das Gericht gab einem geschiedenen Vater Recht, der für eine bei der Mutter lebenden Tochter Unterhalt zahlen musste. Zur Begründung heißt es, bei minderjährigen Kindern übernehme nach einer Scheidung in der Regel ein Elternteil Betreuung und Erziehung („Naturalhaushalt“), der andere zahle Barunterhalt. Dafür werde das Kindergeld beiden zur Hälfte zugesprochen. Bei der Volljährigkeit entfalle ein Betreuungsanspruch des Kindes. Dem allein Un-

terhaltungspflichtigen müsse die staatliche Unterstützung zugekommen (Az: XII ZR 34/03.). Quelle: Informationsheft des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter, Landesverband Berlin e.V. 1.2006

Konzepte und Methoden zur Abbildung von Lebenslagen. Bildung von Lebenslagen-Indices am Beispiel der Berliner Sozialhilfestatistik. Von Kerstin Schmidtke. Hrsg. Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz von Berlin. Selbstverlag. Berlin 2005, 120 S., EUR 15,- *DZI-D-7469*

Dieser aktuelle Spezialbericht beinhaltet sowohl eine theoretisch fundierte Aufarbeitung der wissenschaftlichen Diskussion zur Erforschung von Lebenslagen als auch einen praktischen Beitrag zur methodischen Umsetzung der (adressatenfreundlichen) Abbildung von Lebenslagen für die Sozialberichterstattung in Berlin. Beispielhaft erfolgte dies auf der Basis des Datensatzes der Berliner Sozialhilfeempfangenden. Gleichzeitig konnte unter Einbezug von sekundärstatistischen Daten eine integrierte Perspektive von gesundheits- und sozialstatistischer Berichterstattung erprobt werden. Dahinter stand der Auftrag an die Berichterstattung, soziale Differenzen zwischen den Regionen vergleichend zu analysieren und zu beschreiben, um soziale Prozesse in ihrer räumlichen Ausprägung in Berlin erkennbar machen zu können. Bestellschrift: Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz von Berlin, Oranienstr. 106, 10969 Berlin, Tel.: 030/90 28-28 48, Fax: 030/90 28-20 56

Sozialhilfequote in süddeutschen Kreisen deutlich geringer. Der Anteil der Personen an der Bevölkerung, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, ist in den kreisfreien Städten und den Landkreisen Süddeutschlands in der Regel weiterhin deutlich geringer als in anderen Regionen Deutschlands. So lag die Sozialhilfequote (Anteil der Empfangenden von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen) zum Jahresende 2004 in den bayerischen beziehungsweise baden-württembergischen Kreisen zumeist deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 3,5%. Fast ein Drittel der Landkreise und kreisfreien Städte in Bayern wies eine Sozialhilfequote von unter einem Prozent auf. Dagegen handelt es sich bei den Regionen mit den höchsten Empfängerquoten fast durchweg um größere kreisfreie Städte im übrigen früheren Bundesgebiet. Dabei hatten die Städte Bremerhaven mit 12,1%, Kassel mit 9,7% und Offenbach am Main mit 9,4% die höchsten Quoten. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei Kindern unter 15 Jahren, auch hier weisen die süddeutschen Kreise deutlich geringere Ausgaben (0,7%) auf als die kreisfreien Städte und Landkreise im übrigen Bundesgebiet, zum Beispiel Bremerhaven mit 28,7%. Im Durchschnitt liegt die Sozialhilfequote für Kinder unter 15 Jahren in Deutschland bei 8,1%. Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 128/06

Trauerbegleitung in Rheinland-Pfalz. Beratung – Begleitung – Gruppen für Menschen in Verlust- und Krisensituationen. Von TrauerWege e.V. Hrsg. Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit von Rheinland-Pfalz. Selbstverlag. Mainz 2005, 149 S., kostenfrei *DZI-D-7519*

Trauer ist eine natürliche Antwort auf Verlusterfahrungen

und schmerzhafte Veränderungen. Sie hilft, das seelische Gleichgewicht wiederzufinden. Oft sind Menschen in dieser Zeit allein gelassen, weil die Menschen in ihrer Umgebung Hemmungen haben, sie anzusprechen und Hilfe anzubieten. Professionelle Angebote können hier wertvolle Hilfestellung bieten. Zahlreiche, oftmals ganz unterschiedliche Institutionen und Einrichtungen wie Selbsthilfegruppen und Vereine, Psychotherapeuten, Hospizeinrichtungen oder Beratungsstellen bei den Wohlfahrtsverbänden bieten Beratung und Begleitung an. Trauerbegleitung bedeutet, Menschen in Verlustsituationen oder Lebenskrisen zu begleiten und zu unterstützen. Diese Broschüre gibt einen Überblick über Hilfeangebote für Betroffene, die in ihrer Region zu finden sind. Bestellschrift: Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz, Bauhofstr. 9, 55116 Mainz, Tel.: 061 31/16-2016

Freiwilliges Jahr für Seniorinnen und Senioren in Niedersachsen. Mit zwei Modellprojekten in Osnabrück und Hannover wird ab sofort neben dem Freiwilligen und Ökologischen Jahr für junge Menschen nunmehr auch ein Freiwilliges Jahr für Ältere angeboten. Die Staatssekretärin Hawighorst des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit hob in einer Presseerklärung hervor, dass die Bereitschaft von Seniorinnen und Senioren, sich ehrenamtlich zu engagieren, schon heute sehr hoch sei und weiter zunehme. „Viele Ältere suchen aber gezielt nach Möglichkeiten, sich einzubringen. Sie brauchen geeignete Rahmenbedingungen, Motivation und Anregungen. Wir wollen dabei helfen, dieser Personengruppe passgenaue Angebote zu machen. Entscheidend ist, dass sich die älteren Menschen verbindlich über mehrere Monate hinweg für ein konkretes Projekt engagieren. Auf diese Weise können sie ihre Erfahrungen und ihr Wissen zum Nutzen anderer einbringen.“ Zusammen mit dem Landkreis und dem Verein „Rückenwind für Bürgerengagement“ startet das Ministerium ein Projekt, das sich an Personen richtet, für die Ruhestand nicht der richtige Begriff für ihre Zeit nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben ist. Es soll in dem Projekt darum gehen, die richtigen Personen mit den für sie geeigneten Einsatzfeldern zusammenzubringen. Diese reichen von sozialpflegerischen Einrichtungen über Kirchengemeinden bis hin zu Kindertagesstätten oder Einrichtungen der Behindertenhilfe. Ein weiteres Projekt wird in Hannover gestartet. Quelle: Pressemitteilung des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit 17.2006

► **Gesundheit**

Pflegegeld immer weniger gefragt. Der Trend zu Sachleistungen und weg vom Pflegegeld setzte sich auch im Jahr 2005 fort. So verzeichneten die Pflegekassen im vergangenen Jahr einen Ausgabenrückgang beim Pflegegeld um 0,8 %, bei den Leistungen zur sozialen Sicherung der Pflegepersonen um 3,5 %. Überproportionalen Ausgabenanstieg, zwischen 9 und 25 %, gab es dagegen bei der häuslichen Verhinderungspflege (Pflegeurlaub), bei Kurzzeitpflege und zusätzlichen Betreuungsleistungen für Pflegebedürftige mit eingeschränkter Alltagskompetenz sowie im Hilfsmittelbereich. Die Ausgaben für die vollstationäre Pflege erhöhten sich um 2 %. Insgesamt stiegen die Leistungsausgaben der Pflegekasse um 1,2 % auf 17,86 Mrd. Euro. Das Defizit ist geringer als zunächst angenommen,

es betrug im vergangenen Jahr rund 360 Mio. Euro. 2004 hatten die Pflegekassen ein Defizit von rund 820 Mio. Euro produziert. Hauptursache für die etwas günstigere Entwicklung in 2005 ist der Anstieg der Beitragseinnahmen um 4,4 % auf 17,49 Mrd. Euro vor allem durch den Beitragszuschlag für Kinderlose. Die Rücklage der Pflegekassen belief sich Ende 2005 auf rund 3,05 Mrd. Euro (2003: 4,24 Mrd. Euro). Quelle: Forum Sozialstation 139.2006

Drogen- und Suchtrat der Bundesregierung. Ende März 2006 hat sich der neue „Drogen- und Suchtrat“ der Bundesregierung konstituiert und ein Arbeitsprogramm verabschiedet. So soll die Quote der jugendlichen Raucherinnen und Raucher im Alter von 12 bis 17 Jahren bis 2008 im bundesweiten Durchschnitt auf unter 17 % gesenkt werden und die Quote der jugendlichen Konsumenten von alkoholischen Getränken in der gleichen Altersgruppe soll von derzeit 20 % auf unter 18 % fallen. Auch die Quote von Cannabis Konsumierenden soll von über 31 % im Jahre 2004 in dieser Altersgruppe bis 2008 auf unter 28 % gesenkt werden. Die Umsetzung dieser Ziele ist sicherlich nur dann möglich, wenn auf allen Ebenen des staatlichen und verbandlichen Handelns in diesem Sinne gearbeitet und an einem Strang gezogen wird. Das ist aber auch nur dann möglich, wenn die Aussagen der Bundesregierung kongruent sind. So ist es nicht hilfreich, wenn im Bundesministerium für Gesundheit ambitionierte Pläne verabschiedet werden und der Verbraucherschutzminister weiterhin gegen das Tabakwerbeverbot in Brüssel klagt. Informationen über die Arbeit des Drogen- und Suchtrates unter www.dhs-intern.de/pdf/arbeitsprogramm-dsr.pdf Quelle: DHS-Newsletter 6.2006

Kriterien guter Praxis in der Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten. Ansatz – Beispiele – Weiterführende Informationen. Von Frank Lehmann und anderen. Hrsg. Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Selbstverlag. Köln 2005, 139 S., kostenfrei *DZI-D-7537* Im Rahmen des bundesweiten Verbundprojektes „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“ ist ein umfassender Qualitätsentwicklungsprozess angestoßen worden. Projekte und Regelangebote innerhalb und außerhalb des Gesundheitswesens sollen in der Umsetzung optimaler Präventions- und Gesundheitsförderung unterstützt werden. Die beispielhafte Darstellung der Arbeit von dreizehn Angeboten der auf Soziallagen bezogenen Gesundheitsförderung ist das Kernstück der vorliegenden Veröffentlichung. Die Beispiele sind auf der Grundlage des Good-Practice-Kriterienkataloges beschrieben, sodass die jeweils besonderen Stärken deutlich werden und zur angepassten Übertragung anregen. Bestellschrift: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Ostmerheimer Str. 220, 51109 Köln, Tel.: 02 21/89 92-0, Fax: 02 21/89 92-300

Fachberatungsstelle für Familien mit chronisch kranken Kindern. Zur Unterstützung von Familien mit schwerst oder chronisch kranken Kindern wurde in Trier in der Trägerschaft des Vereins „nestwärme“ eine landesweite Fachberatungsstelle eingerichtet. Aufgabe dieser neuen Stelle ist es, eng mit Leistungsanbietern, Krankenkassen und anderen Institutionen zusammenzuarbeiten und die Vernetzung aller an der Versorgung dieser Kinder Beteiligten wie beispielsweise Kinderkrankenpflegedienste, Ärztinnen und

Ärzte, Kinderkliniken, Frühförderzentren, Behörden, Kranken- und Pflegekassen, Beratungs- und Koordinierungsstellen und Selbsthilfeorganisationen zu fördern. Sie soll Eltern noch besser über Hilfen informieren und dazu beitragen, neue Angebote zur Versorgung der Kinder und zur Entlastung der Familien zu installieren. Und sie soll im Einzelfall Beratung und Unterstützung bei der Suche eines geeigneten Pflegeangebotes bieten. Der Verein „nestwärme“ trägt seit mehr als sechs Jahren mit bundesweit anerkannten innovativen Projekten dazu bei, die besondere Situation chronisch kranker und behinderter Kinder und deren Familien zu verbessern. Quelle: Pressedienst des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz 034-4/06

Selbsthilfepreis 2006. Der Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V. hat mit seinen Mitgliedsorganisationen im Rahmen der Initiative „Ich bin wir. Gemeinsam stark mit Behinderung“ den Selbsthilfepreis 2006 ins Leben gerufen. Mit diesem Preis werden Aktivitäten oder Vorhaben ausgezeichnet, die von Menschen mit Behinderung, Eltern behinderter Kinder oder in der Selbsthilfearbeit Engagierten entwickelt oder durchgeführt werden. Der Bundesverband möchte damit das ehrenamtliche Engagement würdigen und fördern, gute Praxisbeispiele aufzeigen und anderen Mut machen, für die eigene Sache aktiv zu werden. Angesprochen sind neben Gruppen, Initiativen und Vereinen des Bundesverbandes unabhängige Aktive, in deren Projekten das Prinzip der gegenseitigen Hilfe, Unterstützung und die gemeinsame Umsetzung von Projek-

ten im Vordergrund stehen. Bewerben können sich Interessierte mit einem bereits umgesetzten oder laufenden Projekt, einer neuen Idee, einem Projekt, das weiterentwickelt oder fortgeführt werden soll oder einer Aktion, einem Angebot oder einer Veranstaltung, die ohne eine finanzielle Unterstützung nicht stattfinden kann. Insgesamt wird ein Preisgeld von 6 000 Euro vergeben. Die Bewerbungen müssen bis zum 1. September 2006 schriftlich eingereicht sein. Information: Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V., Brehmstr. 5-7, 40239 Düsseldorf, Tel.: 02 11/640 04-12, Fax: 02 11/640 04-20 E-Mail: silke.martmann-sprenger@bvkm.de

► Jugend und Familie

Schulsozialarbeit. Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um Gewalt an Schulen fordert die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Jugendsozialarbeit, dass an allen Schulen Angebote der Jugendhilfe, insbesondere der Schulsozialarbeit, als Regelangebote installiert werden. Es hat sich gezeigt, dass Lehrerinnen und Lehrer allein überfordert sind, um die zunehmende Gewalt vor allem an Schulen in sozialen Brennpunkten in den Griff zu bekommen. Sie benötigen Unterstützung der schulbezogenen Jugendsozialarbeit, die eine Ergänzung zum schulischen Angebot bietet und mit ihrer Arbeit die Integration ausländischer Schülerinnen und Schüler fördern kann. Schulsozialarbeit fungiert als Bindeglied zwischen formeller und informeller Bildung. Sie ist ein wichtiger Ansprechpartner für Eltern und Lehrkräfte. Die BAG hat zu diesem Thema ein Positionspapier entwickelt, das unter www.bag-jugendsozialarbeit.de

Anzeige Bank

(Aktuelles, Positionspapiere/Stellungnahmen, Archiv) als Download zur Verfügung steht. Quelle: Presseinformation der BAG Jugendsozialarbeit vom April 2006

HZE Bericht 2003. Inanspruchnahme und Gewährung von Hilfen zur Erziehung in Nordrhein-Westfalen. Von Matthias Schilling und anderen. Hrsg. Landschaftsverband Rheinland, Landesjugendamt. Selbstverlag. Dortmund/Köln/Münster 2005, 144 S., kostenfrei *DZI-D-7439*

In diesem Bericht werden die aktuellsten Ergebnisse für das Feld der Hilfen zur Erziehung in Nordrhein-Westfalen (NRW) veröffentlicht. Damit wird das seit mehreren Jahren bestehende landesweite Berichtswesen nicht nur als Instrument für die örtliche und überörtliche Jugendhilfeplanung, sondern auch als Teil einer empirischen Dauerbeobachtung für die Hilfen zur Erziehung fortgeschrieben. Der HZE Bericht 2003 ist per Internet sowohl über das Landesjugendamt Rheinland (www.lvr.de) als auch über das Landesjugendamt Westfalen-Lippe (www.lwl.org/LWL/Jugend) verfügbar.

Chance für Schulverweigernde. Bis Ende 2007 will die Bundesregierung zusammen mit Städten, Landkreisen und Gemeinden 1 000 schulverweigernden Jungen und Mädchen zu einem Abschluss verhelfen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat dazu das Modellprojekt „Schulverweigerung – die zweite Chance“ gestartet. An rund 50 Standorten in Deutschland sollen Koordinierungsstellen für Schülerinnen, Schüler und Eltern geschaffen werden, um die Chance für die jungen Menschen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu verbessern. Jugendliche sollen dort feste Ansprechpartner vorfinden, die sich um ihre Probleme kümmern und sie dauerhaft auf dem Weg zum Schulabschluss begleiten. Das Bundesjugendministerium stellt dafür aus dem Europäischen Sozialfonds in diesem und im kommenden Jahr zunächst neun Mio. Euro bereit. Jedes Jahr verlassen bundesweit etwa 85 000 Jugendliche die Schule ohne Abschluss. Insbesondere Kinder und Jugendliche zwischen elf und 14 Jahren, vor allem aus sozial benachteiligten Familien oder Familien mit Migrationshintergrund, gehören zur Risikogruppe. Quelle: Pressemitteilung des Bundesjugendministeriums 19.2006

Suchtprävention. Leistungen und Aufgaben der sekundären Suchtprävention im Rahmen der Gewährleistungs- und Planungsverantwortung des Jugendamts. Hrsg. Zentrum Bayern Familie und Soziales, Bayerisches Landesjugendamt. Selbstverlag, München 2005, 63 S., keine Preisangabe *DZI-D-7414*

Mit der 1995 erfolgten Zuordnung der Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche in die Jugendhilfe ergab sich für die Planungs- und Steuerungsprozesse der Jugendhilfe eine neue Aufgabenstellung. Auf der Grundlage des Bundessozialhilfegesetzes und im Rahmen des Gesundheitswesens war eine eigenständige Struktur von Einrichtungen und Maßnahmen der Suchthilfe für alle Altersgruppen entstanden, und die Folgewirkungen suchbelasteter Familienverhältnisse waren weit in die Hilfen zur Erziehung hinein Thema und Aufgabe der Jugendhilfe geworden. Das Bayerische Landesjugendamt hat die unterschiedlichen Zugangsweisen und Hilfestrukturen der sekundären Suchtprävention erfasst, beschrieben und die Grenzlinie zwischen den betroffenen Sozialgesetzbüchern

möglichst genau gezogen. Sekundäre Suchtprävention meint dabei jene Fallkonstellation, bei der Suchtmittelmissbrauch offenkundig vorliegt und zur Bewältigung des Gefährdungs- und Risikopotenzials gezielte Hilfen erforderlich sind. Bestellschrift: Bayerisches Landesjugendamt, Postfach 40 02 60, 80702 München, Tel.: 089/12 61-04, Fax: 089/12 61-22 80
E-Mail: poststelle@blja.bayern.de

Elterngeld für Berufstätige. Ab dem Jahr 2007 will die Bundesregierung ein Elterngeld einführen. Es wird das bisherige Erziehungsgeld ablösen und soll berufstätigen Paaren die Entscheidung für ein Kind erleichtern, indem ihnen ein Jahr lang vom Staat ein Einkommensersatz gezahlt wird. Im ersten Lebensjahr des Kindes erhält danach der Elternteil, der zu Hause bleibt und nicht erwerbstätig ist, unter Anrechnung des Mutterschaftsgeldes 67 % des letzten Nettoeinkommens, höchstens 1800 Euro monatlich. Für Eltern mit geringem Einkommen soll es einen Mindestbetrag von 190 Euro geben. Eltern können zudem wählen, ob sie das gesamte Elterngeldbudget auf bis zu zwei Jahre verteilen wollen. Besonders Vätern sollen Anreize gegeben werden, mindestens zwei Monate zu Hause zu bleiben. Daher sind zwei der insgesamt zwölf Monate der Unterstützung an die Bedingung geknüpft, dass auch der jeweils andere Partner einmal die Betreuung übernimmt. Quelle: Barmer Briefe 1.2006

► **Ausbildung und Beruf**
2,2 Mio. Beschäftigte üben einen Gesundheitsdienstberuf aus. Das entspricht einer Quote von 53,1 % des Gesundheitspersonals, welches insgesamt 4,2 Mio. Beschäftigte umfasst. Bei den durch die unmittelbare Patientenversorgung charakterisierten Gesundheitsdienstberufen – beispielsweise medizinisches und pflegerisches Personal, Physiotherapeuten und Hebammen – lag der Frauenanteil mit 78,9 % deutlich höher als im Gesundheitswesen (72,4 %) und in der Wirtschaft insgesamt (44,8 %). Eine Ausnahme stellten die Berufsgruppe der Ärzte, Zahnärzte und Apotheker dar, bei ihnen lag der Frauenanteil bei 41,7 %. In den Jahren von 1997 bis 2003 wurden bei den Gesundheitsdienstberufen noch jährliche Zuwächse zwischen 19 000 und 42 000 Beschäftigten registriert, wohingegen die Zahl der Beschäftigten zwischen den Jahren 2003 und 2004 annähernd stagnierte. Auch im gesamten Gesundheitswesen blieb der Personalbestand zwischen 2003 und 2004 mit einem Anstieg von lediglich 11 000 Beschäftigten oder 0,2 % nahezu gleich. Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 149.2006

Gender Mainstreaming in der Berufsausbildungsvorbereitung. Von Ruth Slomski. Hrsg. INBAS, Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Selbstverlag. Offenbach am Main 2005, 77 S., EUR 10,–
DZI-D-7520

Dieser Band dokumentiert die Auseinandersetzungen mit Gender Mainstreaming als einer Strategie zur Gleichstellung von Männern und Frauen in der Entwicklungsinitiative „Neue Förderstruktur für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf“. Die Publikation veranschaulicht, wie eine Einführung und Umsetzung von Genderansätzen in Konzepten und Praxis der Berufsausbildungsvorbereitung erfolgen kann. Der erste Teil des Werkstattberichts gibt einen

Überblick über relevante Dimensionen geschlechtsbezogener Ungleichheiten im Zusammenhang mit der Zielgruppe junge Menschen mit besonderem Förderbedarf und führt in die Prinzipien und Grundlagen von Gender Mainstreaming ein. Der zweite Teil widmet sich der konkreten Umsetzung dieser Strategie in berufsausbildungsvorbereitenden Angeboten. Grundlage der Darstellung sind Inhalte und Ergebnisse eines Arbeitskreises sowie Praxisbeispiele, welche die Umsätze von Genderansätzen in Modellversuchen darstellen und reflektieren. Bestellschrift: INBAS GmbH, Herrnstr. 53, 63065 Offenbach, Tel.: 069/27 22 4-0, Fax: 069/27 22 4-30, E-Mail: bestellung@inbas.com

Bildungsschecks. Mit einem bundesweit einmaligen Vorhaben fördert die Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen die berufliche Weiterbildung: Sie vergibt Bildungsschecks an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die länger als zwei Jahre an keiner beruflichen Weiterbildung teilgenommen haben. Mit jedem Scheck werden 50 % der Kursgebühren bis maximal 750 Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds erstattet. Die Schecks werden von regionalen Beratungsstellen, zum Beispiel von Volkshochschulen und Handelskammern, ausgegeben und können bei einem staatlich anerkannten Weiterbildungsinstitut eingelöst werden. Informationen sind zu finden unter www.mags.nrw.de/arbeit/qualifikation Quelle: kulturarbeit aktuell, Pressedienst der Akademie Remscheid 4.2006

Masterstudiengang Management, Führung und Supervision. Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge und die Katholische Fachhochschule Freiburg bieten einen Masterstudiengang an. Sie reagieren damit auf gestiegene Anforderungen an Mitarbeitende in Führungspositionen des sozialen Bereichs. Der Studiengang, der im September 2006 beginnen wird, ist in der Verbindung von Supervisions- und Managementkompetenzen neu in Deutschland und richtet sich an Absolventinnen und Absolventen der Studiengänge des Sozial- und Gesundheitswesens, die bereits über Erfahrungen in der Leitung verfügen oder die sich für Führungsaufgaben und Supervision qualifizieren möchten. In sechs Semestern werden ihnen über die Supervision hinaus wichtige Kompetenzen für die Leitung und das Management in der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege vermittelt. Als Träger bringen der Deutsche Verein seine langjährigen Erfahrungen in der Ausbildung von Supervisorinnen und Supervisoren sowie Führungskräften und die KFH Freiburg ihre wissenschaftliche Kompetenz in diesen Studiengang ein. Informationen: www.kfh-freiburg.de oder www.deutscher-verein.de Quelle: dv aktuell vom März 2006

15.-17.6.2006 Baden-Baden. Methodenübergreifende Fortbildungstagung in der Psychotherapie: Psychotherapie im Dialog. Information: Thieme.congress, Postfach 30 11 20, 70451 Stuttgart, Tel.: 07 11/89 31-361, Fax: 07 11/89 31-370, E-Mail: pod-tagung@thieme.de

19.-20.6.2006 Freckenhorst. Fortbildung: Wie kann der Lebensabend für geistig behinderte Menschen gestaltet werden? Information: Diözesancaritasverband Münster, Kardinal-von-Galen-Ring 45, 48149 Münster, Tel: 02 51/ 89 01-313, E-Mail: wortmann@caritas-muenster.de

20.6.2006 Frankfurt am Main. Fachtagung: Sozialkapital und Zukunft der Wohlfahrtsverbände. Information: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Zeilweg 42, 60439 Frankfurt am Main, Tel.: 069/957 89-0, Fax: 069/957 89-190, E-Mail: info@iss-ffm.de

13.-15.7.2006 München. 7. Interdisziplinärer Kongress für Suchtmedizin. Information: management information center, Justus-von-Liebig-Str. 1, 86899 Landsberg, Tel.: 08191/ 125-627, Fax: 08191/125-600, E-Mail: g.schwaiger@m-i-c.de

17.-18.7.2006 Bad Boll. Fachtagung: Straffälligenhilfe: Privatisiert – und was nun? Information: Evangelische Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll, Tel: 071 64/79-233, Fax: 071 64/79-52 33 E-Mail: gabriele.barnhill@ev-akademie-boll.de

24.-25.8.2006 Berlin. Fortbildung: Pädagogisches Fehlverhalten und Übergriffe von Kindern und Jugendlichen in der Jugendhilfe. Information: AFET, Bundesverband für Erziehungshilfe e.V., Osterstr. 27, 30159 Hannover, Tel.: 05 11/ 35 39 91-3, Fax: 05 11/35 39 01-50, E-Mail: info@afet-ev.de

27.-29.9.2006 Nürnberg. Nürnberger Forum der Kinder- und Jugendarbeit. Sport und Jugendhilfe. Information: Jugendamt der Stadt Nürnberg, Abt. Kinder- und Jugendarbeit, Dietzstr. 4, 90443 Nürnberg, Tel.: 09 11/231-55 97, Fax: 08 11/231-34 88 E-Mail: gerald.froehlich@stadt-nuernberg.de

27.-30.9.2006 Leipzig. 6. Wissenschaftliche Jahrestagung: Sieben Tage hat die Woche – alltäglich aufregende Systeme. Information: Fam.Thera.Institut für Familientherapie und Systemische Beratung e.V., Schirmerstr. 3, 04318 Leipzig, Tel./Fax: 03 41/688 51 27, E-Mail: fam.thera@t-online.de

28.9.-1.10.2006 Hamburg. Kongress: Frischer Wind für Mediation. Information: Bundesverband Mediation e.V., Hohenzollernstr. 34, 30161 Hannover, Tel.: 01 77/812 39 26, E-Mail: anmeldung@bmkongress-2006.de

Bibliographie

Zeitschriften

1.00 Sozialphilosophie / Sozialgeschichte

Dollinger, Bernd: Johann Friedrich Herbart und die Sozialpädagogik: eine gescheiterte Beziehung? - In: Zeitschrift für Sozialpädagogik; Jg. 4, 2006, Nr. 1, S. 2-20. *DZI-3042*

Kreft, Dieter: Vom Glück, vaterlos aufzuwachsen...: zu lesen wie ein narratives Interview. - In: Forum Erziehungshilfen; Jg. 11, 2005, Nr. 5, S. 274-276. *DZI-3005*

Treibel, Annette: Islam und Integration – ein Gegensatz? Ein soziologisches Plädoyer für eine neue Aufmerksamkeit. - In: Sozialmagazin; Jg. 31, 2006, Nr. 1, S. 11-16. *DZI-2597*

Wensierski, Hans-Jürgen von: Junge Muslime in Deutschland: Jugendbiografien und Lebenswelten. - In: Sozial extra; Jg. 30, 2006, Nr. 2, S. 17-21. *DZI-2599z*

2.01 Staat / Gesellschaft

Hank, Karsten: Ehrenamtliches Engagement in Europa: eine vergleichende Untersuchung am Beispiel von Senioren. - In: Sozialer Fortschritt; Jg. 55, 2006, Nr. 1, S. 6-12. *DZI-0518*

Häussler, Thomas: Massenmedien im Wandel. - In: Sozial Aktuell; Jg. 38, 2006, Nr. 1, S. 6-10. *DZI-2220z*

Herberg, Martin: Re-Embedding the Disembedded: die Umweltstandards multinationaler Konzerne in der globalen Steuerungsarchitektur. - In: Soziale Welt; Jg. 56, 2005, Nr. 4, S. 399-416. *DZI-0169*

Käppeli, Heiner: Wie sag ich es den Journalisten? - In: Sozial Aktuell; Jg. 38, 2006, Nr. 1, S. 11-13. *DZI-2220z*

Keller, Dieter: Große Koalition bekennt sich zum Erhalt der solidarischen Altersversorgung. - In: RV aktuell; Jg. 53, 2006, Nr. 1, S. 25-32. *DZI-0902z*

Maaser, Wolfgang: Medienhermeneutik und Ethik. - In: Zeitschrift für Sozialpädagogik; Jg. 4, 2006, Nr. 1, S. 21-36. *DZI-3042*

Theysohn, Frieder: Das Alter als pulsierende Lebenszeit: Im Evangelischen Seniorenwerk gibt es zahlreiche Anregungen für ein Ehrenamt. - In: Diakonie Report; Jg. 39, 2006, Nr. 1, S. 10-11. *DZI-0039*

2.02 Sozialpolitik

Borsche, Sven: Jugendpolitik: gefragt – aber nicht in der Diskussion? - In: Sozial extra; Jg. 30, 2006, Nr. 2, S. 8-12. *DZI-2599z*

Brendel, Romy: Wer die Wahl hat, hat die Qual: Die Transparenz des Pflegemarktes in Dresden. - In: Pflegezeitschrift; Jg. 59, 2006, Nr. 2, S. 114-117. *DZI-0528z*

Greß, Stefan: Geschlechtsspezifische Auswirkungen von Leistungsausgrenzungen und Zuzahlungserhöhungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung. - In: Sozialer Fortschritt; Jg. 55, 2006, Nr. 1, S. 1-6. *DZI-0518*

Hummel, Konrad: Kommunale Sozialpolitik – was ist machbar? Thesen zur Innovationsfähigkeit der kommunalen Sozialpolitik am Beispiel der Stadt Augsburg. - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge; Jg. 86, 2006, Nr. 1, S. 43-45. *DZI-0044*

Islam, Iyanatul: Circumventing macroeconomic conservatism: a policy framework for growth, employment and poverty reduction. - In: International Labour Review; Jg. 144, 2005, Nr. 1, S. 55-84. *DZI-0136*

Keller, Dieter: Renten sollen bis 2009 nicht steigen. - In: RV aktuell; Jg. 52, 2005, Nr. 12, S. 546-553. *DZI-0902z*

Müller, Christian: Auswege aus der Strukturkrise der GKV durch „Doppelfinanzierung“ oder Leistungsmarktförmigen? Eine Erwidmung auf den Beitrag von Reinhard Heck. - In: Sozialer Fortschritt; Jg. 55, 2006, Nr. 1, S. 12-20. *DZI-0518*

Nakielski, Hans: Arbeit und Soziales: Das ändert sich Anfang 2006. - In: Soziale Sicherheit; Jg. 55, 2006, Nr. 1, S. 20-27. *DZI-0524*

Sodan, Helge: Leistungserbringer in der GKV und Grundrechte: Dargestellt unter besonderer Berücksichtigung der Festbeträge für Arzneimittel. - In: Vierteljahresschrift für Sozialrecht; 2005, Nr. 3, S. 163-181. *DZI-2536*

Wenner, Ulrich: Die neue freiwillige Arbeitslosenversicherung für Selbstständige: Modernisierungsschub im Arbeitsförderungsrecht oder Einladung zur Rosinenpickerei? - In: Soziale Sicherheit; Jg. 55, 2006, Nr. 1, S. 9-14. *DZI-0524*

Wiegelmann, Lothar: Die aktuellen Sachbezugswerte 2006. - In: Zentralblatt für Sozialversicherung, Sozialhilfe und Versorgung; Jg. 60, 2006, Nr. 1, S. 1-3. *DZI-0077*

2.03 Leben / Arbeit / Beruf

Clemens, Wolfgang: Ältere Arbeitnehmerinnen in Deutschland: Erwerbsstrukturen und Zukunftsperspektiven. - In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie; Jg. 39, 2006, Nr. 1, S. 41-47. *DZI-2309z*

Köttgen, Charlotte: Damit aus Un-Erhörtem nicht Unerhörtes wird...: Soziale, emotionale und psychische Störungen

von Jugendlichen als Folgen von Armut, Randständigkeit und Ausgrenzung. - In: Soziale Psychiatrie; Jg. 30, 2006, Nr. 1, S. 4-7. *DZI-2644z*

Minnerop, Thomas: Didaktische Möglichkeiten neuer Medien erkennen und sinnvoll nutzen: Webcam-Einsatz im Pflegeunterricht. - In: Pflegezeitschrift; Jg. 59, 2006, Nr. 2, S. 122-124. *DZI-0528z*

Prothmann, Anke: Kliniktierpark mit Ziegen und Schafen: Mensch und Tier – eine heilsame Verbindung. - In: Orientierung; 2006, Nr. 1, S. 36-38. *DZI-2633z*

Reis, Claus: Persönliche Beratung in der britischen Arbeitsvermittlung: Lehren für Deutschland? - In: Soziale Arbeit; Jg. 55, 2006, Nr. 2, S. 51-58. *DZI-0470*

Riedlsperger, Margret: Reisen, wohin man will: Diakonisches Werk Schleswig-Holstein fördert Integration durch Urlaubsreisen. - In: Diakonie Report; Jg. 39, 2006, Nr. 1, S. 16-17. *DZI-0039*

3.00 Institutionen und Träger sozialer Maßnahmen

Batt, Peter: Das Trustcenter der Deutschen Rentenversicherung. - In: RV aktuell; Jg. 52, 2005, Nr. 12, S. 525-530. *DZI-0902z*

Besser, Gabriele: Qualifizierte Hilfe in Krisen: Wohin bei seelischer Not? - In: neue caritas; Jg. 107, 2006, Nr. 2, S. 17-19. *DZI-0015z*

Brandstätter, Johannes: Sinkende Zuzugszahlen sind noch kein Erfolg: Das Zuwanderungsgesetz aus Sicht der Diakonie. - In: Diakonie Report; Jg. 39, 2006, Nr. 1, S. 24-25. *DZI-0039*

Gräfen, Martina: Leitbild leben: Die Mitarbeiterseite – jetzt kommt es auf die Umsetzung an. - In: Krankendienst; Jg. 79, 2006, Nr. 2, S. 51-53. *DZI-0334*

Haller, Ursula: Tagesschulen – ein aktuelles politisches Thema. - In: Sozial Aktuell; Jg. 38, 2006, Nr. 2, S. 2-5. *DZI-2220z*

Hiemenz, Thomas: Kassen sitzen auf Mitteln für Hospize. - In: neue caritas; Jg. 107, 2006, Nr. 2, S. 27-29. *DZI-0015z*

Lehbauer, Ulrike: Streicheln erwünscht: Projektwoche an der Sonderschule. - In: Orientierung; 2006, Nr. 1, S. 33-35. *DZI-2633z*

Müller, Manfred: Ein Weg zum Leitbild: Positives Beispiel eines Top-down-Prozesses. - In: Krankendienst; Jg. 79, 2006, Nr. 2, S. 45-50. *DZI-0334*

Panknin, Hardy-Thorsten: Harn- und Atemwegserkrankungen treten besonders häufig auf: nosokomiale Infektionen in Pflegeheimen, Teil 2. - In: Pflegezeitschrift; Jg. 59, 2006, Nr. 2, S. 74-77. *DZI-0528z*

Schenker, Silvia: Tagesschulen: ein Begriff und viele Modelle. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 38, 2006, Nr. 2, S. 9-10.

DZI-2220z

4.00 Sozialberufe/ Soziale Tätigkeit

Dehtweg, Renate: Verfahrenspflegschaft im Betreuungsverfahren: gravierende Unterschiede machen die Lage unübersichtlich. - In: Betreuungsrechtliche Praxis ; Jg. 15, 2006, Nr. 1, S. 17-21. *DZI-3018*

Höffer-Mehlmer, Markus: Von Albanien bis Zypern – die Ausbildung für soziale Berufe in Europa: Espana – Spanien. - In: Sozial extra ; Jg. 30, 2006, Nr. 2, S. 26-27. *DZI-2599z*

5.01 Sozialwissenschaft / Sozialforschung

Friesenhahn, Günter J.: Interkulturelle Kompetenz – ohne sie geht's nicht: Mögliche Antworten auf die Frage „Aber wie geht's?“ - In: Sozialmagazin ; Jg. 31, 2006, Nr. 1, S. 30-35.

DZI-2597

Glaser, Thorsten: Widerstände überwinden: Evaluation der Einführung des Pflegemodells nach Böhm. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 59, 2006, Nr. 2, S. 88-91. *DZI-0528z*

Kirschbaum, Stephan: Die Bedeutung von Verfahrenspflegschaften: ausgewählte Ergebnisse einer Evaluation. - In: Betreuungsrechtliche Praxis ; Jg. 15, 2006, Nr. 1, S. 21-26. *DZI-3018*

5.02 Medizin/Psychiatrie

Becker, Dorothee: Was heißt? Psychoische Krisen und Drogenkonsum: Problemlage und erste Ergebnisse bedürfnisangepasster Behandlung. - In: Soziale Psychiatrie ; Jg. 30, 2006, Nr. 1, S. 24-27. *DZI-2644z*

Egarter, Christian: Medizinische Methoden. - In: Deutsche Hebammen-Zeitschrift ; 2006, Nr. 1, S. 21-24.

DZI-0608

Haase, Rosi: „Young and crazy“: Szenenbilder aus Leipzig. - In: Soziale Psychiatrie ; Jg. 30, 2006, Nr. 1, S. 34-35.

DZI-2644z

Jaskulla, Elske: Bewertung der Kosteneffektivität von Arzneimitteln im internationalen Vergleich. - In: Die Ersatzkasse ; Jg. 86, 2006, Nr. 2, S. 71-73. *DZI-0199*

Jenull-Schiefer, Brigitte: Gesundheitsförderung beginnt am Arbeitsplatz: Stress in der Altenpflege – Studie zeigt Schutzfaktoren. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 59, 2006, Nr. 2, S. 118-121.

DZI-0528z

Römer, Ansgar: Akupunktur stärkt die gebärende Frau. - In: Deutsche Hebammen-Zeitschrift ; 2006, Nr. 1, S. 18-20.

DZI-0608

5.03 Psychologie

Breitenbach, Erwin: Delfintherapie. - In: Orientierung ; 2006, Nr. 1, S. 28-30. *DZI-2633z*

Greving, Heinrich: Beziehungslos – oder: Perspektivenwechsel in krisenhaften Kommunikationsprozessen. - In: heilpaedagogik.de ; 2006, Nr. 1, S. 10-14. *DZI-3039*

Seiffge-Krenke, Inge: Entwicklungsregulation im jungen Erwachsenenalter: Zwischen Partnerschaft, Berufseinstieg und der Gründung eines eigenen Haushalts. - In: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie ; Jg. 38, 2006, Nr. 1, S. 18-31.

DZI-2534

Seitz, Rudolf: Phantasie und Kreativität. - In: Welt des Kindes ; Jg. 84, 2006, Nr. 1, S. 8-11. *DZI-3046*

5.04 Erziehungswissenschaft

Mack, Wolfgang: Wenn Bildung gelingen soll: Das Bildungskonzept des Zwölften Kinder- und Jugendberichts fordert ein neues Zusammenspiel von Jugendhilfe und Schule. - In: Sozial extra ; Jg. 30, 2006, Nr. 2, S. 22-25.

DZI-2599z

Sell, Dieter: Ansporn für eine neue Generation: Immer mehr Kinder- und Familienzentren in Deutschland. - In: Diakonie Report ; Jg. 39, 2006, Nr. 1, S. 26-29. *DZI-0039*

Steckmann, Ulrich: Diskussion: Phantombilder der Gerechtigkeit; Sozialpädagogik auf der Suche nach ihrer Rechtfertigung: Kritische Anmerkungen zu einer Neuerscheinung von Lothar Böhlich, Wolfgang Schröder und Hans Thiersch. - In: Zeitschrift für Sozialpädagogik ; Jg. 4, 2006, Nr. 1, S. 68-90.

DZI-3042

Weber, Markus: Leselust und Fantasie. - In: Welt des Kindes ; Jg. 84, 2006, Nr. 1, S. 22-24. *DZI-3046*

Zehetbauer, Susanne: Erziehen: Wie geht das eigentlich? - In: KDFB Engagiert ; 2006, Nr. 3, S. 8-11. *DZI-0503z*

5.05 Soziologie

Bodemann, Y. Michal: Essay: Geborgte Narrative: Wie sich türkische Einwanderer an den Juden in Deutschland orientieren. - In: Soziale Welt ; Jg. 56, 2005, Nr. 4, S. 441-451. *DZI-0169*

Burawoy, Michael: For public sociology. - In: Soziale Welt ; Jg. 56, 2005, Nr. 4, S. 347-374. *DZI-0169*

5.06 Recht

Adamy, Wilhelm: Tiefstand bei Arbeitsförderung 2005 – vier Milliarden zur Förderung Arbeitsloser wurden nicht genutzt: 2006 plant Arbeitslosenversicherung 1,8 Milliarden Überschuss. - In: Soziale Sicherheit ; Jg. 55, 2006, Nr. 1, S. 2-9. *DZI-0524*

Berlit, Uwe: Wohnung und Hartz IV: Ausgewählte Probleme der Kosten der Unterkunft nach dem SGB II, Teil 1. - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 86, 2006, Nr. 1, S. 5-28.

DZI-0044

Lemke, Thomas: Genetische Diskriminierung in Deutschland: Eine explorative Studie am Beispiel der Huntington-Krankheit. - In: Soziale Welt ; Jg. 56, 2005, Nr. 4, S. 417-439. *DZI-0169*

Neumann, Volker: Sozialrecht oder Vergaberecht? Zur Erbringung von Rehabilitationsleistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung. - In: Vierteljahresschrift für Sozialrecht ; 2005, Nr. 3, S. 211-224. *DZI-2536*

Niemann, Peter: Sozialhilfe im Heim nach dem SGB XII – insbesondere für verheiratete Bewohner. - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 86, 2006, Nr. 1, S. 35-40. *DZI-0044*

Pothmann, Jens: 15 Jahre Kinder- und Jugendhilfegesetz: Eine quantitative Bilanz zu den Auswirkungen des Jugendhilferechts auf die Hilfen zur Erziehung. - In: Evangelische Jugendhilfe ; Jg. 83, 2006, Nr. 1, S. 28-33. *DZI-2961z*

Stephan, Heinz: Der Unterhaltsvorschuss – ein überflüssiges Gesetz? - In: Zeitschrift für das Fürsorgewesen ; Jg. 58, 2006, Nr. 1, S. 6-9. *DZI-0167*

Wiegelmann, Lothar: Beiträge und Bezugsgrößen in der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung für das Jahr 2006: Teil 1. - In: Zentralblatt für Sozialversicherung, Sozialhilfe und Versorgung ; Jg. 60, 2006, Nr. 1, S. 4-20.

DZI-0077

6.00 Theorie der Sozialen Arbeit

Ansén, Reiner: Probleme der Normanwendung in der Sozialen Arbeit. - In: Zeitschrift für Sozialpädagogik ; Jg. 4, 2006, Nr. 1, S. 37-67. *DZI-3042*

Gurzeler, Sibylle: Soziale Arbeit aus der Sicht von Presseleuten. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 38, 2006, Nr. 1, S. 2-5.

DZI-2220z

Haarhaus, Friedrich: Religiöse Aufgabe mit sozialpflegerischem Wert: Seelsorge für demente Menschen. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 59, 2006, Nr. 2, S. 96-98. *DZI-0528z*

Karges, Rosemarie: Entwicklung der Ausbildung in der Sozialen Arbeit: Was soll und was kann Ausbildung leisten? - In: Soziale Arbeit ; Jg. 55, 2006, Nr. 2, S. 59-69. *DZI-0470*

6.01 Methoden der Sozialen Arbeit

Haslbeck, Jörg W.: Palliative Care und Familie: Unterstützungsbedürfnisse von Angehörigen in der häuslichen Sterbe-

begleitung. - In: Krankendienst ; Jg. 79, 2006, Nr. 2, S. 33-41. *DZI-0334*

Sturm, Robert: Arbeiten für das Ich: Wegbegleitung zu einem (neuen) Ziel: Coaching unterstützt Menschen, die etwas ändern wollen. - In: heilpaedagogik.de ; 2006, Nr. 1, S. 3-9. *DZI-3039*

Wesche, Otto: Der Betreute in der Zwangsvollstreckung: Wahl des richtigen Rechtsbehelfs für Betreuer. - In: Betreuungsrechtliche Praxis ; Jg. 15, 2006, Nr. 1, S. 3-8. *DZI-3018*

6.02 Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit

Besser, Gabriele: Die Antwort der wohnungslosen Klienten zählt. - In: neue caritas ; Jg. 107, 2006, Nr. 2, S. 20-23. *DZI-0015z*

Marschall, Andrea von: Gender Budgeting und Jugendarbeit. - In: Betrifft Mädchen ; Jg. 19, 2006, Nr. 1, S. 32-36. *DZI-3017*

Werner, Sylke: Mehr Kreativität und Flexibilität wagen: Ernährungsprobleme bei Pflegeheimbewohnern. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 59, 2006, Nr. 2, S. 79-82. *DZI-0528z*

6.04 Jugendhilfe

Aschwanden, Fred: „Tue Gutes und rede davon.“ - In: Sozial Aktuell ; Jg. 38, 2006, Nr. 1, S. 14-16. *DZI-2220z*

Fendrich, Sandra: Mehr Hilfen für weniger Geld: Fallzahlen- und Ausgabenentwicklung für das Feld der Hilfen zur Erziehung. - In: KOMDAT Jugendhilfe ; Jg. 8, 2005, Nr. 3, S. 2-3. *DZI-3022*

Gerull, Peter: Qualitätsbeauftragte in der Jugendhilfe. - In: Forum Erziehungshilfen ; Jg. 11, 2005, Nr. 5, S. 304-311. *DZI-3005*

Hinrichs, Knut: 15 Jahre KJHG, 19 Jahre Rechtsanspruch auf Jugendhilfe und die Spielräume der Verwaltung. - In: Evangelische Jugendhilfe ; Jg. 83, 2006, Nr. 1, S. 25-27. *DZI-2961z*

Kohaupt, Georg: Kinder in Gefahr: Was Sie über den neuen gesetzlichen Schutzauftrag wissen müssen. - In: Kindergarten heute ; 2006, Nr. 1, S. 16-18. *DZI-3048*

Krause, Hans-Ullrich: Abgehängt und ausgegrenzt: Erzieherische Hilfen zwischen Armut und Generationensolidarität. - In: Sozial extra ; Jg. 30, 2006, Nr. 2, S. 28-30. *DZI-2599z*

Nüksen, Dirk: Vom Erfolgs- zum Auslaufmodell? Hilfen für junge Volljährige im Rahmen der Hilfen zur Erziehung – eine Bestandsaufnahme zehn Jahre nach Einführung des Rechtsanspruchs. - In: Das Jugendamt ; Jg. 79, 2006, Nr. 1, S. 1-9. *DZI-0110z*

Schrader, Michael: Leitung + Team + Träger: Wie sie erfolgreich und ergebnisorientiert zusammenarbeiten, Teil 2 – ein Team, das zusammenwächst. -

In: Kindergarten heute ; 2006, Nr. 1, S. 34-40. *DZI-3048*

Späth, Karl: Jugendhilfe im Wandel der Zeit. - In: Evangelische Jugendhilfe ; Jg. 83, 2006, Nr. 1, S. 6-14. *DZI-2961z*

6.05 Gesundheitshilfe

Danner, Kurt: Alibi: Hygiene! - In: Orientierung ; 2006, Nr. 1, S. 7-9. *DZI-2633z*

Friess-Ott, Gertrud: Kinästhetik – ein ökonomisches Pflegekonzept: Mitarbeiter bewerten die Einführung positiv. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 59, 2006, Nr. 2, S. 110-113. *DZI-0528z*

Geiselmann, Bernhard: Teilstationäre Patienten in der psychosomatischen Rehabilitation im Vergleich zu vollstationären Patienten. - In: RV aktuell ; Jg. 53, 2006, Nr. 1, S. 14-20. *DZI-0902z*

Lay, Waltraud: Rehabilitationsforschung für die Praxis: Wissenschaftliche Grundlagen und Strategien für eine bedarfsgerechte Versorgung. - In: RV aktuell ; Jg. 53, 2006, Nr. 1, S. 23-25. *DZI-0902z*

Loczenski, Barbara: Enterale Ernährung und Stomaversorgung erfordern fachliche Sorgfalt: Hygiene in der Pflege, Teil 8. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 59, 2006, Nr. 2, S. 83-89. *DZI-0528z*

Schmitt, Svenja: Eigenpflege gefordert: Ergebnisse einer Fallstudie zum Gesundheitsbewusstsein und zum Gesundheitsverhalten von Pflegenden. - In: Altenpflege ; Jg. 31, 2006, Nr. 1, S. 45-52. *DZI-2594*

6.06 Wirtschaftliche Hilfe

Gotzen, Hans-Heiner: Sozialhilfe im Todesfall. - In: Zeitschrift für das Fürsorgewesen ; Jg. 58, 2006, Nr. 1, S. 1-5. *DZI-0167*

7.01 Kinder

Baer, Ulrich: Kreativ spielen. - In: Welt des Kindes ; Jg. 84, 2006, Nr. 1, S. 19-21. *DZI-3046*

Bullinger, Monika: Lebensqualität und chronische Krankheit: Die Perspektive von Kindern und Jugendlichen in der Rehabilitation. - In: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie ; Jg. 55, 2006, Nr. 1, S. 23-35. *DZI-0521*

Diebold, Sigrid: Eine Reise in die Welt der Musik (1): Einstieg in ein Musikprojekt mit Kindern. - In: Kindergarten heute ; 2006, Nr. 1, S. 31-33. *DZI-3048*

Gadow, Tina: Zwischen Lollipop und Laptop: Geschlechterdifferenzen im Geldbezug und Konsummuster von Kindern. - In: Betrifft Mädchen ; Jg. 19, 2006, Nr. 1, S. 10-14. *DZI-3017*

Linderkamp, Friedrich: Komorbidität und elterliche Psychopathologie bei externalisierenden Verhaltensstörungen im Kindesalter. - In: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie ; Jg. 38, 2006, Nr. 1, S. 43-52. *DZI-2534*

Mörtl, Gesine: „Unbeschulbar“?! Junge Menschen in psychosozialen Krisen im Spannungsfeld zwischen schulischer Förderung und schulischer Aussonderung. - In: Soziale Psychiatrie ; Jg. 30, 2006, Nr. 1, S. 36-37. *DZI-2644z*

Ochs, Matthias: Kindliche Kopfschmerzen im familiären Kontext. - In: Familiendynamik ; Jg. 31, 2006, Nr. 1, S. 3-25. *DZI-2585*

Rohrmann, Timm: Lernen Jungen ander(e)s als Mädchen? Zusammenhänge zwischen Bildung und Geschlecht. - In: Kindergarten heute ; 2006, Nr. 1, S. 6-14. *DZI-3048*

Romer, Georg: Kindliches Erleben der chronischen körperlichen Erkrankung eines Elternteils: Eine qualitative Analyse von Interviews mit Kindern dialysepflichtiger Eltern. - In: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie ; Jg. 55, 2006, Nr. 1, S. 53-72. *DZI-0521*

Schlegel-Matthies, Kirsten: Verschulden – kein Problem für Mädchen? - In: Betrifft Mädchen ; Jg. 19, 2006, Nr. 1, S. 26-28. *DZI-3017*

Tomann, Christa: Farbenmärchen. - In: Welt des Kindes ; Jg. 84, 2006, Nr. 1, S. 32-34. *DZI-3046*

Wenzel, Marita: Armut am Beispiel wohnungsloser Mädchen. - In: Betrifft Mädchen ; Jg. 19, 2006, Nr. 1, S. 29-31. *DZI-3017*

Zehetbauer, Susanne: Wo bleiben nur die Kinder? - In: KDFB Engagiert ; 2006, Nr. 1, S. 8-13. *DZI-0503z*

7.02 Jugendliche

Burdewick, Ingrid: Soziale Anerkennung und politische Partizipation Jugendlicher. - In: Sozial extra ; Jg. 30, 2006, Nr. 2, S. 13-16. *DZI-2599z*

Gniewosz, Burkhard: Intergenerationale Transmissions- und Projektionsprozesse intoleranter Einstellungen zu Ausländern in der Familie. - In: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie ; Jg. 38, 2006, Nr. 1, S. 33-42. *DZI-2534*

Reker, Martin: „Sind Sie schon 18?“ Jugendliche in Krisen an der Pforte der Erwachsenenpsychiatrie – was geht mich das an? - In: Soziale Psychiatrie ; Jg. 30, 2006, Nr. 1, S. 11-13. *DZI-2644z*

Schröer, Wolfgang: Zum „Verschwinden der Jugend“: Die Lebenslage Jugend im Zeichen der Humankapitalpolitik. - In: Sozial extra ; Jg. 30, 2006, Nr. 2, S. 31-32. *DZI-2599z*

7.03 Frauen

Fischer, Ute: Frauen als Stifterinnen – gibt es eine Frauenstiftungsbewegung? - In: Betrifft Mädchen ; Jg. 19, 2006, Nr. 1, S. 37-40. *DZI-3017*

Stiehr, Karin: Lebensbedingungen von Frauen 50plus in Europa: Ergebnisse einer Sekundäranalyse in zwölf west-

europäischen Ländern. - In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie ; Jg. 39, 2006, Nr. 1, S. 5-12. *DZI-2309z*
Wrede, Brigitta: Ambivalente Verhältnisse: Frauen und Geld. - In: Betrifft Mädchen ; Jg. 19, 2006, Nr. 1, S. 4-9. *DZI-3017*

7.04 Ehe/Familie/ Partnerbeziehung

Ettinger, Brigitte: Ambulante Angebote für allein erziehende Mütter und ihre Kinder: Bericht über eine Mütter- und Jungengruppe. - In: Forum Erziehungshilfen ; Jg. 11, 2005, Nr. 5, S. 277-282. *DZI-3005*

Galliker, Mark: Abhängig von Abhängigen: Gibt es Auswege? Eine Studie zur Partnerzentriertheit in Beziehungen mit und ohne Alkoholproblematik. - In: Familiendynamik ; Jg. 31, 2006, Nr. 1, S. 26-46. *DZI-2585*

Höpfinger, Francois: Heranwachsende Einzelkinder und ihre Großeltern: im Geschlechtervergleich. - In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie ; Jg. 39, 2006, Nr. 1, S. 33-40. *DZI-2309z*

Kindler, Heinz: Rückführung von Pflegekindern nach Misshandlung bzw. Vernachlässigung in der Vorgeschichte: Forschungsübersicht zu Entscheidungskriterien. - In: Das Jugendamt ; Jg. 79, 2006, Nr. 1, S. 9-17. *DZI-0110z*

Retzlaff, Rüdiger: Kohärenz und Resilienz in Familien mit geistig und körperlich behinderten Kindern. - In: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie ; Jg. 55, 2006, Nr. 1, S. 36-52. *DZI-0521*

Wörndl, Barbara: Ein-Eltern-Familie: Familienreform unter Normalisierungsdruck. - In: Soziale Arbeit ; Jg. 55, 2006, Nr. 2, S. 42-51. *DZI-0470*

7.05 Ausländer/Aussiedler

Hellmich, Marcel: Interkulturelles Handeln: Psychosoziale Versorgung von Migrantinnen und Migranten als ein Beispiel für interkulturelles Handeln. - In: Forum Erziehungshilfen ; Jg. 11, 2005, Nr. 5, S. 311-313. *DZI-3005*

Spohn, Margret: Menschen in der Illegalität: ein Leben im Schatten. - In: neue caritas ; Jg. 107, 2006, Nr. 2, S. 25-26. *DZI-0015z*

7.06 Arbeitslose

Ames, Anne: Unbezahlt und unbefristet: Der Landkreis Würzburg bereinigt seine Arbeitslosenstatistik auf besonders eigenwillige Weise. - In: Sozial extra ; Jg. 30, 2006, Nr. 2, S. 34-36. *DZI-2599z*

Biesel, Kay: Arbeitslose Jugendliche bringen „Sonne auf Rädern“: Wie aus Theo „Ohnezukunft“ Theo „Mitzukunft“ werden kann. - In: Sozial extra ; Jg. 30, 2006, Nr. 2, S. 37-39. *DZI-2599z*

Klöckner, Gabriele: Abstieg in Raten: Hartz IV und die Folgen. - In: KDFB engagiert ; 2006, Nr. 3, S. 40-42. *DZI-0503z*

7.07 Straffällige/ Strafentlassene

Lüderssen, Klaus: Kritische Kriminologie und Strafbegründung: Ein Gespräch zwischen Reinhard Kreissl und Klaus Lüderssen. - In: Kriminologisches Journal ; Jg. 38, 2006, Nr. 1, S. 16-31. *DZI-2272*

7.08 Weitere Zielgruppen

Lenz, Ilse: Wie können wir Ethnizität und Geschlecht zusammendenken? Der Kampf der Kulturen und Geschlechter – zum Kopftuch vor den Augen... - In: Sozialmagazin ; Jg. 31, 2006, Nr. 1, S. 17-23. *DZI-2597*

7.10 Behinderte/ kranke Menschen

Bilke, Oliver: In der Versorgungslücke ...: Zwischen 18 und 25 – Krisen lösen durch Vernetzung. - In: Soziale Psychiatrie ; Jg. 30, 2006, Nr. 1, S. 17-19. *DZI-2644z*

Clausen, Gisela: Patientenzufriedenheit in der Geriatrie: eine empirische Untersuchung. - In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie ; Jg. 39, 2006, Nr. 1, S. 48-56. *DZI-2309z*

Ernst, Jochen: Angehörige von Krebspatienten: Die dritte Kraft im medizinischen Entscheidungsprozess? Explorative Befunde zum Shared Decision-Making. - In: Familiendynamik ; Jg. 31, 2006, Nr. 1, S. 47-69. *DZI-2585*

Horn, Jürgen: Depressive Störungen – Ursachen und Behandlung (Teil II). - In: Familiendynamik ; Jg. 31, 2006, Nr. 1, S. 70-91. *DZI-2585*

Höwler, Elisabeth: Verhängnisvolle Kaskade durchbrechen: Bettlägerigkeit bei alten Menschen vorbeugen. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 59, 2006, Nr. 2, S. 104-106. *DZI-0528z*

Jacobs, Kurt: Blinde und sehbehinderte Menschen als Manager ihrer eigenen Behinderung: Teil 2 – Beruf und Sehschädigung. - In: Horus ; Jg. 68, 2006, Nr. 1, S. 5-8. *DZI-0899*

Otterstedt, Carola: Mensch und Tier: Zur Tiergestützten Pädagogik & Therapie. - In: Orientierung ; 2006, Nr. 1, S. 12-16. *DZI-2633z*

Schneider-Schelte, Helga: Eine Herausforderung für die Pflege: Demenziell erkrankte Menschen in ihrer letzten Lebensphase begleiten. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 59, 2006, Nr. 2, S. 100-102. *DZI-0528z*

7.11 Abhängige/Süchtige

Bulik, Sven Ramos: „Was für eine Reise ...“: bis an die Grenzen des Verstandes

und zurück. - In: Soziale Psychiatrie ; Jg. 30, 2006, Nr. 1, S. 20-23. *DZI-2644z*
Clausen, Jens: „Verrückt durchs Kiffen?!“ Cannabis und Psychosen: Fragen – Erkenntnisse – sozialpsychiatrische Konzepte. - In: Soziale Psychiatrie ; Jg. 30, 2006, Nr. 1, S. 14-16. *DZI-2644z*

7.13 Alte Menschen

Ameri, Abdol A.: Vorsicht bei älteren Patienten: Therapie der Harninkontinenz. - In: Psyche und Soma ; Jg. 28, 2006, Nr. 1. S. 30. *DZI-0012z*

Kiewitt, Karsten: Beschäftigungsangebote zum Zeitvertreib? Künstlerische Therapien in Altenpflegeheimen. - In: Pflegezeitschrift ; Jg. 59, 2006, Nr. 2, S. 92-94. *DZI-0528z*

Simnank, Lothar: Schöner leben und wohnen im Alter: Wünsche einer Generation, die alt ist, sich aber jung fühlt. - In: Diakonie Report ; Jg. 39, 2006, Nr. 1, S. 4-7. *DZI-0039*

Weiss, Helene: Ein thier dem herze wol macht: Meerschweinchen von Senioren. - In: Orientierung ; 2006, Nr. 1, S. 5-6. *DZI-2633z*

8.02 Länder/ Gebietsbeziehungen

Bayarsaikhan, Dorjsuren: Entwicklung der sozialen Krankenversicherung in der Mongolei: Erfolge, Herausforderungen und Lehren. - In: Internationale Revue für Soziale Sicherheit ; Jg. 58, 2005, Nr. 4, S. 33-54. *DZI-0301*

Braun, Sören: Städtische Sicherheitskonzepte: der Cape Town Central City Improvement District. - In: Kriminologisches Journal ; Jg. 38, 2006, Nr. 1, S. 2-15. *DZI-2272*

Egger, Philippe: The economics of peace: trends and prospects of the Palestinian economy and labour market. - In: International Labour Review ; Jg. 144, 2005, Nr. 1, S. 31-54. *DZI-0136*

Die Zeitschriftenbibliographie ist ein aktueller Ausschnitt unserer monatlichen Literaturdokumentation. Die Bibliothek des DZI kann Ihnen die ausgewiesenen Artikel zur Verfügung stellen. Tel.: 030/ 83 90 01-13, Fax: 030/831 47 50 E-Mail: bibliothek@dzi.de

Verlagsbesprechungen

Verstehen und Achten. Philosophische Reflexionen zur professionellen Haltung in der Sozialen Arbeit. Von Eric Mühlrel. Verlag DIE BLAUE EULE. Essen 2005, 213 S., EUR 28,- *DZI-D-7485*

Wie lässt sich die professionelle Haltung in der Sozialen Arbeit beschreiben? Zur Beantwortung dieser Frage gehört ein klares Verständnis von Profession und Haltung. Darauf aufbauend kann dann das Besondere der professionellen Haltung in der Sozialen Arbeit erfragt werden. Der Vorschlag lautet, dieses Besondere in dem Spannungsverhältnis von Verstehen und Achten der Adressaten zu verorten. Eine Grundlegung des Verstehens wird anhand der Hermeneutik Hans-Georg Gadamers erarbeitet, eine des Achtens anhand der Dekonstruktion von Gastfreundschaft bei Jacques Derrida und der Fundamentelethik Emmanuel Lévinas'.

Events in der Sozialen Arbeit. Organisation des bleibenden Eindrucks. Von Ramona Przybylsky. Waxmann Verlag. Münster 2005, 115 S. und Anhang, EUR 14,90 *DZI-D-7435*

Die Aufgaben von Einrichtungen der Sozialen Arbeit umfassen heute auch verstärkt die Organisation kultureller Veranstaltungen. Ob es sich um Kultur- oder Stadtteilstefeste handelt oder ob Aktionen mit künstlerischen oder musikalischen Aktivitäten geplant sind, die Anforderungen an die Managementfähigkeiten der sozialen Akteure wachsen. Die Planung einer Veranstaltung, die zudem das Etikett „Event“ tragen soll, benötigt stets eine kleine Innovation. Irgendetwas muss immer neu sein. In diesem Buch sollen die Möglichkeiten und Bedingungen des betriebswirtschaftlich verstandenen Events innerhalb der Sozialen Arbeit aufgezeigt werden. Am Beispiel der Planung eines Stadtteilstefestes wird sowohl der Eventbegriff erläutert als auch die Planungsmethode des Projektmanagements dargestellt. Im Anhang befinden sich Checklisten zur Organisation.

Sucht – Migration – Hilfe. Vorschläge zur interkulturellen Öffnung der Suchthilfe und zur Kooperation von Migrationsdiensten und Suchthilfe. Von Wolfgang Barth und Dietmar Czycholl. Neuland-Verlagsgesellschaft. Geesthacht 2005, 173 S., EUR 29,90 *DZI-D-7517*

Als Ende der 1990er-Jahre unter den Drogentoten in Deutschland ungewöhnlich viele Aussiedlerinnen und Aussiedler waren, als die Suchthilfe mit deutschen Klienten und Klientinnen konfrontiert war, die besser russisch als deutsch sprachen und die Migrationsdienste Alkohol und Heroin nichts entgegengesetzten konnten, wurde es Zeit zu handeln. Der Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt und der Fachverband Drogen und Rauschmittel konzipierten gemeinsam mit dem Bundesverwaltungsamt eine Fortbildungsreihe, die bis dahin einmalig war. Mit dem hier vorliegenden Manual wurden von den Autoren die Basisinformationen dieser Seminare mit dem Ziel aufbereitet, für den Zusammenhang von Migration und Sucht zu sensibilisieren, Qualitäts- und Kompetenzentwicklung in Prävention, Beratung und Therapie zu fördern und Prozesse der interkulturellen Öffnung anzuregen. Die Versorgungssituation für abhängigkeitskranke und gefährdete Migrantinnen und Migranten sollte so verbessert und Kooperation und Vernetzung sollten initiiert werden.

sieren, Qualitäts- und Kompetenzentwicklung in Prävention, Beratung und Therapie zu fördern und Prozesse der interkulturellen Öffnung anzuregen. Die Versorgungssituation für abhängigkeitskranke und gefährdete Migrantinnen und Migranten sollte so verbessert und Kooperation und Vernetzung sollten initiiert werden.

Einführung in die Geschichte der Erziehungswissenschaft und Erziehungswirklichkeit. Dritte, erweiterte und aktualisierte Auflage. Hrsg. Klaus Harney und Heinz-Hermann Krüger. Verlag Barbara Budrich. Opladen 2006, 350 S., EUR 16,90 *DZI-D-7507*

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Pädagogik eröffnet nicht nur die Möglichkeit, sich historisches Wissen über vergangene Erziehungstheorien und -praktiken anzueignen. Vielmehr erlaubt sie zugleich, aktuelle Theoriediskurse oder bildungspolitische Kontroversen tiefer verstehen und beurteilen zu können. In den verschiedenen Beiträgen dieses Bandes wird die Geschichte pädagogischer Theorien und Ideen, der Disziplin Erziehungswissenschaft sowie die Sozialgeschichte der pädagogischen Lebensformen und Institutionen schwerpunktmäßig seit dem Zeitalter der Aufklärung, dem 18. Jahrhundert, bis zur Gegenwart dargestellt.

Zwischen Ökonomie und sozialer Verantwortung. Von Ludger Kolhoff und anderen. Verlag ZIEL. Augsburg 2005, 418 S., EUR 24,80 *DZI-D-7509*

Die Veränderungen sozialstaatlicher Rahmenbedingungen führen zu einer Ökonomisierung des Sozialen. Von den sich abzeichnenden Entwicklungen und den daraus resultierenden Rahmendaten und Konstruktionsregeln zur Neugestaltung des Sozialen ist die Soziale Arbeit in besonderer Weise betroffen. Sie steht vor der Herausforderung, ihre Zielperspektiven, Praxis, Erklärungs- und Handlungskonzepte zu prüfen und sich in dem Konfliktfeld zwischen Ökonomie und sozialer Verantwortung neu zu orientieren und zu positionieren. Die Autorinnen und Autoren dieses Bandes befassen sich in ihren Beiträgen aus unterschiedlichen Perspektiven mit den sich wandelnden Rahmenbedingungen des Sozialstaates und den die Umgestaltungsprozesse begleitenden sozialpolitischen Diskussionen; sie reflektieren Konzepte und Handlungsansätze hinsichtlich ihrer Konsequenzen für die Soziale Arbeit und geben anhand konkreter Beispiele Einblicke in Probleme, Praktiken und Strategien von Handlungsfeldern, in denen soziale und personenbezogene Dienstleistungen erbracht werden und Soziale Arbeit geleistet wird.

Klinische Sozialarbeit. Von Brigitte Geißler-Piltz und andere. Ernst Reinhardt Verlag. München 2005, 171 S., EUR 14,90 *DZI-D-7486*

Der Band gibt einen Überblick über Entwicklung, Arbeitsfelder, Zielgruppen und methodische Grundlage der Klinischen Sozialarbeit. Von dieser wird gesprochen, wenn die Soziale Arbeit in „direkter Praxis“ eigene Beratungs- und Behandlungsaufgaben wahrnimmt. Adressaten sind Familien und einzelne Klientinnen beziehungsweise Patienten, deren Belastung reduziert und deren Problembewältigungsverhalten durch methodisch geleitete Einflussnahme verbessert werden soll. Die Grenze zur allgemeinen Sozialarbeit ist unscharf; eindeutig ist aber der Bedarf an höherer (Methoden)Kompetenz für den Umgang mit traumatisier-

ten oder schwer zugänglichen Menschen und Krisensituationen. Die Expertise für klinische Intervention bemisst sich an der Indikation, Vorgehensweise und Intensität der personalen Einflussnahme sowie am Nutzen für die behandelten Personen in ihrem jeweiligen sozialen Umfeld.

Bedarfsorientierte Kinderbetreuung. Gestaltungsfelder für die Kinder- und Jugendpolitik. Von Karin Esch und anderen. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2005, 191 S., EUR 24,90 *DZI-D-7489*

Die Organisation der Kinderbetreuung muss sowohl pädagogische Anforderungen als auch den Bedarf berücksichtigen, der sich aus der Arbeitssituation von Eltern ergibt. Unterschiedliche Formen der Teilzeitarbeit und Arbeit zu atypischen Zeiten haben ein wachsendes Gewicht und erfordern differenzierte Lösungen in der Kinderbetreuung. Zur Analyse des Bedarfs liefert der Band empirische Daten zur Entwicklung von Arbeitszeiten und Betreuungswünschen. Darauf aufbauend werden Lösungsmöglichkeiten diskutiert, wie die Infrastruktur für Kinderbetreuung so weiterentwickelt werden kann, dass sie sowohl den Bedürfnissen der Kinder als auch der Arbeitssituation der Eltern gerecht wird. Formuliert werden Gestaltungsaufgaben, denen sich die aktuelle Kinder- und Jugendpolitik in Deutschland zunehmend stellen muss.

Männlichkeit und Macht. Jugendsozialarbeiter und ihre gewaltbereite männliche Klientel. Von Matthias Rudlof. Psychosozial-Verlag. Gießen 2005, 312 S., EUR 29,90 *DZI-D-7493*

Wie stehen die sozialpädagogischen Fachleute in der Arbeit mit gewaltbereiten männlichen Jugendlichen selber zu den Themen Männlichkeit, Autorität und Macht in ihrer Lebensgeschichte und ihrem beruflichen Handeln? Wie reflektiert gehen sie mit diesen Themen in ihrer pädagogischen Arbeit um? In der vorliegenden Studie hat der Autor männliche Jugendsozialarbeiter zu ihrer Lebensgeschichte und ihrer pädagogischen Arbeit mit Jungen und jungen Männern befragt. Mit Methoden der sozialwissenschaftlichen Biographieforschung und der Diskurspsychologie wertet er ihre Erzählungen aus. Darauf aufbauend entwickelt er sozialwissenschaftliche Männlichkeitstheorien weiter, in denen er die Wirklichkeiten der erzählten Lebens- und Handlungsgeschichten in ihrer Komplexität zur Geltung bringt. Die Ergebnisse der Diskurse der männlichen Jugendsozialarbeiter über ihre Lebensgeschichte und pädagogische Praxis können als Beitrag zu einer reflexiven Professionalisierung sozialpädagogischer Praxis, zum Beispiel in der geschlechtssensiblen Supervision, verwendet werden.

Beschäftigungsorientiertes Fallmanagement. Praxisorientierte Betreuung und Vermittlung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II). Von Rainer Göckler. Wallhalla Fachverlag. Regensburg 2006, 192 S., EUR 19,90 *DZI-D-7510*

Fallmanagement ist das Kernelement zur Grundsicherung für Arbeitsuchende (Sozialgesetzbuch II) und zielt auf die schnellstmögliche Überwindung der Hilfebedürftigkeit. Diese Einführung gibt erste Antworten auf Fragestellungen

Anzeige infocontext

der Praxis: Was ist das Besondere am Fallmanagement in der Beschäftigungsförderung? Was muss sich in der bisherigen Handhabung der Grundsicherungsträger ändern? Welche Charakteristika weist Fallmanagement im Laufe der Beschäftigungsförderung auf und welche Standards gibt es dazu? Wie kann man Qualität im beschäftigungsorientierten Fallmanagement sichern und Erfolge feststellen? Das Handbuch soll Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Grundsicherungsträger sowie der karitativen und gewerblichen Anbietenden in ihrer Arbeit unterstützen. Praxisorientierte Checklisten helfen bei der Messung und Bewertung der Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität der einzelnen Schritte im Fallmanagement.

Wohnen und Arbeiten. Alltagsbegleitende Integrierte Hilfen für junge Menschen. Von Gisela Braun. Juventa Verlag. Weinheim und München 2006, 255 S., EUR 18,- *DZI-D-7494*

Wohnen und Arbeiten sind zwei Lebensbereiche, die in der biographischen Übergangsphase zwischen Schule und Arbeitsleben besondere Bewältigungsanforderungen an junge Menschen stellen. Diese in den Übergangshilfen häufig getrennt bearbeiteten Entwicklungsaufgaben in ein Konzept zu integrieren, war Programm von sieben modellhaften Feldversuchen in Baden-Württemberg. Im Zentrum stehen die Fragen, ob ein Jugendhilfeangebot, das sich auf die integrative Unterstützung der Verselbständigung in den Lebensbereichen Arbeit und Wohnen konzentriert, andere Lebensthemen, die die jungen Menschen beschäftigen, ausblenden darf und ob die biographischen Dynamiken, die ihr Handeln beeinflussen, produktiv zum Gegenstand des pädagogischen Handelns werden können. In diesem Forschungsbericht werden die Tätigkeiten der Pädagoginnen und Pädagogen, ihre Zielgruppe und die Lebensläufe der Adressaten analysiert, die Angemessenheit der Jugendhilfemaßnahmen diskutiert und Handlungsempfehlungen entwickelt.

Familienrecht. Eine sozialwissenschaftlich orientierte Darstellung. Fünfte, überarbeitete Auflage. Von Johannes Münder. Wolters Kluwer/Luchterhand. München 2005, 280 S., EUR 19,90 *DZI-D-7496*

Der Autor stellt das Familienrecht vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen dar. Die Lesenden erhalten einen systematischen Überblick über die Grundstrukturen der Rechtsmaterie, werden mit wichtigen Schwerpunkten vertraut gemacht und erhalten notwendiges Hintergrundwissen aus den angrenzenden sozial- und humanwissenschaftlichen Fachdisziplinen. Neben der Aktualisierung der gesamten Materie auf Grund von Veröffentlichungen und der Rechtsprechung der Gerichte, vor allem des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesgerichtshofs, bezieht die Neuauflage insbesondere das Lebenspartnerschaftsgesetz, die Kinderrechtsverbesserungsgesetze, Betreuungsrechtsänderungsgesetze, EU-Verordnungen zum internationalen Kindschaftsrecht sowie die neue Düsseldorfer und Berliner Tabelle mit ein.

Herausgeber: Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen und Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz des Landes Berlin

Redaktion: Burkhard Wilke (verantwortlich) Tel.: 030/83 90 01-11, Heidi Koschwitz Tel.: 030/83 90 01-23, E-Mail: koschwitz@dzi.de, Hartmut Herb (alle DZI), unter Mitwirkung von Prof. Dr. Horst Seibert, Frankfurt am Main; Prof. Dr. Antonin Wagner, Zürich; Dr. Johannes Vorlauffer, Wien
Redaktionsbeirat: Prof. Dr. Hans-Jochen Brauns, Berlin; Hartmut Brocke (Sozialpädagogisches Institut Berlin); Franz-Heinrich Fischler (Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.); Holger Gerecke (Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz); Sibylle Kraus (Deutsche Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen e.V.); Elke Krüger (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, LV Berlin e.V.); Prof. Dr. Christine Labonté-Roset (Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin); Dr. Manfred Leve, Nürnberg; Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl (Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin); Prof. Dr. Ruth Mattheis, Berlin; Manfred Omankowsky (Bürgermeister-Reuter-Stiftung); Prof. Dr. Hildebrand Ptak (Evangelische Fachhochschule Berlin); Helga Schneider-Schelte (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.); Ute Schönherr (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport); Dr. Peter Zeman (Deutsches Zentrum für Altersfragen)

Verlag/Redaktion: DZI, Bernadottestr. 94, 14195 Berlin, Tel.: 030/83 90 01-0, Fax: 030/831 47 50, Internet: www.dzi.de, E-Mail: verlag@dzi.de

Erscheinungsweise: 11-mal jährlich mit einer Doppelnummer. Bezugspreis pro Jahr EUR 61,50; Studentenabonnement EUR 46,50; Einzelheft EUR 6,50; Doppelheft EUR 10,80 (inkl. MwSt. und Versandkosten)

Kündigung bestehender Abonnements jeweils schriftlich drei Monate vor Jahresende.

Die Redaktion identifiziert sich nicht in jedem Falle mit den abgedruckten Meinungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasserinnen und Verfasser dar, die auch die Verantwortung für den Inhalt tragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, müssen schriftlich vom Verlag genehmigt werden.

Übersetzung: Belinda Dolega-Pappé

Layout/Satz: GrafikBüro, Stresemannstr. 27, 10963 Berlin

Druck: druckmuck @digital e.K., Großbeerenstr. 2-10, 12107 Berlin

ISSN 0490-1606